Europäisches Parlament
2024-2029

Petitionsausschuss

2025/2138(INI)

3.10.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 210

Entwurf eines Berichts
Cristina Guarda
(PE775.671v01-00)

Tätigkeiten des Europäischen Bürgerbeauftragten – Jahresbericht 2024
(2025/2138(INI))

Änderungsantrag 1
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf den Dienstreisebericht im Anschluss an die Informationsreise nach Österreich vom 14. bis 16. April 2025 mit dem Ziel, auf der Grundlage der Petitionen Nr. 1055/2019, Nr. 0827/2020, Nr. 1102/2020, Nr. 0772/2023 und Nr. 0798/2024 vor Ort die Auswirkungen der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) und des zunehmenden Wolfsbestands auf die Almwirtschaft zu bewerten;

Or. en

Änderungsantrag 2
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass der Jahresbericht 2024 über die Tätigkeit der Europäischen Bürgerbeauftragten der Präsidentin des Europäischen Parlaments am 13. Mai 2025 offiziell übermittelt wurde und die Bürgerbeauftragte Teresa Anjinho den Bericht am 24. Juni 2025 in Brüssel dem Petitionsausschuss vorgestellt hat;	A. in der Erwägung, dass der Jahresbericht 2024 über die Tätigkeit der Europäischen Bürgerbeauftragten der Präsidentin des Europäischen Parlaments am 13. Mai 2025 offiziell übermittelt wurde und die Bürgerbeauftragte Teresa Anjinho den Bericht am 24. Juni 2025 in Brüssel dem Petitionsausschuss vorgestellt hat; ***begrüßt die Wahl von Teresa Anjinho zur neuen Bürgerbeauftragten am 17. Dezember 2024;***

Or. en

Änderungsantrag 3
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass der Jahresbericht 2024 über die Tätigkeit der Europäischen Bürgerbeauftragten der Präsidentin des Europäischen Parlaments am 13. Mai 2025 offiziell übermittelt wurde und die Bürgerbeauftragte Teresa Anjinho den Bericht am 24. Juni 2025 in Brüssel dem Petitionsausschuss vorgestellt hat;	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

Änderungsantrag 4
Murielle Laurent

Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Aa. in der Erwägung, dass die Tätigkeiten, auf die sich der Jahresbericht 2024 bezieht, im Rahmen des Mandats von Emily O'Reilly durchgeführt wurden, die von 2013 bis zum Ende ihrer Amtszeit Anfang 2025 als Europäische Bürgerbeauftragte tätig war;

Or. en

Änderungsantrag 5
Cristina Guarda

Entschließungsantrag
Erwägung B a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ba. in der Erwägung, dass die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union gemäß Artikel 15 AEUV „unter weitestgehender Beachtung des Grundsatzes der Offenheit“ handeln, „[u]m eine verantwortungsvolle Verwaltung zu fördern und die Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherzustellen“, und dass „[j]eder Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder satzungsgemäßem Sitz in einem Mitgliedstaat […] das Recht auf Zugang zu Dokumenten der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union“ hat;

Or. en

Änderungsantrag 6
Cristina Guarda

Entschließungsantrag
Erwägung B b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Bb. in der Erwägung, dass in Artikel 41 der Charta festgelegt ist, dass „[j]ede Person [...] ein Recht darauf [hat], dass ihre Angelegenheiten von den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union unparteiisch, gerecht und innerhalb einer angemessenen Frist behandelt werden“;

Or. en

Änderungsantrag 7
Cristina Guarda

Entschließungsantrag
Erwägung B c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Bc. in der Erwägung, dass Artikel 43 der Charta vorsieht, dass die „Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat“ das Recht haben, „den Europäischen Bürgerbeauftragten im Falle von Missständen bei der Tätigkeit der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, mit Ausnahme des Gerichtshofs der Europäischen Union in Ausübung seiner Rechtsprechungsbefugnisse, zu befassen“;

Or. en

Änderungsantrag 8
Cristina Guarda

Entschließungsantrag
Erwägung B d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Bd. in der Erwägung, dass sich die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union gemäß Artikel 298 Absatz 1 AEUV „zur Ausübung ihrer Aufgaben […] auf eine offene, effiziente und unabhängige europäische Verwaltung“ stützen;

Or. en

Änderungsantrag 9
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Erwägung B a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ba. in der Erwägung, dass die Europäische Union das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN CRPD) unterzeichnet hat, ein verbindliches internationales Menschenrechtsinstrument, dessen Zweck es ist, „den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern“; in der Erwägung, dass die Einhaltung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der EU durch den EU-Rahmen für das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen überwacht wird, dessen Vorsitz 2024 das Europäische Behindertenforum innehatte; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte als Mitglied dieses Rahmens die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die EU-Verwaltung aufmerksam verfolgt und der Rahmen einen aktualisierten Beitrag, der auch Beiträge der Bürgerbeauftragten enthält, für den Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ausgearbeitet hat, um dazu beizutragen, dass der Ausschuss in der Lage ist, seine regelmäßige Überprüfung der Leistung der EU in Bezug auf das Übereinkommen im Jahr 2025 abzuschließen, wobei zu berücksichtigen ist, dass die EU eine regionale Organisation ist, deren Zuständigkeiten auf den Verträgen beruhen;
	Or. en

Änderungsantrag 10
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Erwägung B a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ba. in der Erwägung, dass die Arbeit der Europäischen Bürgerbeauftragten nicht nur zu Transparenz und Rechenschaftspflicht beiträgt, sondern auch zur Stärkung der institutionellen Effizienz, der Rechtssicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten Union, wodurch Innovation, Wachstum und das Vertrauen der Bürger in das europäische Projekt gefördert werden;

Or. en

Änderungsantrag 11
Murielle Laurent

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Jahr 2024 415 Untersuchungen einleitete – davon 411 auf der Grundlage von Beschwerden und 4 aus eigener Initiative – und 427 Untersuchungen abschloss (421 Untersuchungen auf der Grundlage von Beschwerden und 6 Untersuchungen aus eigener Initiative);	C. in der Erwägung, dass ***im Jahr 2024 17 770 Bürgern geholfen wurde und dass*** die Bürgerbeauftragte im Jahr 2024 415 Untersuchungen einleitete – davon 411 auf der Grundlage von Beschwerden und 4 aus eigener Initiative – und 427 Untersuchungen abschloss (421 Untersuchungen auf der Grundlage von Beschwerden und 6 Untersuchungen aus eigener Initiative);

Or. en

Änderungsantrag 12

Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Erwägung G a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ga. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte 2024 eine Reihe von Empfehlungen abgegeben hat, um die Kommission dabei zu unterstützen, dafür zu sorgen, dass der Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) in ihren Entscheidungsprozessen nach wie vor nachvollziehbar bleibt; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte auch betont hat, wie wichtig Transparenz ist, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit darin vertraut, dass die EU-Verwaltung KI verantwortungsbewusst einsetzt; in der Erwägung, dass sie die Kommission ermutigt hat, darüber nachzudenken, welche Informationen über künftige KI-Projekte sie öffentlich zugänglich machen wird, und die Durchführung öffentlicher Konsultationen über die mögliche Einführung oder Entwicklung leistungsfähiger neuer KI-Instrumente in Erwägung zu ziehen;

Or. en

Änderungsantrag 13
Murielle Laurent

Entschließungsantrag
Erwägung G a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ga. in der Erwägung, dass laut der Eurobarometer-Umfrage vom November 2024 51 % der Europäerinnen und Europäer dazu neigen, der Europäischen Union zu vertrauen; in der Erwägung,

	dass es für die Institutionen von entscheidender Bedeutung ist, rechenschaftspflichtig zu sein, um die Zufriedenheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger zu erhöhen; in der Erwägung, dass der Bürgerbeauftragte eine Schlüsselrolle dabei spielt, den europäischen Institutionen zu helfen, Offenheit, Effizienz und Bürgernähe zu verbessern, um das Vertrauen der Bürger in die Union zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 14
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Erwägung H a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ha. in der Erwägung, dass in Artikel 41 der Charta festgelegt ist, dass „[j]ede Person [...] ein Recht darauf [hat], dass ihre Angelegenheiten von den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union unparteiisch, gerecht und innerhalb einer angemessenen Frist behandelt werden“;

Or. en

Änderungsantrag 15
Marcin Sypniewski

Entschließungsantrag
Erwägung H

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
H. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Schlüsselrolle dabei spielt, den Schutz der in den EU-Verträgen	H. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Schlüsselrolle dabei spielt, den Schutz der in den EU-Verträgen

verankerten Bürgerrechte zu gewährleisten, die vollständige Transparenz, demokratische Rechenschaftspflicht und Integrität der EU-Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die ethischen Standards innerhalb der EU-Verwaltung zu verbessern; in der Erwägung, dass die Funktion des Bürgerbeauftragten darin besteht, Bürgerinnen und Bürgern, die Probleme beim Zugang zu Dokumenten im Besitz der Organe der EU haben, eine Möglichkeit zur Einlegung einer Beschwerde zu bieten;

verankerten Bürgerrechte zu gewährleisten, die vollständige Transparenz, demokratische Rechenschaftspflicht und Integrität der EU-Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die ethischen Standards innerhalb der EU-Verwaltung zu verbessern; in der Erwägung, dass die Funktion des Bürgerbeauftragten darin besteht, Bürgerinnen und Bürgern, die Probleme beim Zugang zu Dokumenten im Besitz der Organe der EU haben, eine Möglichkeit zur Einlegung einer Beschwerde zu bieten; ***in der Erwägung, dass die übermäßige Menge an veröffentlichtem Material allgemeiner Art in Verbindung mit einem mangelnden Zugang zu wichtigen Dokumenten (z. B. Diskussionen hinter den Kulissen zwischen Vertretern der Europäischen Kommission und Vertretern der Medizin- und Verkehrsindustrie usw.) zu einer falschen Transparenz führt und es den Bürgerinnen und Bürgern erschwert, die Tätigkeiten der Organe einer echten Kontrolle zu unterziehen;***

Or. pl

Änderungsantrag 16
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Erwägung H

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
H. in der Erwägung, dass die ***Bürgerbeauftragte eine Schlüsselrolle dabei spielt***, den Schutz der ***in den EU-Verträgen verankerten*** Bürgerrechte ***zu gewährleisten***, ***die*** vollständige Transparenz, demokratische Rechenschaftspflicht und Integrität der ***EU-Entscheidungsprozesse*** sicherzustellen und die ethischen Standards innerhalb der ***EU-Verwaltung*** zu verbessern; in der	H. in der Erwägung, dass die ***Rolle der Bürgerbeauftragten von wesentlicher Bedeutung ist, wenn es darum geht***, den Schutz der Bürgerrechte ***gemäß den Verträgen der Union sicherzustellen***, ***um*** vollständige Transparenz, demokratische Rechenschaftspflicht und Integrität der ***Entscheidungsprozesse der Union*** sicherzustellen und ***um*** die ethischen Standards innerhalb der ***Verwaltung der***

Erwägung, dass ***die Funktion des Bürgerbeauftragten darin besteht***, Bürgerinnen und Bürgern, die ***Probleme*** beim Zugang zu Dokumenten im Besitz der Organe der ***EU*** haben, ***eine Möglichkeit zur Einlegung einer Beschwerde zu bieten***;

Union, einschließlich des Präsidenten der Kommission, zu verbessern; in der Erwägung, dass ***die Europäische Bürgerbeauftragte*** Bürgerinnen und Bürgern, die ***Schwierigkeiten*** beim Zugang zu Dokumenten im Besitz der Organe der ***Union*** haben, ***einschließlich Textnachrichten, elektronischem Schriftverkehr, insbesondere kurzlebigen Nachrichten[1a], die alle Verwaltungsdokumente[1b] darstellen, Rechtsbehelfe bietet***;

[1a] https://euractiv.fr/news/la-mediatrice-europeenne-enquete-sur-les-sms-echanges-entre-von-der-leyen-et-macron-on-the-subject-of-the-eu-mercosur-agreement/

[1b] Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-36/23 | Stevi und The New York Times gegen Kommission

Or. en

Änderungsantrag 17
Murielle Laurent

Entschließungsantrag
Erwägung H

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
H. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Schlüsselrolle dabei spielt, den Schutz der in den EU-Verträgen verankerten Bürgerrechte zu gewährleisten, die vollständige Transparenz, demokratische Rechenschaftspflicht und Integrität der EU-Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die ethischen Standards innerhalb der EU-Verwaltung zu verbessern; in der Erwägung, dass die Funktion des Bürgerbeauftragten darin besteht, Bürgerinnen und Bürgern, die Probleme beim Zugang zu Dokumenten im Besitz der Organe der EU haben, eine	H. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Schlüsselrolle dabei spielt, den Schutz der in den EU-Verträgen ***und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union*** verankerten Bürgerrechte zu gewährleisten, die vollständige Transparenz, demokratische Rechenschaftspflicht und Integrität der EU-Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die ethischen Standards innerhalb der EU-Verwaltung zu verbessern; in der Erwägung, dass die Funktion des Bürgerbeauftragten darin besteht, Bürgerinnen und Bürgern, die Probleme

Möglichkeit zur Einlegung einer Beschwerde zu bieten;	beim Zugang zu Dokumenten im Besitz der Organe der EU haben, eine Möglichkeit zur Einlegung einer Beschwerde zu bieten;

Or. en

Änderungsantrag 18
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Erwägung H a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ha. in der Erwägung, dass in jüngster Zeit Desinformation und böswillige Aktivitäten aus Drittländern erheblich zugenommen haben und Transparenz, Rechenschaftspflicht und Meinungsfreiheit in der Union untergraben können, die für die Arbeit der Europäischen Bürgerbeauftragten beim Schutz der europäischen Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung sind; in der Erwägung, dass solche Phänomene neue Herausforderungen darstellen, denen sich die Bürgerbeauftragte bei der Ausübung ihres Mandats gegebenenfalls stellen muss;

Or. en

Änderungsantrag 19
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Erwägung I

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
I. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Anschluss an eine öffentliche Konsultation zur Transparenz	I. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Anschluss an eine öffentliche Konsultation zur Transparenz

und Rechenschaftspflicht im Zusammenhang mit der Entscheidungsfindung der EU im Umweltbereich eine Untersuchung aus eigener Initiative eingeleitet hat; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte zu dem Schluss kam, dass die durchschnittliche Zeitspanne von 14,5 Monaten und in einigen Fällen mehreren Jahren, die die Kommission für die Ausarbeitung von Entscheidungsentwürfen für die Erteilung oder Verweigerung der Zulassung gefährlicher chemischer Stoffe benötigte – wobei die gesetzliche Frist drei Monate beträgt – einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellte; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte auch feststellte, dass ***das Versäumnis der Kommission, eine ausreichende Transparenz des damit verbundenen allgemeinen Entscheidungsprozesses sicherzustellen, einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellte, da es die*** Öffentlichkeit ***daran hinderte, den Status der einzelnen Dossiers und die Gründe für die Verzögerungen*** zu verstehen;

und Rechenschaftspflicht im Zusammenhang mit der Entscheidungsfindung der EU im Umweltbereich eine Untersuchung aus eigener Initiative eingeleitet hat; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte zu dem Schluss kam, dass die durchschnittliche Zeitspanne von 14,5 Monaten und in einigen Fällen mehreren Jahren, die die Kommission für die Ausarbeitung von Entscheidungsentwürfen für die Erteilung oder Verweigerung der Zulassung gefährlicher chemischer Stoffe benötigte – wobei die gesetzliche Frist drei Monate beträgt – einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellte; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte auch feststellte, dass ***der Mangel an ausreichenden Informationen über den Stand der Dossiers und die Gründe für Verzögerungen es der*** Öffentlichkeit ***erschwerte, den Verlauf des Verfahrens richtig*** zu verstehen;

Or. en

Änderungsantrag 20
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Erwägung I

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
I. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte ***im Anschluss an eine öffentliche Konsultation zur Transparenz und Rechenschaftspflicht im Zusammenhang mit der Entscheidungsfindung der EU im Umweltbereich eine Untersuchung aus eigener Initiative eingeleitet hat; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte zu***	I. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte feststellte, dass das Versäumnis der Kommission, eine ausreichende Transparenz des damit verbundenen allgemeinen Entscheidungsprozesses sicherzustellen, einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellte, da es die Öffentlichkeit daran hinderte, den Status

dem Schluss kam, dass die durchschnittliche Zeitspanne von 14,5 Monaten und in einigen Fällen mehreren Jahren, die die Kommission für die Ausarbeitung von Entscheidungsentwürfen für die Erteilung oder Verweigerung der Zulassung gefährlicher chemischer Stoffe benötigte – wobei die gesetzliche Frist drei Monate beträgt – einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellte; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte auch feststellte, dass das Versäumnis der Kommission, eine ausreichende Transparenz des damit verbundenen allgemeinen Entscheidungsprozesses sicherzustellen, einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellte, da es die Öffentlichkeit daran hinderte, den Status der einzelnen Dossiers und die Gründe für die Verzögerungen zu verstehen;

der einzelnen Dossiers und die Gründe für die Verzögerungen zu verstehen;

Or. fr

Änderungsantrag 21
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
J. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte das anhaltende Sponsoring des Rats der EU durch Unternehmen untersuchte, da dies zu anhaltender und erheblicher öffentlicher Besorgnis über den Einfluss geführt hat, den Sponsoren auf die Entscheidungsfindung der EU ausüben könnten, insbesondere auf die Beratungen über Maßnahmen und Rechtsvorschriften der EU, die die privaten Interessen dieser Sponsoren betreffen, da damit sowohl für den Rat als auch für die Union insgesamt schwerwiegende Reputationsrisiken	***entfällt***

einhergehen;

Or. fr

Änderungsantrag 22
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
J. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte das anhaltende Sponsoring des Rats der EU durch Unternehmen untersuchte***, da dies zu anhaltender und erheblicher öffentlicher Besorgnis über den Einfluss geführt hat, den Sponsoren auf die Entscheidungsfindung der EU ausüben könnten, insbesondere auf die Beratungen über Maßnahmen und Rechtsvorschriften der EU, die die privaten Interessen dieser Sponsoren betreffen, da damit sowohl für den Rat als auch für die Union insgesamt schwerwiegende Reputationsrisiken einhergehen***;	J. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte das anhaltende Sponsoring des Rats der EU durch Unternehmen untersuchte;

Or. en

Änderungsantrag 23
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
J. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte das anhaltende Sponsoring des Rats der EU durch Unternehmen untersuchte, da dies zu ***anhaltender und erheblicher*** öffentlicher Besorgnis über den Einfluss geführt hat,	J. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte das anhaltende Sponsoring des Rats der EU durch Unternehmen untersuchte, da dies zu öffentlicher Besorgnis über den Einfluss geführt hat, den Sponsoren auf die

den Sponsoren auf die Entscheidungsfindung der EU ausüben könnten, insbesondere auf die Beratungen über Maßnahmen und Rechtsvorschriften der EU, die ***die privaten Interessen dieser*** Sponsoren betreffen***, da damit sowohl für den Rat als auch für die Union insgesamt schwerwiegende Reputationsrisiken einhergehen***;	Entscheidungsfindung der EU ausüben könnten, insbesondere auf die Beratungen über Maßnahmen und Rechtsvorschriften der EU, die ***diese*** Sponsoren betreffen;

Or. en

Änderungsantrag 24
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Erwägung J a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ja. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte anerkannt hat, dass sich die Kommission bemüht hat, die Verzögerungen bei der Bearbeitung von Beschwerden im Zusammenhang mit mutmaßlichen Verstößen gegen das EU-Recht zu verkürzen, die Kommunikation mit einzelnen Beschwerdeführern zu und die Verbreitung einschlägiger öffentlicher Informationen über ihre eigene Website zu Verstößen zu verbessern; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission aufgefordert hat, weitere Verbesserungen in diesem Bereich anzustreben;

Or. en

Änderungsantrag 25
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
K. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung auf der Grundlage einer Beschwerde von Nichtregierungsorganisationen einleitete, in der die Tatsache angeprangert wurde, dass sich das von der Kommission eingesetzte Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform ausschließlich aus Unternehmen zusammensetzte, was den Vorschriften der Kommission über eine ausgewogene Vertretung widersprach; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Erläuterungen der Kommission dazu, warum Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig – auch als Beobachter – aus dieser Gruppe ausgeschlossen waren, für nicht überzeugend hielt; in der Erwägung, dass die Inspektionen der Bürgerbeauftragten ergaben, dass die Gruppe die weitere strukturelle Energieversorgung mit fossilen Brennstoffen erörtert und gefördert hat, was soziale, ökologische, wirtschaftliche und geopolitische Folgen für die EU hat;	***entfällt***

Or. fr

Änderungsantrag 26
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
K. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung auf der Grundlage einer Beschwerde von Nichtregierungsorganisationen einleitete, in der die Tatsache angeprangert wurde, dass sich das von der Kommission eingesetzte	***entfällt***

Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform ausschließlich aus Unternehmen zusammensetzte, was den Vorschriften der Kommission über eine ausgewogene Vertretung widersprach; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Erläuterungen der Kommission dazu, warum Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig – auch als Beobachter – aus dieser Gruppe ausgeschlossen waren, für nicht überzeugend hielt; in der Erwägung, dass die Inspektionen der Bürgerbeauftragten ergaben, dass die Gruppe die weitere strukturelle Energieversorgung mit fossilen Brennstoffen erörtert und gefördert hat, was soziale, ökologische, wirtschaftliche und geopolitische Folgen für die EU hat;

Or. en

Änderungsantrag 27
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
K. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung auf der Grundlage einer Beschwerde von Nichtregierungsorganisationen einleitete, in der die Tatsache angeprangert wurde, dass sich das von der Kommission eingesetzte Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform ausschließlich aus Unternehmen zusammensetzte, was den Vorschriften der Kommission über eine ausgewogene Vertretung widersprach; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Erläuterungen der Kommission dazu, warum Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig – auch als Beobachter – aus dieser Gruppe	***entfällt***

ausgeschlossen waren, für nicht überzeugend hielt; in der Erwägung, dass die Inspektionen der Bürgerbeauftragten ergaben, dass die Gruppe die weitere strukturelle Energieversorgung mit fossilen Brennstoffen erörtert und gefördert hat, was soziale, ökologische, wirtschaftliche und geopolitische Folgen für die EU hat;

Or. en

Änderungsantrag 28
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
K. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung auf der Grundlage einer Beschwerde von Nichtregierungsorganisationen einleitete, in der die Tatsache angeprangert wurde, dass sich das von der Kommission eingesetzte Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform ausschließlich aus Unternehmen zusammensetzte, was den Vorschriften der Kommission über eine ausgewogene Vertretung widersprach; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Erläuterungen der Kommission dazu, warum Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig – auch als Beobachter – aus dieser Gruppe ausgeschlossen waren, für nicht überzeugend hielt; in der Erwägung, dass die Inspektionen der Bürgerbeauftragten ergaben, dass die Gruppe die weitere strukturelle Energieversorgung mit fossilen Brennstoffen erörtert und gefördert hat***, was soziale, ökologische, wirtschaftliche und geopolitische Folgen für die EU hat***;	K. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung auf der Grundlage einer Beschwerde von Nichtregierungsorganisationen einleitete, in der die Tatsache angeprangert wurde, dass sich das von der Kommission eingesetzte Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform ausschließlich aus Unternehmen zusammensetzte, was den Vorschriften der Kommission über eine ausgewogene Vertretung widersprach; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Erläuterungen der Kommission dazu, warum Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig – auch als Beobachter – aus dieser Gruppe ausgeschlossen waren, für nicht überzeugend hielt; in der Erwägung, dass die Inspektionen der Bürgerbeauftragten ergaben, dass die Gruppe ***auch*** die weitere strukturelle Energieversorgung mit fossilen Brennstoffen erörtert und gefördert hat;

Or. en

Änderungsantrag 29
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Erwägung L

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
L. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine beschwerdebasierte Untersuchung der Zusammensetzung des Ausschusses für Regulierungskontrolle der Kommission durchführte, die bestätigte, dass das erforderliche Fachwissen auf den Gebieten Umwelt und Soziales fehlte, was gegen die Bestimmungen der Mitteilung der Kommission zum Ausschuss für Regulierungskontrolle verstößt; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte auch prüfte, wie der Ausschuss für Regulierungskontrolle mit Interessenvertretern interagiert, und feststellte, dass die Mitglieder des Ausschusses von Maßnahmen zur Ansprache von Interessenträgern absehen sollten, wenn diese Zweifel an der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Ausschusses aufkommen lassen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 30
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Erwägung L

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
L. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine beschwerdebasierte Untersuchung der Zusammensetzung des Ausschusses für Regulierungskontrolle der	L. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine beschwerdebasierte Untersuchung der Zusammensetzung des Ausschusses für Regulierungskontrolle der

Kommission durchführte, die bestätigte, dass das ***erforderliche*** Fachwissen auf den Gebieten Umwelt und Soziales ***fehlte, was gegen die Bestimmungen der Mitteilung der Kommission zum Ausschuss für Regulierungskontrolle verstößt***; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte auch prüfte, wie der Ausschuss für Regulierungskontrolle mit Interessenvertretern interagiert, und feststellte, dass die Mitglieder des Ausschusses von Maßnahmen zur Ansprache von Interessenträgern absehen sollten, wenn diese Zweifel an der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Ausschusses aufkommen lassen;	Kommission durchführte, die bestätigte, dass ***die derzeitige Zusammensetzung nicht in ausreichendem Maße*** das ***in der Mitteilung der Kommission zum Ausschuss für Regulierungskontrolle geforderte*** Fachwissen auf den Gebieten Umwelt und Soziales ***sicherstellt***; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte auch prüfte, wie der Ausschuss für Regulierungskontrolle mit Interessenvertretern interagiert, und feststellte, dass die Mitglieder des Ausschusses von Maßnahmen zur Ansprache von Interessenträgern absehen sollten, wenn diese Zweifel an der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Ausschusses aufkommen lassen;

Or. en

Änderungsantrag 31
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine beschwerdebasierte Untersuchung dazu einleitete, wie die Kommission bei „dringenden“ Legislativvorschlägen wie der jüngsten Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU vorgeht und wie die Kommission bewertet, ob ihre Vorschläge mit den Klimaneutralitätszielen des Europäischen Klimagesetzes[2] im Einklang stehen;	***entfällt***
[2] Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und	

(EU) 2018/1999 („Europäisches Klimagesetz“) (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1119/oj).

Or. en

Änderungsantrag 32
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine beschwerdebasierte Untersuchung dazu einleitete, wie die Kommission bei „dringenden“ Legislativvorschlägen wie der jüngsten Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU vorgeht ***und wie die Kommission bewertet, ob ihre Vorschläge mit den Klimaneutralitätszielen des Europäischen Klimagesetzes[2] im Einklang stehen***;	M. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine beschwerdebasierte Untersuchung dazu einleitete, wie die Kommission bei „dringenden“ Legislativvorschlägen wie der jüngsten Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU vorgeht;

[2] Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999 („Europäisches Klimagesetz“) (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1119/oj).

Or. en

Änderungsantrag 33

Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine beschwerdebasierte Untersuchung dazu einleitete, wie die Kommission bei **„**dringenden**“** Legislativvorschlägen wie der jüngsten Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU vorgeht und wie die Kommission bewertet, ob ihre Vorschläge mit den Klimaneutralitätszielen des Europäischen Klimagesetzes[2] im Einklang stehen;	M. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine beschwerdebasierte Untersuchung dazu einleitete, wie die Kommission bei dringenden Legislativvorschlägen wie der jüngsten Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU vorgeht und wie die Kommission bewertet, ob ihre Vorschläge mit den Klimaneutralitätszielen des Europäischen Klimagesetze[2] im Einklang stehen;
[2] Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999 („Europäisches Klimagesetz“) (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1119/oj).	[2] Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999 („Europäisches Klimagesetz“) (ABl. L 243 vom 9.7.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1119/oj).

Or. en

Änderungsantrag 34
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung zu der Entscheidung der Kommission einleitete, nur Industrievertreter zu einem Workshop zum Thema Pestizide	***entfällt***

einzuladen – einem Bereich mit direkten Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt –, und zu dem Schluss kam, dass die Kommission für mehr Transparenz hätte sorgen können; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Besorgnis der Öffentlichkeit hinsichtlich Workshops, an denen nur Wirtschaftsakteure teilnehmen, als legitim erachtete, da sie als Gelegenheit für die Industrie angesehen werden, die Arbeit der Kommission ungebührlich zu beeinflussen; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen der Untersuchung der Vorschriften über die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden, einschließlich eines Leitfadens zur vergleichenden Bewertung, ihre besondere Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass die Kommission bisher keine Maßnahmen ergriffen hat, um die Vorschriften in diesem Bereich zu verbessern, obwohl ihr seit 2020 bewusst ist, dass diese unwirksam sind;

Or. en

Änderungsantrag 35
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung zu der Entscheidung der Kommission einleitete, nur Industrievertreter zu einem Workshop zum Thema Pestizide einzuladen – einem Bereich mit direkten Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt –, und zu dem Schluss kam, dass die Kommission für mehr Transparenz hätte sorgen können; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Besorgnis der Öffentlichkeit hinsichtlich Workshops, an	N. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung zu der Entscheidung der Kommission einleitete, nur Industrievertreter zu einem Workshop zum Thema Pestizide einzuladen – einem Bereich mit direkten Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt –, und zu dem Schluss kam, dass die Kommission für mehr Transparenz hätte sorgen können; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Besorgnis der Öffentlichkeit hinsichtlich Workshops, an

denen nur Wirtschaftsakteure teilnehmen, als legitim erachtete, da sie als Gelegenheit für die Industrie angesehen werden, die Arbeit der Kommission ungebührlich zu beeinflussen; ***in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen der Untersuchung der Vorschriften über die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden, einschließlich eines Leitfadens zur vergleichenden Bewertung, ihre besondere Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass die Kommission bisher keine Maßnahmen ergriffen hat, um die Vorschriften in diesem Bereich zu verbessern, obwohl ihr seit 2020 bewusst ist, dass diese unwirksam sind;***	denen nur Wirtschaftsakteure teilnehmen, als legitim erachtete, da sie als Gelegenheit für die Industrie angesehen werden, die Arbeit der Kommission ungebührlich zu beeinflussen;
	Or. fr

Änderungsantrag 36
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung zu der Entscheidung der Kommission einleitete, ***nur*** Industrievertreter zu einem Workshop zum Thema Pestizide einzuladen – einem Bereich mit direkten Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt –, und ***zu dem Schluss kam, dass die*** Kommission ***für mehr Transparenz hätte sorgen können***; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Besorgnis der Öffentlichkeit hinsichtlich Workshops, an denen nur Wirtschaftsakteure teilnehmen, als legitim erachtete, da sie als Gelegenheit für die Industrie angesehen werden, die Arbeit der Kommission ungebührlich zu beeinflussen; ***in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen der Untersuchung der Vorschriften über die Substitution***	N. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung zu der Entscheidung der Kommission einleitete, Industrievertreter zu einem Workshop zum Thema Pestizide einzuladen – einem Bereich mit direkten Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt –, und ***der*** Kommission ***vorgeschlagen hat, eine spezielle Webseite einzurichten und Informationen und Dokumente über bevorstehende Veranstaltungen zum Thema Pestizide zu veröffentlichen, sobald diese verfügbar sind***; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Besorgnis der Öffentlichkeit hinsichtlich Workshops, an denen nur Wirtschaftsakteure teilnehmen, als legitim erachtete, da sie als Gelegenheit für die Industrie angesehen werden, die Arbeit der Kommission ungebührlich zu

gefährlicher Stoffe in Pestiziden, einschließlich eines Leitfadens zur vergleichenden Bewertung, ihre besondere Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass die Kommission bisher keine Maßnahmen ergriffen hat, um die Vorschriften in diesem Bereich zu verbessern, obwohl ihr seit 2020 bewusst ist, dass diese unwirksam sind;

beeinflussen;

Or. en

Änderungsantrag 37
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung zu der Entscheidung der Kommission einleitete, nur Industrievertreter zu einem Workshop zum Thema Pestizide einzuladen ***– einem Bereich mit direkten Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt –***, und zu dem Schluss kam, dass ***die Kommission für*** mehr Transparenz hätte ***sorgen*** können; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Besorgnis der Öffentlichkeit hinsichtlich Workshops***, an denen nur Wirtschaftsakteure teilnehmen,*** als legitim erachtete***, da sie als Gelegenheit für die Industrie angesehen werden, die Arbeit der Kommission ungebührlich zu beeinflussen***; ***in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen der Untersuchung der Vorschriften über die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden, einschließlich eines Leitfadens zur vergleichenden Bewertung, ihre besondere Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass die Kommission bisher keine Maßnahmen ergriffen hat, um die Vorschriften in diesem Bereich zu***	N. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung zu der Entscheidung der Kommission einleitete, nur Industrievertreter zu einem Workshop zum Thema Pestizide einzuladen, und zu dem Schluss kam, dass mehr Transparenz hätte ***gewährleistet werden*** können; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Besorgnis der Öffentlichkeit hinsichtlich ***der Zusammensetzung solcher*** Workshops als legitim erachtete;

verbessern, obwohl ihr seit 2020 bewusst ist, dass diese unwirksam sind;

Or. en

Änderungsantrag 38
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung zu der Entscheidung der Kommission einleitete, nur Industrievertreter zu einem Workshop zum Thema Pestizide einzuladen – einem Bereich mit direkten Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt –, und zu dem Schluss kam, dass die Kommission für mehr Transparenz hätte sorgen können; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Besorgnis der Öffentlichkeit hinsichtlich Workshops, an denen nur Wirtschaftsakteure teilnehmen, als legitim erachtete, da sie als Gelegenheit für die Industrie angesehen werden, die Arbeit der Kommission ***ungebührlich*** zu beeinflussen; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen der Untersuchung der Vorschriften über die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden, einschließlich eines Leitfadens zur vergleichenden Bewertung, ihre ***besondere*** Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass die Kommission ***bisher keine Maßnahmen ergriffen hat, um die*** Vorschriften in diesem Bereich ***zu verbessern, obwohl ihr seit 2020 bewusst ist, dass*** diese ***unwirksam sind***;	N. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung zu der Entscheidung der Kommission einleitete, nur Industrievertreter zu einem Workshop zum Thema Pestizide einzuladen – einem Bereich mit direkten Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt –, und zu dem Schluss kam, dass die Kommission für mehr Transparenz hätte sorgen können; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Besorgnis der Öffentlichkeit hinsichtlich Workshops, an denen nur Wirtschaftsakteure teilnehmen, als legitim erachtete, da sie als Gelegenheit für die Industrie angesehen werden, die Arbeit der Kommission ***unverhältnismäßig*** zu beeinflussen; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen der Untersuchung der Vorschriften über die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden, einschließlich eines Leitfadens zur vergleichenden Bewertung, ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass die Kommission ***zwar seit 2020 Maßnahmen zur Behebung der Mängel in den*** Vorschriften in diesem Bereich ***vorbereitet,*** diese ***jedoch noch nicht fertiggestellt oder umgesetzt worden sind***;

Or. en

Änderungsantrag 39

Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
O. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte untersuchte, wie die Kommission mit einem mutmaßlichen Interessenkonflikt umging, der einen ihrer Kommissare im Zusammenhang mit der Bearbeitung einer Vertragsverletzungsbeschwerde betraf; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte bestätigte, dass die Kommission beschlossen hatte, die Beschwerde an die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) der Kommission weiterzuleiten, obwohl sie darauf hingewiesen worden war, dass der Bruder des für Landwirtschaft zuständigen Kommissionsmitglieds zu jenen Abgeordneten des polnischen Parlaments gehörte, die den betreffenden Rechtsakt vorgeschlagen hatten; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte zu dem Schluss kam, dass die Art und Weise, wie die Kommission den potenziellen Interessenkonflikt bewertete, fehlerhaft war, und als Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit angesehen wurde;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 40
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
O. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte untersuchte, wie die Kommission mit einem mutmaßlichen	O. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte untersuchte, wie die Kommission mit einem mutmaßlichen

Interessenkonflikt umging, der einen ihrer Kommissare im Zusammenhang mit der Bearbeitung einer Vertragsverletzungsbeschwerde betraf; ***in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte bestätigte, dass die Kommission beschlossen hatte, die Beschwerde an die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) der Kommission weiterzuleiten, obwohl sie darauf hingewiesen worden war, dass der Bruder des für Landwirtschaft zuständigen Kommissionsmitglieds zu jenen Abgeordneten des polnischen Parlaments gehörte, die den betreffenden Rechtsakt vorgeschlagen hatten; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte zu dem Schluss kam, dass die Art und Weise, wie die Kommission den potenziellen Interessenkonflikt bewertete, fehlerhaft war, und als Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit angesehen wurde;***	Interessenkonflikt umging, der einen ihrer Kommissare im Zusammenhang mit der Bearbeitung einer Vertragsverletzungsbeschwerde betraf;

Or. en

Änderungsantrag 41
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
O. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte untersuchte, wie die Kommission mit einem mutmaßlichen Interessenkonflikt umging, der einen ihrer Kommissare im Zusammenhang mit der Bearbeitung einer Vertragsverletzungsbeschwerde betraf; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte ***bestätigte***, dass die ***Kommission beschlossen hatte, die Beschwerde an die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) der Kommission weiterzuleiten, obwohl sie***	O. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte untersuchte, wie die Kommission mit einem mutmaßlichen Interessenkonflikt umging, der einen ihrer Kommissare im Zusammenhang mit der Bearbeitung einer Vertragsverletzungsbeschwerde betraf; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte ***feststellte***, dass die ***Art und Weise, wie die Situation bewertet wurde, Bedenken hinsichtlich der Wahrnehmung der*** Unabhängigkeit ***der Institution***

darauf hingewiesen worden war, dass der Bruder des für Landwirtschaft zuständigen Kommissionsmitglieds zu jenen Abgeordneten des polnischen Parlaments gehörte, die den betreffenden Rechtsakt vorgeschlagen hatten; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte zu dem Schluss kam, dass die Art und Weise, wie die Kommission den potenziellen Interessenkonflikt bewertete, fehlerhaft war, und als Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit ***angesehen wurde***;

aufkommen ließ;

Or. en

Änderungsantrag 42
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
O. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte untersuchte, wie die Kommission mit einem mutmaßlichen Interessenkonflikt umging, der einen ihrer Kommissare im Zusammenhang mit der Bearbeitung einer Vertragsverletzungsbeschwerde betraf; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte bestätigte, dass die Kommission beschlossen hatte, die Beschwerde an die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) der Kommission weiterzuleiten, obwohl sie darauf hingewiesen worden war, dass der Bruder des für Landwirtschaft zuständigen Kommissionsmitglieds zu jenen Abgeordneten des polnischen Parlaments gehörte, die den betreffenden Rechtsakt vorgeschlagen hatten; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte zu dem Schluss kam, dass die Art und Weise, wie die Kommission den potenziellen Interessenkonflikt bewertete, fehlerhaft war, und als Beeinträchtigung ihrer	O. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte untersuchte, wie die Kommission mit einem mutmaßlichen Interessenkonflikt umging, der einen ihrer Kommissare im Zusammenhang mit der Bearbeitung einer Vertragsverletzungsbeschwerde betraf; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte bestätigte, dass die Kommission beschlossen hatte, die Beschwerde an die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) der Kommission weiterzuleiten, obwohl sie darauf hingewiesen worden war, dass der Bruder des für Landwirtschaft zuständigen Kommissionsmitglieds zu jenen Abgeordneten des polnischen Parlaments gehörte, die den betreffenden Rechtsakt vorgeschlagen hatten; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte zu dem Schluss kam, dass die Art und Weise, wie die Kommission den potenziellen Interessenkonflikt bewertete, fehlerhaft war, und als Beeinträchtigung ihrer

Unabhängigkeit angesehen ***wurde***;	Unabhängigkeit angesehen ***werden konnte***;

Or. en

Änderungsantrag 43
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Erwägung O a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Oa. in Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte untersucht hat, wie die Kommission mit Bedenken hinsichtlich der von einem Europäischen Referenznetzwerk für seltene Krankheiten entwickelten Leitlinien umgegangen ist, die durch die Erleichterung von Diskussionen zwischen Gesundheitsdienstleistern aus ganz Europa erarbeitet wurden; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Einrichtung eines Beschwerdemechanismus durch die Kommission begrüßt hat, mit dem Menschen Fragen zu den Aktivitäten und der Funktionsweise solcher Netzwerke zur Sprache bringen können, die die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsdienstleistern in ganz Europa erleichtern; in der Erwägung, dass dieser Mechanismus als Reaktion auf die Untersuchung der Bürgerbeauftragten geschaffen wurde;

Or. en

Änderungsantrag 44
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Erwägung P

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
P. in der Erwägung, dass das Parlament den Sonderbericht der Bürgerbeauftragten betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, nahezu einstimmig billigte und die Kommission aufforderte, die systemischen Verzögerungen bei der Bearbeitung dieser Anträge zu beheben, da diese gegen die in den EU-Verträgen verankerten demokratischen Grundsätze verstoßen; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte feststellte, dass die Kommission in 85 % der Fälle die gesetzlichen Fristen für die Überprüfung von Erstentscheidungen über Anträge auf Zugang nicht eingehalten hatte und dass es in der Regel zu Verzögerungen bei jenen Anträgen kam, die Bereiche von erheblicher öffentlicher Bedeutung betrafen; in der Erwägung, dass solche Verzögerungen bei legislativen Dokumenten besonders schwerwiegende Folgen haben, da sie die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger untergraben, Entscheidungen und politische Maßnahmen der EU rechtzeitig zu prüfen, was ihre sinnvolle Beteiligung am demokratischen Leben der EU behindert;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 45
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Erwägung P

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
P. in der Erwägung, dass das Parlament den Sonderbericht der Bürgerbeauftragten betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die	P. in der Erwägung, dass das Parlament den Sonderbericht der Bürgerbeauftragten betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die

Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, nahezu einstimmig billigte und die Kommission aufforderte, die ***systemischen*** Verzögerungen bei der Bearbeitung ***dieser*** Anträge zu beheben***, da diese gegen die in den EU-Verträgen verankerten demokratischen Grundsätze verstoßen***; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte feststellte, dass die Kommission in 85 % der Fälle die gesetzlichen Fristen für die Überprüfung von Erstentscheidungen über Anträge auf Zugang nicht eingehalten hatte ***und dass es in der Regel zu Verzögerungen bei jenen Anträgen kam, die Bereiche von erheblicher öffentlicher Bedeutung betrafen***; in der Erwägung, dass ***solche*** Verzögerungen bei legislativen Dokumenten ***besonders schwerwiegende Folgen haben, da sie die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger untergraben, Entscheidungen und politische Maßnahmen der EU rechtzeitig zu prüfen, was ihre sinnvolle Beteiligung am demokratischen Leben der EU behindert***;

Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, nahezu einstimmig billigte und die Kommission aufforderte, die Verzögerungen bei der Bearbeitung ***von*** Anträgen ***auf Zugang*** zu beheben; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte feststellte, dass die Kommission in 85 % der Fälle die gesetzlichen Fristen für die Überprüfung von Erstentscheidungen über Anträge auf Zugang nicht eingehalten hatte; in der Erwägung, dass Verzögerungen bei legislativen Dokumenten ***problematisch sein können***;

Or. en

Änderungsantrag 46
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Erwägung Q

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Q. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Reihe von Untersuchungen in Bezug auf den mangelnden Zugang der Öffentlichkeit zu legislativen Dokumenten einleitete und die Kommission ***dafür kritisierte, dass sie den Zugang zu Beiträgen von Interessenträgern und Mitgliedstaaten zur EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur[3] und zu***	Q. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Reihe von Untersuchungen in Bezug auf den mangelnden Zugang der Öffentlichkeit zu legislativen Dokumenten einleitete und die ***Weigerung der*** Kommission ***kritisiert hat, Interessenträgern und Mitgliedstaaten Zugang zu gewähren***; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen einer systematischeren Untersuchung

Dokumenten im Zusammenhang mit der Überarbeitung der EU-Vorschriften über an Verbraucher gerichtete Lebensmittelinformationen verweigert hatte; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen einer systematischeren Untersuchung prüfte, ob die EU-Organe den in den EU-Verträgen verankerten Grundsatz der Transparenz der Gesetzgebung einhalten, und zu dem Schluss kam, dass sowohl der Rat als auch die Kommission diesem Grundsatz nicht in vollem Umfang nachkommen;

prüfte, ob die EU-Organe den in den EU-Verträgen verankerten Grundsatz der Transparenz der Gesetzgebung einhalten, und zu dem Schluss kam, dass sowohl der Rat als auch die Kommission diesem Grundsatz nicht in vollem Umfang nachkommen;

---

[3] Verordnung (EU) 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869 (ABl. L, 2024/1991, 29.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1991/oj).

Or. en

Änderungsantrag 47
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Erwägung Q

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Q. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Reihe von Untersuchungen in Bezug auf den mangelnden Zugang der Öffentlichkeit zu legislativen Dokumenten einleitete und die Kommission dafür kritisierte, dass sie den Zugang zu Beiträgen von Interessenträgern und Mitgliedstaaten zur EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur[3] und zu Dokumenten im Zusammenhang mit der Überarbeitung der EU-Vorschriften über an Verbraucher gerichtete Lebensmittelinformationen verweigert	Q. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Reihe von Untersuchungen in Bezug auf den mangelnden Zugang der Öffentlichkeit zu legislativen Dokumenten einleitete und die Kommission dafür kritisierte, dass sie den Zugang zu Beiträgen von Interessenträgern und Mitgliedstaaten zur EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur[3] und zu Dokumenten im Zusammenhang mit der Überarbeitung der EU-Vorschriften über an Verbraucher gerichtete Lebensmittelinformationen verweigert

hatte; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen einer systematischeren Untersuchung prüfte, ob die EU-Organe den in den EU-Verträgen verankerten Grundsatz der Transparenz der Gesetzgebung einhalten, und zu dem Schluss kam, dass sowohl der Rat als auch die Kommission ***diesem Grundsatz nicht in vollem Umfang nachkommen***;	hatte; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen einer systematischeren Untersuchung prüfte, ob die EU-Organe den in den EU-Verträgen verankerten Grundsatz der Transparenz der Gesetzgebung einhalten, und zu dem Schluss kam, dass sowohl der Rat als auch die Kommission ***diesen Grundsatz nicht vollständig einhalten***;
[3] Verordnung (EU) 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869 (ABl. L, 2024/1991, 29.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1991/oj).	[3] Verordnung (EU) 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869 (ABl. L, 2024/1991, 29.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1991/oj).

Or. en

Änderungsantrag 48
Pál Szekeres, Virginie Joron, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Erwägung Q a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Qa. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte mehrere beschwerdebasierende Untersuchungen im Zusammenhang mit der Verwendung von Ferntests durch das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) durchgeführt hat; In der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen von sechs Untersuchungen einen Missstand festgestellt hat: insbesondere stellte die Bürgerbeauftragte fest, dass das EPSO die Argumente der Beschwerdeführer nicht angemessen berücksichtigt, einen Mangel an Flexibilität an den Tag gelegt oder unangemessene Entscheidungen getroffen habe; in der Erwägung, dass sie das EPSO auch dafür kritisiert hat, dass es den Beschwerdeführern häufig

	widersprüchliche Informationen darüber zur Verfügung gestellt hat, wie sie nachweisen können, dass sie mit Problemen konfrontiert waren, und dass das EPSO Beschwerden selbst in Fällen zurückgewiesen hat, in denen Bewerber die Anweisungen zur Meldung technischer Probleme befolgt hatten;

Or. en

Änderungsantrag 49
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Erwägung R

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
R. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte Todesfälle im Mittelmeer untersuchte und dabei schwerwiegende Mängel in Bezug auf die Rolle von Frontex bei Such- und Rettungseinsätzen aufdeckte, darunter das Versäumnis, sicherzustellen, dass die Grundrechtebeobachter von Frontex ausreichend in die Entscheidungsfindung bei Seenotfällen einbezogen werden, sowie das Fehlen interner Leitlinien von Frontex für die Aussendung von Notfallsignalen; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte betonte, dass es auf EU-Ebene keinen einheitlichen Rechenschaftsmechanismus gibt, mit dem die Rolle der nationalen Behörden, die Rolle von Frontex und die Rolle der Kommission, die für die Einhaltung der Grundrechtsbestimmungen der EU-Verträge verantwortlich ist, unabhängig untersucht werden könnten;	***entfällt***

Or. fr

Änderungsantrag 50

Mireia Borrás Pabón, Juan Carlos Girauta Vidal, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Erwägung R

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
R. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte Todesfälle im Mittelmeer untersuchte und dabei schwerwiegende Mängel in Bezug auf die Rolle von Frontex bei Such- und Rettungseinsätzen aufdeckte, darunter das Versäumnis, sicherzustellen, dass die Grundrechtebeobachter von Frontex ausreichend in die Entscheidungsfindung bei Seenotfällen einbezogen werden, sowie das Fehlen interner Leitlinien von Frontex für die Aussendung von Notfallsignalen; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte betonte, dass es auf EU-Ebene keinen einheitlichen Rechenschaftsmechanismus gibt, mit dem die Rolle der nationalen Behörden, die Rolle von Frontex und die Rolle der Kommission, die für die Einhaltung der Grundrechtsbestimmungen der EU-Verträge verantwortlich ist, unabhängig untersucht werden könnten;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 51
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Erwägung R

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
R. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte Todesfälle im Mittelmeer untersuchte und dabei schwerwiegende Mängel in Bezug auf die Rolle von Frontex bei Such- und Rettungseinsätzen aufdeckte, darunter das Versäumnis, sicherzustellen, dass die	***entfällt***

Grundrechtebeobachter von Frontex ausreichend in die Entscheidungsfindung bei Seenotfällen einbezogen werden, sowie das Fehlen interner Leitlinien von Frontex für die Aussendung von Notfallsignalen; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte betonte, dass es auf EU-Ebene keinen einheitlichen Rechenschaftsmechanismus gibt, mit dem die Rolle der nationalen Behörden, die Rolle von Frontex und die Rolle der Kommission, die für die Einhaltung der Grundrechtsbestimmungen der EU-Verträge verantwortlich ist, unabhängig untersucht werden könnten;

Or. en

Änderungsantrag 52
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Erwägung R

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
R. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte Todesfälle im Mittelmeer untersuchte und dabei schwerwiegende Mängel in Bezug auf die Rolle von Frontex bei Such- und Rettungseinsätzen aufdeckte***, darunter das Versäumnis, sicherzustellen, dass die*** Grundrechtebeobachter ***von Frontex ausreichend*** in die Entscheidungsfindung bei Seenotfällen ***einbezogen werden, sowie das Fehlen interner*** Leitlinien ***von Frontex für die Aussendung von Notfallsignalen; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte betonte, dass es auf EU-Ebene keinen einheitlichen Rechenschaftsmechanismus gibt, mit dem die Rolle der nationalen Behörden, die Rolle von Frontex und die Rolle der Kommission, die für die*** Einhaltung ***der Grundrechtsbestimmungen der EU-Verträge verantwortlich ist, unabhängig***	R. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte Todesfälle im Mittelmeer untersuchte und dabei schwerwiegende Mängel in Bezug auf die Rolle von Frontex bei Such- und Rettungseinsätzen aufdeckte***; weist darauf hin, dass Frontex auf Schwierigkeiten stößt, die es erforderlich machen, die Ressourcen und den Haushalt aufzustocken, damit die Agentur ihren Aufgaben unter den bestmöglichen Bedingungen nachkommen kann; weist darauf hin, dass Frontex mit erheblichen operativen und rechtlichen Einschränkungen konfrontiert ist, was unterstreicht, dass sein Mandat, seine Ressourcen und sein Budget gestärkt werden müssen, damit die Agentur die Mitgliedstaaten – auch in Such- und Rettungssituationen – besser unterstützen kann***; ***betont, wie wichtig es ist, dass***

untersucht werden könnten;	Grundrechtsbeobachter ***wirksam*** in die Entscheidungsfindung bei Seenotfällen ***einbezogen werden und dass klare operative*** Leitlinien ***entwickelt werden; betont jedoch, dass die Verantwortung für die*** Einhaltung ***des Völkerrechts und des EU-Rechts in erster Linie bei den Mitgliedstaaten liegt, während die Kommission eine Schlüsselrolle bei der Sicherstellung von Kohärenz, Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Migrations- und Grenzschutzpolitik der Union spielt***;

Or. en

Änderungsantrag 53
Pál Szekeres, Virginie Joron, Sebastian Kruis, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Erwägung R

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
R. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte ***Todesfälle*** im Mittelmeer ***untersuchte*** und ***dabei schwerwiegende Mängel in Bezug auf die Rolle von Frontex bei Such- und Rettungseinsätzen aufdeckte, darunter das Versäumnis, sicherzustellen, dass die Grundrechtebeobachter von Frontex ausreichend in die Entscheidungsfindung bei Seenotfällen einbezogen werden, sowie das Fehlen interner Leitlinien von Frontex für die Aussendung von Notfallsignalen; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte betonte,*** dass es auf ***EU-Ebene*** keinen einheitlichen Rechenschaftsmechanismus gibt, ***mit dem*** die ***Rolle*** der nationalen Behörden, ***die Rolle*** von Frontex und ***die Rolle*** der Kommission***, die für die Einhaltung der Grundrechtsbestimmungen der EU-Verträge verantwortlich ist, unabhängig untersucht werden könnten***;	R. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte ***eine Untersuchung zu Todesfällen*** im Mittelmeer ***durchführte*** und ***betonte,*** dass es auf ***europäischer Ebene*** keinen einheitlichen Rechenschaftsmechanismus gibt, ***um*** die ***jeweiligen Rollen*** der nationalen Behörden, von Frontex und der Kommission ***unabhängig zu untersuchen***;

Or. en

Änderungsantrag 54
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Erwägung R

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
R. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte ***Todesfälle im Mittelmeer untersuchte und dabei*** schwerwiegende Mängel in Bezug auf die Rolle von Frontex bei Such- und Rettungseinsätzen aufdeckte, darunter das Versäumnis, sicherzustellen, dass die Grundrechtebeobachter von Frontex ausreichend in die Entscheidungsfindung bei Seenotfällen einbezogen werden, sowie das Fehlen interner Leitlinien von Frontex für die Aussendung von Notfallsignalen; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte betonte, dass es auf EU-Ebene keinen einheitlichen Rechenschaftsmechanismus gibt, mit dem die Rolle der nationalen Behörden, die Rolle von Frontex und die Rolle der Kommission, die für die Einhaltung der Grundrechtsbestimmungen der EU-Verträge verantwortlich ist, unabhängig untersucht werden könnten;	R. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte schwerwiegende Mängel in Bezug auf die Rolle von Frontex bei Such- und Rettungseinsätzen aufdeckte, ***insbesondere nach den Todesfällen im Mittelmeer,*** darunter das Versäumnis, sicherzustellen, dass die Grundrechtebeobachter von Frontex ausreichend in die Entscheidungsfindung bei Seenotfällen einbezogen werden, sowie das Fehlen interner Leitlinien von Frontex für die Aussendung von Notfallsignalen; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte betonte, dass es auf EU-Ebene keinen einheitlichen Rechenschaftsmechanismus gibt, mit dem die Rolle der nationalen Behörden, die Rolle von Frontex und die Rolle der Kommission, die für die Einhaltung der Grundrechtsbestimmungen der EU-Verträge verantwortlich ist, unabhängig untersucht werden könnten;

Or. en

Änderungsantrag 55
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Erwägung R a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ra. in der Erwägung, dass die Europäische Bürgerbeauftragte 2024 einen Beschluss in der

	Sache 507/2023/PVV über den Zugang zu Dokumenten der Kommission im Zusammenhang mit Überwachungs- und Beobachtungssystemen in den Aufnahme- und Identifizierungszentren in Griechenland erlassen hat; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die erheblichen Verzögerungen der Kommission bei der Beantwortung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit kritisiert hat, die einen Verstoß gegen den Grundsatz der guten Verwaltung und das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Transparenz darstellten;

Or. en

Änderungsantrag 56
Murielle Laurent

Entschließungsantrag
Erwägung R a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ra. in der Erwägung, dass die anhaltenden humanitären Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten auch zu einer Reihe von Beschwerden geführt haben;

Or. en

Änderungsantrag 57
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Erwägung S

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
S. in der Erwägung, dass nach Ansicht der Bürgerbeauftragten die Weigerung der Kommission, Dokumente über die Beiträge von Interessenträgern	***entfällt***

zu ihrem Legislativvorschlag zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern offenzulegen, einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellte, da sie die Öffentlichkeit daran hinderte, die Wirkung und den Einfluss solcher privater Interessenträger zu prüfen;

Or. en

Änderungsantrag 58
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Erwägung S

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
S. in der Erwägung, dass nach Ansicht der Bürgerbeauftragten ***die Weigerung der Kommission, Dokumente*** über die Beiträge von Interessenträgern zu ihrem Legislativvorschlag zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern ***offenzulegen, einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellte, da sie*** die Öffentlichkeit daran hinderte, die Wirkung und den Einfluss solcher privater Interessenträger zu prüfen;	S. in der Erwägung, dass ***die Kommission*** nach Ansicht der Bürgerbeauftragten ***einen besseren Zugang zu Dokumenten*** über die Beiträge von Interessenträgern zu ihrem Legislativvorschlag zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern ***hätte gewähren können, da der eingeschränkte Zugang*** die Öffentlichkeit daran hinderte, die Wirkung und den Einfluss solcher privaten Interessenträger zu prüfen;

Or. en

Änderungsantrag 59
Marcin Sypniewski

Entschließungsantrag
Erwägung S a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Sa. in der Erwägung, dass das Amt der Europäischen Bürgerbeauftragten von 2013 bis 2024 von Emily O'Reilly ausgeübt wurde, deren Bemühungen in

den Bereichen Transparenz und Rechenschaftspflicht – einschließlich Untersuchungen zum Zugang zu Informationen über Verhandlungen über COVID-19-Impfstoffe, Empfehlungen zur Verhinderung von Missständen in der Verwaltung der EU-Organe und Erkenntnisse im Anschluss an den „Katargate“-Skandal – entscheidend dazu beigetragen haben, die Notwendigkeit einer Verbesserung der Verwaltung in der Union hervorzuheben;

Or. pl

Änderungsantrag 60
Galato Alexandraki, Emmanouil Fragkos

Entschließungsantrag
Erwägung S a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Sa. in der Erwägung, dass der Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit der Eisenbahntragödie von Tempi eine für 2026 geplante Informationsreise nach Griechenland genehmigt hat; in der Erwägung, dass diese Mission mit voller Transparenz unter Einbeziehung der Familien der Opfer, der Eisenbahner und der zuständigen Behörden durchgeführt werden und zu öffentlich zugänglichen Erkenntnissen mit einem klaren Zeitplan für Folgemaßnahmen führen sollte;

Or. el

Änderungsantrag 61
Marcin Sypniewski

Entschließungsantrag
Erwägung S b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Sb. in der Erwägung, dass das Parlament am 19. Dezember 2024 die neue Bürgerbeauftragte Teresa Anjinho gewählt hat, die ihr Amt am 27. Februar 2025 angetreten hat;

Or. pl

Änderungsantrag 62
Marcin Sypniewski

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. beglückwünscht der ***neuen*** Bürgerbeauftragten ***zu ihrer Ernennung und befürwortet ihr Engagement, sicherzustellen, dass die EU-Verwaltung bei ihrer Arbeit weiterhin*** einen ***sehr*** bürgernahen Ansatz ***verfolgt***;	2. beglückwünscht ***Teresa Anjinho zu ihrem Erfolg im Auswahlwettbewerb für das Amt*** der Bürgerbeauftragten ***gegen fünf andere Bewerber bzw. Bewerberinnen; begrüßt ihre Absicht,*** einen bürgernahen Ansatz ***beizubehalten und gleichzeitig politische Unabhängigkeit und Verhältnismäßigkeit bei der Auswahl von Fällen systemischer Bedeutung zu wahren***;

Or. pl

Änderungsantrag 63
Marcin Sypniewski

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. würdigt die konstruktive Zusammenarbeit der Bürgerbeauftragten mit dem Parlament, insbesondere mit dem Petitionsausschuss, sowie mit den anderen Organen der EU;	3. würdigt die konstruktive Zusammenarbeit der Bürgerbeauftragten mit dem Parlament, insbesondere mit dem Petitionsausschuss, sowie mit den anderen Organen der EU; ***dankt der ehemaligen Bürgerbeauftragten dafür, dass sie die***

Standards für Transparenz und gute Verwaltung zwischen 2013 und 2024 angehoben und auf Verbesserungen bei den Verfahren der EU-Organe hingewiesen hat;

Or. pl

Änderungsantrag 64
Pál Szekeres, Virginie Joron, Sebastian Kruis, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. bedauert die wiederholte Nichteinhaltung der Transparenzstandards durch die Kommission; fordert die Bürgerbeauftragte auf, die Einhaltung der Fristen für den Zugang zu Dokumenten genau zu überwachen, um systemimmanente Verwaltungsmissstände zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 65
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. ist äußerst besorgt darüber, dass die Kommission die rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe nicht einhält; betont, dass die erheblichen Verzögerungen der Kommission die menschliche Gesundheit und die Umwelt	***entfällt***

maßgeblich gefährden, da Unternehmen in der Lage sind, solche chemischen Stoffe, einschließlich Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), die mit einem erhöhten Risiko für Krebs und genetische Schäden sowie mit Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit in Verbindung gebracht werden, weiterhin zu verwenden;

Or. fr

Änderungsantrag 66
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. ***ist äußerst besorgt darüber, dass die*** Kommission ***die*** rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen ***für gefährliche chemische Stoffe nicht einhält; betont, dass die erheblichen Verzögerungen der Kommission die menschliche Gesundheit und die Umwelt maßgeblich gefährden, da Unternehmen in der Lage sind, solche chemischen Stoffe, einschließlich Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), die mit einem erhöhten Risiko für Krebs und genetische Schäden sowie mit Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit in Verbindung gebracht werden, weiterhin zu verwenden***;	4. ***nimmt die Verzögerungen der*** Kommission ***bei der Einhaltung der*** rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen ***zur Kenntnis; betont, dass die Einhaltung dieser Fristen von entscheidender Bedeutung ist, um Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit im Entscheidungsprozess der EU sicherzustellen***;

Or. en

Änderungsantrag 67
Paolo Inselvini

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. ***ist äußerst besorgt darüber, dass die Kommission die*** rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe ***nicht einhält***; betont, dass ***die erheblichen*** Verzögerungen ***der Kommission die menschliche*** Gesundheit und ***die Umwelt maßgeblich gefährden, da Unternehmen in der Lage sind, solche chemischen Stoffe, einschließlich*** Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), ***die mit einem erhöhten Risiko für Krebs und genetische Schäden sowie mit Beeinträchtigungen der reproduktiven*** Gesundheit ***in Verbindung gebracht werden, weiterhin zu verwenden***;	4. ***weist auf die Verzögerungen seitens der*** Kommission ***hinsichtlich der*** rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe ***hin***; betont, dass ***diese*** Verzögerungen ***Gefahr laufen, die rechtliche Sicherheit und den Schutz der menschlichen*** Gesundheit und ***der*** Umwelt ***zu beeinträchtigen; weist insbesondere darauf hin, dass bei den*** Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS)***, die aufgrund ihrer Risiken für die Gesundheit bekannt sind, die Beschränkung schrittweise und realistisch erfolgen muss, um den Schutz der öffentlichen*** Gesundheit ***mit der Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung in europäischen Unternehmen in Einklang zu bringen***;
	Or. it

Änderungsantrag 68
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. ist ***äußerst*** besorgt darüber, dass die Kommission die rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe nicht einhält; ***betont, dass die erheblichen Verzögerungen der Kommission die menschliche Gesundheit und die Umwelt maßgeblich gefährden, da Unternehmen in der Lage sind, solche chemischen Stoffe, einschließlich Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), die mit einem erhöhten Risiko für Krebs und genetische Schäden sowie mit***	4. ist besorgt darüber, dass die Kommission die rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe nicht einhält;

Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit in Verbindung gebracht werden, weiterhin zu verwenden;

Or. en

Änderungsantrag 69
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. ist äußerst besorgt darüber, dass die Kommission die rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe nicht einhält; ***betont, dass die erheblichen Verzögerungen der Kommission die menschliche Gesundheit und die Umwelt maßgeblich gefährden, da Unternehmen in der Lage sind, solche chemischen Stoffe, einschließlich Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), die mit einem erhöhten Risiko für Krebs und genetische Schäden sowie mit Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit in Verbindung gebracht werden, weiterhin zu verwenden;***	4. ist äußerst besorgt darüber, dass die Kommission die rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe nicht einhält;

Or. en

Änderungsantrag 70
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. ist äußerst besorgt darüber, dass die Kommission die rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von	4. ist äußerst besorgt darüber, dass die Kommission die rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von

Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe nicht einhält; betont, dass die erheblichen Verzögerungen der Kommission die menschliche Gesundheit und die Umwelt maßgeblich gefährden, da Unternehmen in der Lage sind, solche chemischen Stoffe, einschließlich Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), die mit einem erhöhten Risiko für Krebs und genetische Schäden sowie mit Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit in Verbindung gebracht werden, weiterhin zu verwenden;	Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe nicht einhält; ***fordert die Kommission auf, die Transparenz des Zulassungsverfahrens zu verbessern, indem sie den Status anhängiger Anträge zeitnah und in zugänglicher Form veröffentlicht, um eine wirksame öffentliche Kontrolle und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten;*** betont, dass die erheblichen Verzögerungen der Kommission die menschliche Gesundheit und die Umwelt maßgeblich gefährden, da Unternehmen in der Lage sind, solche chemischen Stoffe, einschließlich Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), die mit einem erhöhten Risiko für Krebs und genetische Schäden sowie mit Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit in Verbindung gebracht werden, weiterhin zu verwenden; ***fordert die Kommission auf, rechtsverbindliche Fristen für Zulassungsentscheidungen einzuhalten und die Verwendung gefährlicher Stoffe, einschließlich PFAS, dringend einzuschränken;***

Or. en

Änderungsantrag 71
Murielle Laurent

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. ist äußerst besorgt darüber, dass die Kommission die rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe nicht einhält; betont, dass die erheblichen Verzögerungen der Kommission die menschliche Gesundheit und die Umwelt maßgeblich gefährden, da Unternehmen in der Lage sind, solche chemischen Stoffe, einschließlich Per- und	4. ist äußerst besorgt darüber, dass die Kommission die rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe nicht einhält; betont, dass die erheblichen Verzögerungen der Kommission die menschliche Gesundheit und die Umwelt maßgeblich gefährden, da Unternehmen in der Lage sind, solche chemischen Stoffe, einschließlich Per- und

Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), die mit einem erhöhten Risiko für Krebs und genetische Schäden sowie mit Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit in Verbindung gebracht werden, weiterhin zu verwenden;	Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), die mit einem erhöhten Risiko für Krebs und genetische Schäden sowie mit Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit in Verbindung gebracht werden, weiterhin zu verwenden; ***betont, dass sich die Kommission mit den Mitgliedstaaten, ihren nationalen und lokalen Behörden, aber auch mit der Zivilgesellschaft, die in diesem Bereich eine wesentliche Rolle spielt, abstimmen sollte, um den Gesundheits- und Umweltrisiken von PFAS zu begegnen;***

Or. en

Änderungsantrag 72
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. ist ***äußerst*** besorgt darüber, dass die Kommission die rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe nicht einhält; betont, dass die erheblichen Verzögerungen der Kommission die menschliche Gesundheit und die Umwelt ***maßgeblich*** gefährden, da Unternehmen in der Lage sind, solche chemischen Stoffe, einschließlich Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), die mit einem erhöhten Risiko für Krebs und genetische Schäden sowie mit Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit in Verbindung gebracht werden, weiterhin zu verwenden;	4. ist besorgt darüber, dass die Kommission die rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe nicht einhält; betont, dass die erheblichen Verzögerungen der Kommission die menschliche Gesundheit und die Umwelt ***potenziell*** gefährden, da Unternehmen in der Lage sind, solche chemischen Stoffe, einschließlich Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), die mit einem ***möglicherweise*** erhöhten Risiko für Krebs und genetische Schäden sowie mit Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit in Verbindung gebracht werden, weiterhin zu verwenden;

Or. en

Änderungsantrag 73
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben und alle Anträge auf Zulassung solcher Stoffe ablehnen sowie deren Verwendung verbieten muss, wenn hinsichtlich des Schutzes der menschlichen Gesundheit und der Umwelt immer noch Ungewissheit besteht; ist fest davon überzeugt, dass die Kommission alle Empfehlungen umsetzen sollte, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben, einschließlich der Empfehlung, Anträge auf Zulassung besonders besorgniserregender Stoffe, die nicht alle erforderlichen Informationen enthalten, abzulehnen, um zu verhindern, dass Unternehmen diese gefährlichen Stoffe weiterhin verwenden dürfen;	***entfällt***

Or. fr

Änderungsantrag 74
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ***ist der Ansicht, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben und alle Anträge auf Zulassung solcher Stoffe ablehnen sowie deren Verwendung verbieten muss, wenn hinsichtlich des***	5. ist fest davon überzeugt, dass die Kommission alle Empfehlungen umsetzen sollte, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben;

Schutzes der menschlichen Gesundheit und der Umwelt immer noch Ungewissheit besteht; ist fest davon überzeugt, dass die Kommission alle Empfehlungen umsetzen sollte, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben***, einschließlich der Empfehlung, Anträge auf Zulassung besonders besorgniserregender Stoffe, die nicht alle erforderlichen Informationen enthalten, abzulehnen, um zu verhindern, dass Unternehmen diese gefährlichen Stoffe weiterhin verwenden dürfen***;

Or. en

Änderungsantrag 75
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben ***und alle Anträge auf Zulassung solcher Stoffe ablehnen sowie deren Verwendung verbieten muss, wenn hinsichtlich des Schutzes der menschlichen Gesundheit und der Umwelt immer noch Ungewissheit besteht; ist fest davon überzeugt, dass die*** Kommission ***alle*** Empfehlungen ***umsetzen sollte***, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben, ***einschließlich der Empfehlung, Anträge auf Zulassung besonders besorgniserregender Stoffe, die nicht alle erforderlichen Informationen enthalten, abzulehnen, um zu verhindern, dass Unternehmen diese gefährlichen Stoffe***	5. ist der Ansicht, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben***; empfiehlt der*** Kommission***, die*** Empfehlungen, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben, ***nach Möglichkeit umzusetzen***;

weiterhin verwenden dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 76
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ***ist der Ansicht***, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben und alle Anträge auf Zulassung solcher Stoffe ablehnen sowie deren Verwendung verbieten muss, wenn hinsichtlich des Schutzes der menschlichen Gesundheit und der Umwelt ***immer noch*** Ungewissheit besteht; ist fest davon überzeugt, dass die Kommission alle Empfehlungen umsetzen sollte, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben, einschließlich der Empfehlung, Anträge auf Zulassung besonders besorgniserregender Stoffe, die nicht alle erforderlichen Informationen enthalten, abzulehnen, um zu verhindern, dass Unternehmen diese gefährlichen Stoffe weiterhin verwenden dürfen;	5. ***betont***, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben und alle Anträge auf Zulassung solcher Stoffe ablehnen sowie deren Verwendung verbieten muss, wenn hinsichtlich des Schutzes der menschlichen Gesundheit und der Umwelt Ungewissheit besteht; ist fest davon überzeugt, dass die Kommission alle Empfehlungen umsetzen sollte, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben, einschließlich der Empfehlung, Anträge auf Zulassung besonders besorgniserregender Stoffe, die nicht alle erforderlichen Informationen enthalten, ***gemäß dem in Artikel 191 Absatz 2 AEUV verankerten Vorsorgeprinzip und wie in der Mitteilung der Kommission zum Vorsorgeprinzip (COM(2000)1)*** abzulehnen, um zu verhindern, dass Unternehmen diese gefährlichen Stoffe weiterhin verwenden dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 77
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben ***und alle Anträge auf Zulassung solcher Stoffe ablehnen sowie deren Verwendung verbieten muss, wenn hinsichtlich des Schutzes der menschlichen Gesundheit und der Umwelt immer noch Ungewissheit besteht***; ist fest davon überzeugt, dass die Kommission alle Empfehlungen umsetzen sollte, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben, einschließlich der Empfehlung, Anträge auf Zulassung besonders besorgniserregender Stoffe, die nicht alle erforderlichen Informationen enthalten, abzulehnen, um zu verhindern, dass Unternehmen diese gefährlichen Stoffe weiterhin verwenden dürfen;	5. ist der Ansicht, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben; ist fest davon überzeugt, dass die Kommission alle Empfehlungen umsetzen sollte, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben, einschließlich der Empfehlung, Anträge auf Zulassung besonders besorgniserregender Stoffe, die nicht alle erforderlichen Informationen enthalten, abzulehnen, um zu verhindern, dass Unternehmen diese gefährlichen Stoffe weiterhin verwenden dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 78
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben und alle Anträge auf Zulassung solcher Stoffe ablehnen sowie deren Verwendung verbieten muss, wenn ***hinsichtlich des Schutzes der menschlichen*** Gesundheit und ***der*** Umwelt ***immer noch Ungewissheit besteht***; ist fest davon überzeugt, dass die Kommission alle	5. ist der Ansicht, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben und alle Anträge auf Zulassung ***der Verwendung*** solcher Stoffe ablehnen sowie deren Verwendung verbieten muss, wenn ***ihre negativen Auswirkungen auf die menschliche*** Gesundheit und ***die*** Umwelt ***wissenschaftlich nachgewiesen sind***; ist fest davon überzeugt, dass die

Empfehlungen umsetzen sollte, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben, einschließlich der Empfehlung, Anträge auf Zulassung besonders besorgniserregender Stoffe, die nicht alle erforderlichen Informationen enthalten, abzulehnen, um zu verhindern, dass Unternehmen diese gefährlichen Stoffe weiterhin verwenden dürfen;

Kommission alle Empfehlungen umsetzen sollte, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben, einschließlich der Empfehlung, Anträge auf Zulassung besonders besorgniserregender Stoffe, die nicht alle erforderlichen Informationen enthalten, abzulehnen, um zu verhindern, dass Unternehmen diese gefährlichen Stoffe weiterhin verwenden dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 79
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben und alle Anträge auf Zulassung solcher Stoffe ablehnen sowie deren Verwendung verbieten muss, wenn ***hinsichtlich des Schutzes der menschlichen*** Gesundheit und ***der*** Umwelt ***immer noch Ungewissheit besteht***; ist fest davon überzeugt, dass die Kommission alle Empfehlungen umsetzen sollte, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben, einschließlich der Empfehlung, Anträge auf Zulassung besonders besorgniserregender Stoffe, die nicht alle erforderlichen Informationen enthalten, abzulehnen, um zu verhindern, dass Unternehmen diese gefährlichen Stoffe weiterhin verwenden dürfen;	5. ist der Ansicht, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben und alle Anträge auf Zulassung solcher Stoffe ablehnen sowie deren Verwendung verbieten muss, wenn ***Nachweise dafür vorliegen, dass sie für die menschliche*** Gesundheit und ***die*** Umwelt ***schädlich sind***; ist fest davon überzeugt, dass die Kommission alle Empfehlungen umsetzen sollte, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben, einschließlich der Empfehlung, Anträge auf Zulassung besonders besorgniserregender Stoffe, die nicht alle erforderlichen Informationen enthalten, abzulehnen, um zu verhindern, dass Unternehmen diese gefährlichen Stoffe weiterhin verwenden dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 80
Alexander Bernhuber

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ist der festen Überzeugung, dass die weitere Zulassung gefährlicher Pestizide unverzüglich beendet werden muss; betont, dass die Kommission die Vorschriften für die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden erheblich verbessern muss, um sichere nicht chemische Alternativen zu begünstigen und den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem und einer schadstofffreien Umwelt zu beschleunigen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, in Anbetracht der bereits sehr schädlichen Folgen des Einsatzes von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt keine „Wirkstoffe“ zuzulassen, deren sichere Verwendung nicht nachgewiesen wurde oder deren Sicherheit anhand zusätzlicher Daten bestätigt werden muss, und dabei das Vorsorgeprinzip uneingeschränkt anzuwenden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das Zulassungsverfahren vollständig transparent und frei von Interessenkonflikten ist, und sich dazu zu verpflichten, synthetische Pestizide bis spätestens 2035 abzuschaffen;	***entfällt***

Or. de

Änderungsantrag 81
Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

6. ist der festen Überzeugung, dass die weitere Zulassung gefährlicher Pestizide unverzüglich beendet werden muss; betont, dass die Kommission die Vorschriften für die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden erheblich verbessern muss, um sichere nicht chemische Alternativen zu begünstigen und den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem und einer schadstofffreien Umwelt zu beschleunigen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, in Anbetracht der bereits sehr schädlichen Folgen des Einsatzes von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt keine „Wirkstoffe“ zuzulassen, deren sichere Verwendung nicht nachgewiesen wurde oder deren Sicherheit anhand zusätzlicher Daten bestätigt werden muss, und dabei das Vorsorgeprinzip uneingeschränkt anzuwenden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das Zulassungsverfahren vollständig transparent und frei von Interessenkonflikten ist, und sich dazu zu verpflichten, synthetische Pestizide bis spätestens 2035 abzuschaffen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 82
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ***ist der festen Überzeugung, dass die weitere Zulassung gefährlicher Pestizide unverzüglich beendet werden muss; betont, dass die Kommission die Vorschriften für die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden erheblich verbessern muss, um sichere nicht chemische Alternativen zu begünstigen***	6. fordert die Kommission nachdrücklich auf, in Anbetracht der bereits sehr schädlichen Folgen des Einsatzes von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt keine „Wirkstoffe“ zuzulassen; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das Zulassungsverfahren vollständig

und den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem und einer schadstofffreien Umwelt zu beschleunigen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, in Anbetracht der bereits sehr schädlichen Folgen des Einsatzes von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt keine „Wirkstoffe“ zuzulassen***, deren sichere Verwendung nicht nachgewiesen wurde oder deren Sicherheit anhand zusätzlicher Daten bestätigt werden muss, und dabei das Vorsorgeprinzip uneingeschränkt anzuwenden***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das Zulassungsverfahren vollständig transparent und frei von Interessenkonflikten ist***, und sich dazu zu verpflichten, synthetische Pestizide bis spätestens 2035 abzuschaffen***;

transparent und frei von Interessenkonflikten ist;

Or. en

Änderungsantrag 83
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ***ist der festen Überzeugung, dass die weitere*** Zulassung ***gefährlicher Pestizide unverzüglich beendet werden muss***; betont, dass die Kommission ***die Vorschriften für die Substitution gefährlicher Stoffe*** in Pestiziden ***erheblich verbessern muss, um sichere nicht chemische Alternativen zu begünstigen und den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem und einer schadstofffreien Umwelt zu beschleunigen;*** fordert die Kommission ***nachdrücklich*** auf, ***in Anbetracht der bereits sehr schädlichen Folgen des Einsatzes von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt***	6. ***stellt fest, dass bei jeder*** Zulassung ***von Pestiziden ein sorgfältiges Gleichgewicht zwischen dem Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt einerseits und der Notwendigkeit, die Ernährungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft sicherzustellen, andererseits hergestellt werden muss***; betont, dass die Kommission ***die*** in Pestiziden ***verwendeten Wirkstoffe bewerten und zulassen muss;*** fordert die Kommission auf, keine „Wirkstoffe“ ***in Pestiziden*** zuzulassen, deren sichere Verwendung nicht nachgewiesen wurde; fordert die Kommission auf, dafür zu

keine „Wirkstoffe“ zuzulassen, deren sichere Verwendung nicht nachgewiesen wurde ***oder deren Sicherheit anhand zusätzlicher Daten bestätigt werden muss, und dabei das Vorsorgeprinzip uneingeschränkt anzuwenden***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das Zulassungsverfahren vollständig transparent und ***frei von Interessenkonflikten ist, und sich dazu zu verpflichten, synthetische Pestizide bis spätestens 2035 abzuschaffen***;

sorgen, dass das Zulassungsverfahren vollständig transparent und ***strenge Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte umfasst***;

Or. en

Änderungsantrag 84
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ist der ***festen*** Überzeugung, dass die weitere Zulassung gefährlicher Pestizide ***unverzüglich beendet*** werden muss; betont, dass die Kommission die Vorschriften für die Substitution gefährlicher Stoffe ***in Pestiziden erheblich verbessern muss, um*** sichere nicht chemische Alternativen ***zu begünstigen und den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem und einer schadstofffreien Umwelt zu beschleunigen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, in Anbetracht der bereits sehr schädlichen Folgen des Einsatzes von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die*** Umwelt ***keine „Wirkstoffe“ zuzulassen, deren sichere Verwendung nicht nachgewiesen wurde oder deren Sicherheit anhand zusätzlicher Daten bestätigt werden muss, und dabei das Vorsorgeprinzip uneingeschränkt anzuwenden***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das Zulassungsverfahren ***vollständig***	6. ist der Überzeugung, dass die weitere Zulassung gefährlicher Pestizide ***ausgesetzt*** werden muss***, sobald dies fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge gerechtfertigt ist***; betont, dass die Kommission die Vorschriften für die Substitution gefährlicher Stoffe ***durch*** sichere nicht chemische Alternativen ***in den Fällen stärken muss, in denen dies ist möglich ist und keine erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen auf Hersteller und Verbraucher nach sich zieht, damit Schadstoffe aus der*** Umwelt ***beseitigt werden***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das Zulassungsverfahren ***für Pestizide*** transparent und frei von Interessenkonflikten ist;

transparent und frei von Interessenkonflikten ist***, und sich dazu zu verpflichten, synthetische Pestizide bis spätestens 2035 abzuschaffen***;

Or. fr

Änderungsantrag 85
Pál Szekeres, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ist der festen Überzeugung, dass die weitere Zulassung gefährlicher Pestizide ***unverzüglich*** beendet werden muss; betont, dass die Kommission ***die Vorschriften für die*** Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden ***erheblich verbessern*** muss, um sichere nicht chemische Alternativen zu begünstigen und den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem und einer schadstofffreien Umwelt zu beschleunigen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, in Anbetracht der bereits sehr schädlichen Folgen des Einsatzes von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt keine „Wirkstoffe“ zuzulassen, deren sichere Verwendung nicht nachgewiesen wurde ***oder deren Sicherheit anhand zusätzlicher Daten bestätigt werden muss***, und dabei das Vorsorgeprinzip uneingeschränkt anzuwenden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das Zulassungsverfahren vollständig transparent und frei von Interessenkonflikten ist, und sich dazu zu verpflichten, synthetische Pestizide bis spätestens 2035 abzuschaffen;	6. ist der festen Überzeugung, dass die weitere Zulassung gefährlicher Pestizide ***mit einem Zeitplan beendet werden muss, der sich nach den nationalen Zuständigkeiten und den derzeitigen Kapazitäten der Mitgliedstaaten richtet***; betont, dass die Kommission ***einen wesentlichen Beitrag zur Kapazität und zum verfügbaren sowie erschwinglichen Zugang zur*** Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden ***leisten*** muss, um sichere nicht chemische Alternativen zu begünstigen und den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem und einer schadstofffreien Umwelt zu beschleunigen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, in Anbetracht der bereits sehr schädlichen Folgen des Einsatzes von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt keine „Wirkstoffe“ zuzulassen, deren sichere Verwendung nicht nachgewiesen wurde ***und für die es allgemein verfügbare und erschwingliche Stoffe gibt***, und dabei das Vorsorgeprinzip uneingeschränkt anzuwenden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das Zulassungsverfahren vollständig transparent und frei von Interessenkonflikten ist, und sich dazu zu verpflichten, synthetische Pestizide bis spätestens 2035 abzuschaffen;

Or. en

Änderungsantrag 86
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ***ist der festen Überzeugung, dass die weitere Zulassung gefährlicher Pestizide unverzüglich beendet werden muss;*** betont, dass die Kommission die Vorschriften für die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden erheblich verbessern ***muss***, um sichere nicht chemische Alternativen zu begünstigen und den Übergang zu ***einem nachhaltigen Lebensmittelsystem und*** einer schadstofffreien Umwelt zu beschleunigen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, in Anbetracht der bereits sehr schädlichen Folgen des Einsatzes von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt keine „Wirkstoffe“ zuzulassen, deren sichere Verwendung nicht nachgewiesen wurde oder deren Sicherheit anhand zusätzlicher Daten bestätigt werden muss, und dabei das Vorsorgeprinzip uneingeschränkt anzuwenden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das Zulassungsverfahren vollständig transparent und frei von Interessenkonflikten ist, und sich dazu zu verpflichten, synthetische Pestizide bis spätestens 2035 abzuschaffen;	6. betont, dass die Kommission die Vorschriften für die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden erheblich verbessern ***sollte***, um sichere nicht chemische Alternativen zu begünstigen und den Übergang zu einer schadstofffreien Umwelt zu beschleunigen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, in Anbetracht der bereits sehr schädlichen Folgen des Einsatzes von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt keine „Wirkstoffe“ zuzulassen, deren sichere Verwendung nicht nachgewiesen wurde oder deren Sicherheit anhand zusätzlicher Daten bestätigt werden muss, und dabei das Vorsorgeprinzip uneingeschränkt anzuwenden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das Zulassungsverfahren vollständig transparent und frei von Interessenkonflikten ist, und sich dazu zu verpflichten, synthetische Pestizide bis spätestens 2035 abzuschaffen;

Or. en

Änderungsantrag 87
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ist der festen Überzeugung, dass die weitere Zulassung gefährlicher Pestizide unverzüglich beendet werden muss; betont, dass die Kommission die Vorschriften für die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden erheblich verbessern muss, um sichere nicht chemische Alternativen zu begünstigen und den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem und einer schadstofffreien Umwelt zu beschleunigen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, in Anbetracht der bereits sehr schädlichen Folgen des Einsatzes von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt keine „Wirkstoffe“ zuzulassen, deren sichere Verwendung nicht nachgewiesen wurde oder deren Sicherheit anhand zusätzlicher Daten bestätigt werden muss, und dabei das Vorsorgeprinzip uneingeschränkt anzuwenden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das Zulassungsverfahren vollständig transparent und frei von Interessenkonflikten ist***, und sich dazu zu verpflichten, synthetische Pestizide bis spätestens 2035 abzuschaffen***;	6. ist der festen Überzeugung, dass die weitere Zulassung gefährlicher Pestizide unverzüglich beendet werden muss; betont, dass die Kommission die Vorschriften für die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden erheblich verbessern muss, um sichere nicht chemische Alternativen zu begünstigen und den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem und einer schadstofffreien Umwelt zu beschleunigen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, in Anbetracht der bereits sehr schädlichen Folgen des Einsatzes von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt keine „Wirkstoffe“ zuzulassen, deren sichere Verwendung nicht nachgewiesen wurde oder deren Sicherheit anhand zusätzlicher Daten bestätigt werden muss, und dabei das Vorsorgeprinzip uneingeschränkt anzuwenden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das Zulassungsverfahren vollständig transparent und frei von Interessenkonflikten ist;

Or. en

Änderungsantrag 88
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. betont, dass die EU-Organe die uneingeschränkte Transparenz des Entscheidungsprozesses der EU und ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung gewährleisten müssen; ***hält es für äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die*** Bürgerinnen und ***Bürger die***	7. betont, dass die EU-Organe die uneingeschränkte Transparenz des Entscheidungsprozesses der EU und ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung gewährleisten müssen; ***betont jedoch, dass Transparenz der Organe zwar wesentlich für ihre Beziehungen zu den*** Bürgerinnen

Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen, ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt ausüben und Zugang zu allen einschlägigen Informationen und Dokumenten erlangen können, insbesondere zu solchen legislativer Art, auch während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens, im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH; betont, dass die Organe, Agenturen und sonstigen Stellen der EU bei ihren Interaktionen mit privaten Interessenträgern für vollständige Transparenz ***sorgen und die höchsten ethischen Standards einhalten müssen***;

und ***Bürgern ist, aber deren politische Verhandlungen nicht beeinträchtigen darf, die durch die Forderung nach übermäßiger*** Transparenz ***erschwert werden könnten, was somit zu wesentlich mehr informellen Treffen führen und das Gegenteil des gewünschten Effekts zur Folge haben könnte***;

Or. fr

Änderungsantrag 89
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. betont, dass die EU-Organe die uneingeschränkte Transparenz des Entscheidungsprozesses der EU und ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung gewährleisten müssen; hält es für äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen, ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt ausüben und Zugang zu allen einschlägigen Informationen und Dokumenten erlangen können***, insbesondere zu solchen legislativer Art, auch während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens, im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH***; betont, dass die Organe, Agenturen und sonstigen Stellen der EU bei ihren Interaktionen mit privaten Interessenträgern für vollständige	7. betont, dass die EU-Organe die uneingeschränkte Transparenz des Entscheidungsprozesses der EU und ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung gewährleisten müssen; hält es für äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen, ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt ausüben und Zugang zu allen einschlägigen Informationen und Dokumenten erlangen können; betont, dass die Organe, Agenturen und sonstigen Stellen der EU bei ihren Interaktionen mit privaten Interessenträgern für vollständige Transparenz sorgen und die höchsten ethischen Standards einhalten müssen; ***betont, wie wichtig Transparenz ist, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit darin vertraut, dass die EU-***

Transparenz sorgen und die höchsten ethischen Standards einhalten müssen;	***Verwaltung KI verantwortungsbewusst einsetzt; schlägt vor, dass die Kommission die Öffentlichkeit proaktiv darüber informiert, dass eine Antwort mit Hilfe von KI erstellt wurde, sowie über die Art der durch KI geleistete Unterstützung;***

Or. en

Änderungsantrag 90
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. betont, dass die EU-Organe die uneingeschränkte Transparenz des Entscheidungsprozesses der EU und ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung gewährleisten müssen; hält es für äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen, ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt ausüben und Zugang zu allen einschlägigen Informationen und Dokumenten erlangen können***, insbesondere zu solchen legislativer Art, auch während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens, im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH***; betont, dass die Organe, Agenturen und sonstigen Stellen der EU ***bei ihren Interaktionen mit privaten Interessenträgern*** für vollständige Transparenz sorgen ***und die höchsten ethischen Standards einhalten*** müssen;	7. betont, dass die EU-Organe die uneingeschränkte Transparenz des Entscheidungsprozesses der EU und ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung gewährleisten müssen; hält es für äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen, ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt ausüben und Zugang zu allen einschlägigen Informationen und Dokumenten erlangen können; betont, dass die Organe, Agenturen und sonstigen Stellen der EU für vollständige Transparenz sorgen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 91
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. betont, dass die EU-Organe ***die uneingeschränkte*** Transparenz ***des Entscheidungsprozesses der EU*** und ***ein Höchstmaß an*** Bürgerbeteiligung gewährleisten müssen; hält es für äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen, ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt ausüben und Zugang zu allen einschlägigen Informationen und Dokumenten erlangen können, insbesondere zu solchen legislativer Art, auch während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens, im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH; betont, dass die Organe, Agenturen und sonstigen Stellen der EU bei ihren Interaktionen mit privaten Interessenträgern für vollständige Transparenz sorgen und die höchsten ethischen Standards einhalten müssen;	7. betont, dass die EU-Organe Transparenz und ***eine angemessene*** Bürgerbeteiligung ***am Entscheidungsprozess der EU*** gewährleisten müssen; hält es für äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen, ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt ausüben und Zugang zu allen einschlägigen Informationen und Dokumenten erlangen können, insbesondere zu solchen legislativer Art, auch während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens, im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH; betont, dass die Organe, Agenturen und sonstigen Stellen der EU bei ihren Interaktionen mit privaten Interessenträgern für vollständige Transparenz sorgen und die höchsten ethischen Standards einhalten müssen;

Or. en

Änderungsantrag 92
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. betont, dass die EU-Organe die ***uneingeschränkte*** Transparenz des Entscheidungsprozesses der EU und ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung gewährleisten müssen; hält es für äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen, ihre demokratischen Rechte	7. betont, dass die EU-Organe die Transparenz des Entscheidungsprozesses der EU und ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung gewährleisten müssen; hält es für äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen, ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt ausüben und Zugang zu

uneingeschränkt ausüben und Zugang zu allen einschlägigen Informationen und Dokumenten erlangen können, insbesondere zu solchen legislativer Art, auch während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens, im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH; betont, dass die Organe, Agenturen und sonstigen Stellen der EU bei ihren Interaktionen mit privaten Interessenträgern für ***vollständige*** Transparenz sorgen und die höchsten ethischen Standards einhalten müssen;

allen einschlägigen Informationen und Dokumenten erlangen können, insbesondere zu solchen legislativer Art, auch während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens, im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH; betont, dass die Organe, Agenturen und sonstigen Stellen der EU bei ihren Interaktionen mit privaten Interessenträgern für Transparenz sorgen und die höchsten ethischen Standards einhalten müssen;

Or. en

Änderungsantrag 93
Maria Zacharia

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. betont, dass die EU-Organe die uneingeschränkte Transparenz des Entscheidungsprozesses der EU und ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung gewährleisten müssen; hält es für äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen, ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt ausüben und Zugang zu allen einschlägigen Informationen und Dokumenten erlangen können, insbesondere zu solchen legislativer Art, auch während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens, im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH; betont, dass die Organe, Agenturen und sonstigen Stellen der EU bei ihren Interaktionen mit privaten Interessenträgern für vollständige Transparenz sorgen und die höchsten ethischen Standards einhalten müssen;	7. betont, dass die EU-Organe die uneingeschränkte Transparenz des Entscheidungsprozesses der EU und ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung gewährleisten müssen; hält es für äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen, ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt ausüben und Zugang zu allen einschlägigen Informationen und Dokumenten erlangen können, insbesondere zu solchen legislativer Art, auch während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens, im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH; betont, ***dass der Zugang zu Dokumenten prompt und ohne unnötige Verzögerungen möglich sein muss und dass die Verfahren für Bürger vereinfacht und bequem handhabbar sein müssen, und betont,*** dass die Organe, Agenturen und sonstigen Stellen der EU bei ihren Interaktionen mit privaten

Interessenträgern für vollständige Transparenz sorgen und die höchsten ethischen Standards einhalten müssen;

Or. el

Änderungsantrag 94
Marcin Sypniewski

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. warnt davor, dass die Überflutung der Öffentlichkeit mit einer Masse von Sekundärdokumenten und -analysen bei gleichzeitiger Verweigerung des Zugangs zu Dokumenten von zentraler Bedeutung eine Verzerrung des Grundsatzes der Transparenz darstellt; betont, dass Transparenz vor allem bedeuten muss, Zugang zu Dokumenten zu gewähren, die für das öffentliche Interesse von zentraler Bedeutung sind;

Or. pl

Änderungsantrag 95
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. kritisiert die mangelnde Transparenz hinsichtlich der Identität und Art privater Unternehmen sowie der Vorteile, die diese als Gegenleistung für das Sponsoring informeller Tagungen auf Ministerebene und kultureller und gesellschaftlicher Veranstaltungen, die vom Rat der EU organisiert werden, erhalten, und bedauert, dass solche	***entfällt***

Sponsoren sogar berechtigt sind, das Logo der Ratspräsidentschaft für kommerzielle Zwecke zu verwenden; ist der Ansicht, dass diese Praxis unverzüglich eingestellt werden muss, unter anderem in Übereinstimmung mit der diesbezüglichen ausdrücklichen Aufforderung des Parlaments an den Rat, keine Unternehmenssponsoren zuzulassen und strengste Vorschriften zur Vermeidung von Interessenkonflikten zu erlassen, um den Ruf und die Integrität sowohl des Rates als auch der Union insgesamt zu wahren;

Or. fr

Änderungsantrag 96
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. kritisiert die mangelnde Transparenz hinsichtlich der Identität und Art privater Unternehmen sowie der Vorteile, die diese als Gegenleistung für das Sponsoring informeller Tagungen auf Ministerebene und kultureller und gesellschaftlicher Veranstaltungen, die vom Rat der EU organisiert werden, erhalten, und bedauert, dass solche Sponsoren sogar berechtigt sind, das Logo der Ratspräsidentschaft für kommerzielle Zwecke zu verwenden; ist der Ansicht, dass diese Praxis unverzüglich eingestellt werden muss, unter anderem in Übereinstimmung mit der diesbezüglichen ausdrücklichen Aufforderung des Parlaments an den Rat, keine Unternehmenssponsoren zuzulassen und strengste Vorschriften zur Vermeidung von Interessenkonflikten zu erlassen, um den Ruf und die Integrität sowohl des Rates als auch der Union	***entfällt***

insgesamt zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 97
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. kritisiert die mangelnde Transparenz hinsichtlich der Identität und Art privater Unternehmen sowie der Vorteile, die diese als Gegenleistung für das Sponsoring informeller Tagungen auf Ministerebene und kultureller und gesellschaftlicher Veranstaltungen, die vom Rat der EU organisiert werden, erhalten, und bedauert, dass solche Sponsoren sogar berechtigt sind, das Logo der Ratspräsidentschaft für kommerzielle Zwecke zu verwenden; ist der Ansicht, dass diese Praxis unverzüglich eingestellt werden muss, unter anderem in Übereinstimmung mit der diesbezüglichen ausdrücklichen Aufforderung des Parlaments an den Rat, keine Unternehmenssponsoren zuzulassen und strengste Vorschriften zur Vermeidung von Interessenkonflikten zu erlassen, um den Ruf und die Integrität sowohl des Rates als auch der Union insgesamt zu wahren;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 98
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. kritisiert die mangelnde Transparenz hinsichtlich der Identität und Art privater Unternehmen sowie der Vorteile, die diese als Gegenleistung für das Sponsoring informeller Tagungen auf Ministerebene und kultureller und gesellschaftlicher Veranstaltungen, die vom Rat der EU organisiert werden, erhalten, und bedauert, dass solche Sponsoren sogar berechtigt sind, das Logo der Ratspräsidentschaft für kommerzielle Zwecke zu verwenden; ist der Ansicht, dass diese Praxis unverzüglich eingestellt werden muss, unter anderem in Übereinstimmung mit der diesbezüglichen ausdrücklichen Aufforderung des Parlaments an den Rat, keine Unternehmenssponsoren zuzulassen und strengste Vorschriften zur Vermeidung von Interessenkonflikten zu erlassen, um den Ruf und die Integrität sowohl des Rates als auch der Union insgesamt zu wahren;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 99
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um eine ausgewogenere Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission äußerst wichtig sind, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik wichtige soziale und ökologische Aspekte berührt; bedauert zutiefst, dass die Kommission Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig von	***entfällt***

dieser Gruppe ausgeschlossen hat, und so der Industrie für fossile Brennstoffe einen privilegierten und nicht überwachten Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern der EU gewährt und ihren Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU erhöht, wodurch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Kontrolle und die Transparenz untergraben werden;

Or. fr

Änderungsantrag 100
Mireia Borrás Pabón, Juan Carlos Girauta Vidal, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um eine ausgewogenere Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission äußerst wichtig sind, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik wichtige soziale und ökologische Aspekte berührt; bedauert zutiefst, dass die Kommission Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig von dieser Gruppe ausgeschlossen hat, und so der Industrie für fossile Brennstoffe einen privilegierten und nicht überwachten Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern der EU gewährt und ihren Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU erhöht, wodurch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Kontrolle und die Transparenz untergraben werden;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 101
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um eine ausgewogenere Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission ***äußerst*** wichtig sind***, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik wichtige soziale und ökologische Aspekte berührt***; ***bedauert zutiefst, dass die Kommission Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig von dieser Gruppe ausgeschlossen hat, und so der Industrie für fossile Brennstoffe einen privilegierten und nicht überwachten Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern der EU gewährt und ihren Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU erhöht, wodurch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche*** Kontrolle ***und die Transparenz untergraben werden***;	9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um eine ausgewogenere Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission wichtig sind; ***betont in diesem Zusammenhang, dass die Dringlichkeit des Umweltschutzes die demokratische*** Kontrolle ***nicht außer Kraft setzen darf***;

Or. en

Änderungsantrag 102
Murielle Laurent

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um eine ausgewogenere Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission äußerst wichtig sind, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik	9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um ***die Transparenz zu erhöhen und*** eine ausgewogenere Zusammensetzung der ***mehr als tausend*** Expertengruppen der Kommission***, die die Kommission in verschiedenen Fachbereichen beraten,***

wichtige soziale und ökologische Aspekte berührt; bedauert zutiefst, dass die Kommission Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig von dieser Gruppe ausgeschlossen hat, und so der Industrie für fossile Brennstoffe einen privilegierten und nicht überwachten Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern der EU gewährt und ihren Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU erhöht, wodurch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Kontrolle und die Transparenz untergraben werden;	äußerst wichtig sind, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik wichtige soziale und ökologische Aspekte berührt; bedauert zutiefst, dass die Kommission Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig von dieser Gruppe ausgeschlossen hat, und so der Industrie für fossile Brennstoffe einen privilegierten und nicht überwachten Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern der EU gewährt und ihren Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU erhöht, wodurch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Kontrolle und die Transparenz untergraben werden; ***ist der Ansicht, dass die europäische Öffentlichkeit über das Profil aller Mitglieder der Expertengruppen und den Inhalt ihrer Beratungen informiert werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 103
Pál Szekeres, Virginie Joron, Sebastian Kruis, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ***hebt hervor, dass die*** Bemühungen der Bürgerbeauftragten ***um eine ausgewogenere*** Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission ***äußerst*** wichtig sind***, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik wichtige soziale und ökologische Aspekte berührt***; ***bedauert zutiefst, dass die Kommission Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig von dieser Gruppe ausgeschlossen hat, und so der Industrie für fossile Brennstoffe einen***	9. ***betont, dass die*** Bemühungen der Bürgerbeauftragten ***zur Erreichung einer ausgewogeneren*** Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission wichtig sind;

privilegierten und nicht überwachten Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern der EU gewährt und ihren Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU erhöht, wodurch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Kontrolle und die Transparenz untergraben werden;

Or. en

Änderungsantrag 104
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um eine ausgewogenere Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission äußerst wichtig sind, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik wichtige soziale und ökologische Aspekte berührt; ***bedauert zutiefst, dass die Kommission Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig von dieser Gruppe ausgeschlossen hat, und so der Industrie für fossile Brennstoffe einen privilegierten und nicht überwachten Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern der EU gewährt und ihren Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU erhöht, wodurch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Kontrolle und die Transparenz untergraben werden;***	9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um eine ausgewogenere Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission äußerst wichtig sind, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik wichtige soziale und ökologische Aspekte berührt;

Or. en

Änderungsantrag 105
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um eine ausgewogenere Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission äußerst wichtig sind, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik wichtige soziale und ökologische Aspekte berührt; ***bedauert zutiefst, dass die Kommission Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig von dieser Gruppe ausgeschlossen hat, und so der Industrie für fossile Brennstoffe einen privilegierten und nicht überwachten Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern der EU gewährt und ihren Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU erhöht, wodurch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Kontrolle und die Transparenz untergraben werden;***	9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um eine ausgewogenere Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission äußerst wichtig sind, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik wichtige soziale und ökologische Aspekte berührt;

Or. en

Änderungsantrag 106
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um eine ausgewogenere Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission ***äußerst*** wichtig sind, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik wichtige soziale und ökologische Aspekte berührt; bedauert zutiefst, dass die	9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um eine ausgewogenere Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission wichtig sind, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik wichtige soziale und ökologische Aspekte berührt; bedauert zutiefst, dass die

Kommission Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig von dieser Gruppe ausgeschlossen hat, ***und so*** der Industrie für fossile Brennstoffe ***einen privilegierten*** und nicht ***überwachten*** Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern der EU gewährt und ***ihren*** Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU ***erhöht***, wodurch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Kontrolle und die Transparenz untergraben werden;	Kommission Vertreter der Zivilgesellschaft vollständig von dieser Gruppe ausgeschlossen hat, ***wodurch das Risiko entsteht, dass*** der Industrie für fossile Brennstoffe ***ein privilegierter*** und nicht ***überwachter*** Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern der EU gewährt ***wird*** und ***ihr*** Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU ***wächst***, wodurch ***wiederum*** das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Kontrolle und die Transparenz untergraben werden;

Or. en

Änderungsantrag 107
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. betont, dass die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Klimawandel in einem neuen Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Mai 2025 gefordert hat, ein vollständiges Verbot von Lobbyarbeit, Werbung und Sponsoring durch die Industrie für fossile Brennstoffe einzuführen sowie die Öffentlichkeit über den bewussten Beitrag dieser Industrie zu den globalen Krisen und über die Auswirkungen ihrer Handlungen auf die Menschenrechte über Jahrzehnte hinweg angemessen aufzuklären;	***entfällt***

Or. fr

Änderungsantrag 108

Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. betont, dass die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Klimawandel in einem neuen Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Mai 2025 gefordert hat, ein vollständiges Verbot von Lobbyarbeit, Werbung und Sponsoring durch die Industrie für fossile Brennstoffe einzuführen sowie die Öffentlichkeit über den bewussten Beitrag dieser Industrie zu den globalen Krisen und über die Auswirkungen ihrer Handlungen auf die Menschenrechte über Jahrzehnte hinweg angemessen aufzuklären;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 109
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. betont, dass die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Klimawandel in einem neuen Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Mai 2025 gefordert hat, ein vollständiges Verbot von Lobbyarbeit, Werbung und Sponsoring durch die Industrie für fossile Brennstoffe einzuführen sowie die Öffentlichkeit über	***entfällt***

den bewussten Beitrag dieser Industrie zu den globalen Krisen und über die Auswirkungen ihrer Handlungen auf die Menschenrechte über Jahrzehnte hinweg angemessen aufzuklären;

Or. en

Änderungsantrag 110
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. betont, dass die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Klimawandel in einem neuen Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Mai 2025 gefordert hat, ein vollständiges Verbot von Lobbyarbeit, Werbung und Sponsoring durch die Industrie für fossile Brennstoffe einzuführen sowie die Öffentlichkeit über den bewussten Beitrag dieser Industrie zu den globalen Krisen und über die Auswirkungen ihrer Handlungen auf die Menschenrechte über Jahrzehnte hinweg angemessen aufzuklären;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 111
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

10. betont, dass die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Klimawandel in einem neuen Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Mai 2025 gefordert hat, ein vollständiges Verbot von Lobbyarbeit, Werbung und Sponsoring durch die Industrie für fossile Brennstoffe einzuführen sowie die Öffentlichkeit über den bewussten Beitrag dieser Industrie zu den globalen Krisen und über die Auswirkungen ihrer Handlungen auf die Menschenrechte über Jahrzehnte hinweg angemessen aufzuklären;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 112
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. betont, dass die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Klimawandel in einem neuen Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Mai 2025 ***gefordert*** hat, ***ein vollständiges Verbot von Lobbyarbeit, Werbung und Sponsoring durch die Industrie für fossile Brennstoffe einzuführen sowie die Öffentlichkeit über den bewussten Beitrag dieser Industrie zu den globalen Krisen und über die Auswirkungen ihrer Handlungen auf die Menschenrechte über Jahrzehnte hinweg angemessen aufzuklären***;	10. betont, dass die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Klimawandel in einem neuen Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Mai 2025 ***hervorgehoben*** hat, ***dass es einer größeren Transparenz hinsichtlich der Aktivitäten der Industrie für fossile Brennstoffe hervorgehoben hat***;

Or. en

Änderungsantrag 113
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. unterstützt die Vorschläge der Bürgerbeauftragten zur Verbesserung des Ausschusses für Regulierungskontrolle; hält es für unerlässlich, dass Mitglieder des Ausschusses für Regulierungskontrolle bei ihren Maßnahmen zur Ansprache von Interessenträgern sowohl das tatsächliche Risiko einer ungebührlichen Einflussnahme als auch die öffentliche Wahrnehmung ihrer Unabhängigkeit bewerten und Treffen mit einzelnen Interessenvertretern vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Zusammensetzung des Ausschusses den vielfältigen in ihrer einschlägigen Mitteilung genannten Fachbereichen, d. h. den drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung, nämlich Makro- und Mikroökonomie, Sozialpolitik und Umweltpolitik, in vollem Umfang Rechnung trägt, und angesichts der Schlüsselrolle des Ausschusses und des erheblichen Einflusses seiner Stellungnahmen auf die Beschlussfassung der Kommission im Bereich der EU-Rechtsetzung klar zu beschreiben, welche Kriterien bei der Auswahl der Mitglieder des Ausschusses angewandt werden;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 114
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. unterstützt die Vorschläge der Bürgerbeauftragten zur Verbesserung des Ausschusses für Regulierungskontrolle; hält es für unerlässlich, dass Mitglieder des Ausschusses für Regulierungskontrolle bei ihren Maßnahmen zur Ansprache von Interessenträgern sowohl das tatsächliche Risiko einer ungebührlichen Einflussnahme als auch die öffentliche Wahrnehmung ihrer Unabhängigkeit bewerten und Treffen mit einzelnen Interessenvertretern vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Zusammensetzung des Ausschusses den vielfältigen in ihrer einschlägigen Mitteilung genannten Fachbereichen, d. h. den drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung, nämlich Makro- und Mikroökonomie, Sozialpolitik und Umweltpolitik, in vollem Umfang Rechnung trägt, und angesichts der Schlüsselrolle des Ausschusses und des erheblichen Einflusses seiner Stellungnahmen auf die Beschlussfassung der Kommission im Bereich der EU-Rechtsetzung klar zu beschreiben, welche Kriterien bei der Auswahl der Mitglieder des Ausschusses angewandt werden;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 115
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. ***unterstützt*** die Vorschläge der	11. ***nimmt*** die Vorschläge der

Bürgerbeauftragten zur Verbesserung des Ausschusses für Regulierungskontrolle***; hält es für unerlässlich, dass Mitglieder des Ausschusses für Regulierungskontrolle bei ihren Maßnahmen zur Ansprache von Interessenträgern sowohl das tatsächliche Risiko einer ungebührlichen Einflussnahme als auch die öffentliche Wahrnehmung ihrer Unabhängigkeit bewerten und Treffen mit einzelnen Interessenvertretern vermeiden***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Zusammensetzung des Ausschusses den vielfältigen in ihrer einschlägigen Mitteilung genannten Fachbereichen***, d. h. den drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung, nämlich Makro- und Mikroökonomie, Sozialpolitik und Umweltpolitik,*** in vollem Umfang Rechnung trägt***, und angesichts der Schlüsselrolle des Ausschusses und des erheblichen Einflusses seiner Stellungnahmen auf die Beschlussfassung der Kommission im Bereich der EU-Rechtsetzung klar zu beschreiben, welche Kriterien bei der Auswahl der Mitglieder des Ausschusses angewandt werden***;

Bürgerbeauftragten zur Verbesserung des Ausschusses für Regulierungskontrolle ***zur Kenntnis***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Zusammensetzung des Ausschusses den vielfältigen in ihrer einschlägigen Mitteilung genannten Fachbereichen in vollem Umfang Rechnung trägt;

Or. fr

Änderungsantrag 116
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ***begrüßt*** die Untersuchungen ***der Bürgerbeauftragten darüber, wie*** die Kommission ***bei der Ausarbeitung eines Vorschlags*** zur Änderung der ***Rechtsvorschriften*** über die Gemeinsame Agrarpolitik ***vorgegangen ist***; ***bedauert, dass die Kommission*** bei der Ausarbeitung	12. ***teilt nicht die Bedenken der Bürgerbeauftragten, die Grundlage für*** die Untersuchungen ***gegen*** die Kommission ***hinsichtlich der Art und Weise waren, wie sie ihren Vorschlag*** zur Änderung der ***Vorschriften*** über die Gemeinsame Agrarpolitik ***ausgearbeitet***

des betreffenden Vorschlags ***keine Folgenabschätzung durchgeführt, keine Umweltorganisationen zurate gezogen und die Öffentlichkeit nicht angemessen konsultiert hat; bedauert zutiefst*** die Entscheidung der Kommission, die Umweltanforderungen der GAP zu ***schwächen***, ***ohne die verfügbaren Erkenntnisse umfassend zu prüfen, um sicherzustellen***, dass die neuen Vorschriften ***die Umwelt- und Klimaziele*** der EU ***und die Nachhaltigkeit der EU-Landwirtschaft auf lange Sicht nicht beeinträchtigen , was im Widerspruch zum Grundsatz der faktengestützten Entscheidungsfindung steht, der in den Leitlinien und dem Instrumentarium für eine bessere Rechtsetzung sowie in der Rechtsprechung niedergelegt ist***;

hat; ***stellt mit Befriedigung fest, dass die Kommission*** bei der Ausarbeitung ***dieses*** Vorschlags ***die Landwirtschaftsverbände konsultiert und deren Standpunkte berücksichtigt hat; bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für*** die Entscheidung der Kommission, die Umweltanforderungen der GAP zu ***lockern, und hofft***, dass die neuen Vorschriften ***zu einer Überarbeitung der unrealistischen langfristigen Klima- und Agrarpolitikziele*** der EU ***führen werden***;

Or. en

Änderungsantrag 117
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. begrüßt die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten darüber, wie die Kommission bei der Ausarbeitung eines Vorschlags zur Änderung der Rechtsvorschriften über die Gemeinsame Agrarpolitik vorgegangen ist; bedauert, dass die Kommission bei der Ausarbeitung des ***betreffenden*** Vorschlags keine Folgenabschätzung durchgeführt***, keine Umweltorganisationen zurate gezogen*** und die Öffentlichkeit nicht angemessen konsultiert hat; bedauert zutiefst die Entscheidung der Kommission, die ***Umweltanforderungen der GAP zu schwächen, ohne die verfügbaren Erkenntnisse umfassend zu prüfen, um***	12. begrüßt die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten darüber, wie die Kommission bei der Ausarbeitung eines Vorschlags zur Änderung der Rechtsvorschriften über die Gemeinsame Agrarpolitik vorgegangen ist; bedauert, dass die Kommission bei der Ausarbeitung des Vorschlags keine Folgenabschätzung durchgeführt und die Öffentlichkeit nicht angemessen konsultiert hat; bedauert zutiefst die Entscheidung der Kommission, die ***Mittelzuweisungen für die GAP zu kürzen, da dies*** der EU-Landwirtschaft auf lange Sicht ***schaden könnte; erinnert daran, dass die Landwirtschaft ein Eckpfeiler der Union ist, und betont, dass***

sicherzustellen, dass die neuen Vorschriften die Umwelt- und Klimaziele der EU und die Nachhaltigkeit der EU-Landwirtschaft auf lange Sicht ***nicht beeinträchtigen, was im Widerspruch zum Grundsatz der faktengestützten Entscheidungsfindung steht, der in den Leitlinien und dem Instrumentarium für eine bessere Rechtsetzung sowie in der Rechtsprechung niedergelegt ist***;	***die Kommission den Landwirten uneingeschränkte Unterstützung (finanzieller und anderweitiger Art) gewähren sollte***;

Or. en

Änderungsantrag 118
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. begrüßt die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten darüber, wie die Kommission bei der Ausarbeitung eines Vorschlags zur Änderung der Rechtsvorschriften über die Gemeinsame Agrarpolitik vorgegangen ist; ***bedauert, dass die Kommission bei der Ausarbeitung des betreffenden Vorschlags keine*** Folgenabschätzung ***durchgeführt, keine Umweltorganisationen zurate gezogen und die Öffentlichkeit nicht angemessen konsultiert hat; bedauert zutiefst die Entscheidung der Kommission, die Umweltanforderungen der GAP zu schwächen, ohne die verfügbaren Erkenntnisse umfassend zu prüfen, um sicherzustellen, dass die neuen Vorschriften die Umwelt- und Klimaziele der EU und die Nachhaltigkeit der EU-Landwirtschaft auf lange Sicht nicht beeinträchtigen, was im Widerspruch zum Grundsatz*** der faktengestützten Entscheidungsfindung ***steht, der*** in den Leitlinien und dem Instrumentarium für eine bessere Rechtsetzung ***sowie in der***	12. begrüßt die ***laufenden*** Untersuchungen der Bürgerbeauftragten darüber, wie die Kommission bei der Ausarbeitung eines Vorschlags zur Änderung der Rechtsvorschriften über die Gemeinsame Agrarpolitik vorgegangen ist; ***erinnert daran, dass Bedenken hinsichtlich des Fehlens einer*** Folgenabschätzung***, der begrenzten Konsultation der Interessenträger und der möglichen Auswirkungen auf die Umwelt- und Klimaziele geäußert wurden; betont, dass die Grundsätze*** der faktengestützten Entscheidungsfindung***, wie sie*** in den Leitlinien und dem Instrumentarium für eine bessere Rechtsetzung ***verankert sind, aufrechterhalten werden müssen, während das Ergebnis der Untersuchung der Bürgerbeauftragten abgewartet wird***;

Rechtsprechung niedergelegt ist;

Or. en

Änderungsantrag 119
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ***begrüßt*** die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten darüber, wie die Kommission bei der Ausarbeitung eines Vorschlags zur Änderung der Rechtsvorschriften über die Gemeinsame Agrarpolitik vorgegangen ist***; bedauert, dass die Kommission bei der Ausarbeitung des betreffenden Vorschlags keine*** Folgenabschätzung ***durchgeführt, keine Umweltorganisationen zurate gezogen und die Öffentlichkeit nicht angemessen konsultiert hat***; ***bedauert zutiefst die Entscheidung der Kommission, die Umweltanforderungen der GAP zu schwächen, ohne die verfügbaren Erkenntnisse umfassend zu prüfen, um sicherzustellen, dass die neuen Vorschriften die Umwelt- und Klimaziele der EU und die Nachhaltigkeit der EU-Landwirtschaft auf lange Sicht nicht beeinträchtigen, was im Widerspruch zum Grundsatz der faktengestützten Entscheidungsfindung steht, der in den Leitlinien und dem Instrumentarium für eine bessere Rechtsetzung sowie in der Rechtsprechung niedergelegt ist;***	12. ***nimmt*** die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten darüber ***zur Kenntnis***, wie die Kommission bei der Ausarbeitung eines Vorschlags zur Änderung der Rechtsvorschriften über die Gemeinsame Agrarpolitik ***ohne*** Folgenabschätzung vorgegangen ist;

Or. en

Änderungsantrag 120
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. begrüßt die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten darüber, wie die Kommission bei der Ausarbeitung eines Vorschlags zur Änderung der Rechtsvorschriften über die Gemeinsame Agrarpolitik vorgegangen ist; ***bedauert, dass die Kommission bei der Ausarbeitung des betreffenden Vorschlags keine Folgenabschätzung durchgeführt, keine Umweltorganisationen zurate gezogen und die Öffentlichkeit nicht angemessen konsultiert hat; bedauert zutiefst die Entscheidung der Kommission, die Umweltanforderungen der GAP zu schwächen, ohne die verfügbaren Erkenntnisse umfassend zu prüfen, um sicherzustellen, dass die neuen Vorschriften die Umwelt- und Klimaziele der EU und die Nachhaltigkeit der EU-Landwirtschaft auf lange Sicht nicht beeinträchtigen, was im Widerspruch zum Grundsatz der faktengestützten Entscheidungsfindung steht, der in den Leitlinien und dem Instrumentarium für eine bessere Rechtsetzung sowie in der Rechtsprechung niedergelegt ist;***	12. begrüßt die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten darüber, wie die Kommission bei der Ausarbeitung eines Vorschlags zur Änderung der Rechtsvorschriften über die Gemeinsame Agrarpolitik vorgegangen ist;

Or. en

Änderungsantrag 121
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ***begrüßt*** die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten darüber, wie die Kommission bei der Ausarbeitung eines Vorschlags zur Änderung der	12. ***nimmt*** die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten darüber, wie die Kommission bei der Ausarbeitung eines Vorschlags zur Änderung der

Rechtsvorschriften über die Gemeinsame Agrarpolitik vorgegangen ist; bedauert, dass die Kommission bei der Ausarbeitung des betreffenden Vorschlags keine Folgenabschätzung durchgeführt***, keine Umweltorganisationen zurate gezogen*** und die Öffentlichkeit nicht angemessen konsultiert hat; ***bedauert zutiefst die Entscheidung der Kommission, die Umweltanforderungen der GAP zu schwächen, ohne die verfügbaren Erkenntnisse umfassend zu prüfen, um sicherzustellen, dass die neuen Vorschriften die Umwelt- und Klimaziele der EU und die Nachhaltigkeit der EU-Landwirtschaft auf lange Sicht nicht beeinträchtigen, was im Widerspruch zum Grundsatz der faktengestützten Entscheidungsfindung steht, der in den Leitlinien und dem Instrumentarium für eine bessere Rechtsetzung sowie in der Rechtsprechung niedergelegt ist;***	Rechtsvorschriften über die Gemeinsame Agrarpolitik vorgegangen ist***, zur Kenntnis***; bedauert, dass die Kommission bei der Ausarbeitung des betreffenden Vorschlags keine Folgenabschätzung durchgeführt und die Öffentlichkeit***, insbesondere die Landwirte,*** nicht angemessen konsultiert hat;
	Or. fr

Änderungsantrag 122
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. unterstützt die Forderung der Bürgerbeauftragten an die Kommission, einen freiwilligen Verhaltenskodex für KI-Systeme ohne hohes Risiko anzunehmen, um die Angleichung an die Grundsätze der guten Verwaltung sicherzustellen; betont, wie wichtig es ist, angemessene Schulungen für Beamte, die für die menschliche Aufsicht über KI verantwortlich sind, bereitzustellen, damit diese Risiken angemessen bewerten und KI-generierte Ergebnisse überprüfen können; fordert die Kommission auf, die Transparenz zu erhöhen, indem sie

Informationen über künftige KI-Projekte klar kommuniziert und öffentliche Konsultationen zur Entwicklung neuer KI-Instrumente abhält;

Or. en

Änderungsantrag 123
Pál Szekeres, Virginie Joron, Sebastian Kruis, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. würdigt die hervorragende Arbeit der Bürgerbeauftragten, die die Kommission nachdrücklich dazu aufgefordert hat, die umfassende und sinnvolle Einbeziehung aller Interessenträger in den Bereichen Soziales und Umwelt in ihren Entscheidungsprozess zu gewährleisten, und die einer ungebührlichen Einflussnahme der Industrie auf die Entscheidungsfindung entgegengewirkt hat;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 124
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. würdigt die hervorragende Arbeit der Bürgerbeauftragten, die die Kommission nachdrücklich dazu aufgefordert hat, die umfassende und sinnvolle Einbeziehung aller Interessenträger ***in den Bereichen Soziales***	13. würdigt die hervorragende Arbeit der Bürgerbeauftragten, die die Kommission nachdrücklich dazu aufgefordert hat, die umfassende und sinnvolle Einbeziehung aller Interessenträger in ihren

und Umwelt in ihren Entscheidungsprozess zu gewährleisten, und die einer ungebührlichen Einflussnahme ***der Industrie*** auf die Entscheidungsfindung entgegengewirkt hat;	Entscheidungsprozess zu gewährleisten, und die einer ungebührlichen Einflussnahme ***nichtstaatlicher Umweltschutzorganisationen*** auf die Entscheidungsfindung entgegengewirkt hat; ***fordert die Bürgerbeauftragte auf, ihre Arbeit in diesem Bereich fortzusetzen und dafür zu sorgen, dass bei Konsultationen große, gut finanzierte nichtstaatliche Organisationen, insbesondere Umweltschutzorganisationen, nicht überproportional gegenüber kleinen Unternehmen, Landwirten oder einzelnen Bürgern bevorzugt werden;***

Or. en

Änderungsantrag 125
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. würdigt die ***hervorragende*** Arbeit der Bürgerbeauftragten, die die Kommission nachdrücklich dazu aufgefordert hat, die ***umfassende und sinnvolle Einbeziehung aller*** Interessenträger in den Bereichen Soziales und Umwelt ***in ihren*** Entscheidungsprozess zu gewährleisten, ***und die einer ungebührlichen Einflussnahme der Industrie auf die Entscheidungsfindung entgegengewirkt hat***;	13. würdigt die Arbeit der Bürgerbeauftragten, die die Kommission nachdrücklich dazu aufgefordert hat, die ***Mitwirkung der*** Interessenträger in den Bereichen Soziales und Umwelt ***an ihrem*** Entscheidungsprozess zu gewährleisten;

Or. fr

Änderungsantrag 126
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag

Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. würdigt die hervorragende Arbeit der Bürgerbeauftragten, die die Kommission nachdrücklich dazu aufgefordert hat, die ***umfassende und sinnvolle*** Einbeziehung aller Interessenträger ***in den Bereichen Soziales und Umwelt*** in ihren Entscheidungsprozess zu gewährleisten, und die einer ungebührlichen Einflussnahme der Industrie auf die Entscheidungsfindung entgegengewirkt hat;	13. würdigt die hervorragende Arbeit der Bürgerbeauftragten, die die Kommission nachdrücklich dazu aufgefordert hat, die Einbeziehung aller Interessenträger in ihren Entscheidungsprozess zu gewährleisten, und die einer ungebührlichen Einflussnahme der Industrie auf die Entscheidungsfindung entgegengewirkt hat;

Or. en

Änderungsantrag 127
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. würdigt die hervorragende Arbeit der Bürgerbeauftragten, die die Kommission nachdrücklich dazu aufgefordert hat, die ***umfassende und*** sinnvolle Einbeziehung ***aller*** Interessenträger in den Bereichen Soziales und Umwelt in ihren Entscheidungsprozess zu gewährleisten, und die einer ***ungebührlichen*** Einflussnahme der Industrie auf die Entscheidungsfindung entgegengewirkt hat;	13. würdigt die hervorragende Arbeit der Bürgerbeauftragten, die die Kommission nachdrücklich dazu aufgefordert hat, die sinnvolle Einbeziehung ***aller*** Interessenträger in den Bereichen Soziales und Umwelt in ihren Entscheidungsprozess zu gewährleisten, und die einer ***unverhältnismäßigen*** Einflussnahme der Industrie auf die Entscheidungsfindung entgegengewirkt hat;

Or. en

Änderungsantrag 128
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. ist besorgt darüber, dass die Europäische Kommission im Rahmen des LIFE-Programms nichtstaatliche Umweltschutzorganisationen finanziert hat, um Lobbytätigkeiten durchzuführen, die sich an Mitglieder des Parlaments und andere EU-Entscheidungsträger zugunsten des Grünen Deals richten, was den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit untergräbt und dazu führt, dass EU-Mittel und damit Steuergelder für Lobbytätigkeiten in den eigenen Organen der Union verwendet werden; ist der Ansicht, dass die Bürgerbeauftragte mit der Kontrollarbeitsgruppe des Haushaltskontrollausschusses zusammenarbeiten und eine stärkere Offenlegung der Finanzierungsquellen nichtstaatlicher Organisationen – insbesondere in den Fällen, in denen sie die EU-Politik durch Konsultationen oder Beratungsaufgaben beeinflussen – fordern sollte, und dass die Bürgerbeauftragte gleichzeitig eine eigene Untersuchung der Angelegenheit einleiten sollte;

Or. en

Änderungsantrag 129
Pál Szekeres, Virginie Joron, Sebastian Kruis, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. fordert die Bürgerbeauftragte auf, die Praxis der Kommission zu prüfen, nichtstaatliche Umweltschutzorganisationen zu finanzieren, die daraufhin Lobbyarbeit

	beim Parlament und bei der Kommission für weitere umweltpolitische Maßnahmen leisten; betont, dass solche Praktiken Gefahr laufen, Interessenkonflikte zu verursachen, den demokratischen Prozess zu verzerren und die Legitimität der Beschlussfassung in der EU zu untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 130
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. hält es für wesentlich, dass die Kommission die Vorschläge der Bürgerbeauftragten für einen besseren Umgang mit potenziellen Interessenkonflikten, die Kommissionsmitglieder betreffen, vollständig und konsequent umsetzt, indem sie sicherstellt, dass alle direkt oder indirekt von dem betroffenen Kommissionsmitglied bzw. den betroffenen Kommissionsmitgliedern überwachten Entscheidungsprozesse ausgesetzt werden, bis eine endgültige Entscheidung über das Vorliegen eines Interessenkonflikts getroffen wurde, und die betroffenen Dienststellen rechtzeitig über den Vorwurf informiert, damit sie so früh wie möglich mit der Überprüfung beginnen bzw. alle laufenden Entscheidungsprozesse aussetzen können;	***entfällt***

Or. fr

Änderungsantrag 131
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. hält es für wesentlich, dass die Kommission die Vorschläge der Bürgerbeauftragten für einen besseren Umgang mit potenziellen Interessenkonflikten, die Kommissionsmitglieder betreffen, ***vollständig und konsequent umsetzt, indem sie sicherstellt, dass*** alle direkt oder indirekt von dem betroffenen Kommissionsmitglied bzw. den betroffenen Kommissionsmitgliedern überwachten Entscheidungsprozesse ***ausgesetzt werden, bis eine endgültige Entscheidung über das Vorliegen eines Interessenkonflikts getroffen wurde, und die betroffenen Dienststellen rechtzeitig über den Vorwurf informiert, damit sie so früh wie möglich mit der Überprüfung beginnen bzw. alle laufenden Entscheidungsprozesse aussetzen können***;	14. hält es für wesentlich, dass die Kommission die Vorschläge der Bürgerbeauftragten für einen besseren Umgang mit potenziellen Interessenkonflikten, die Kommissionsmitglieder betreffen, umsetzt***; betont, dass dies insbesondere vor dem Hintergrund der Fälle rund um Vizepräsidentin Teresa Ribera, einschließlich der Kontroverse im Zusammenhang mit der Position ihres Ehemanns in der spanischen Finanzaufsichtsbehörde und ihrer früheren Beteiligung an der Genehmigung von Umweltprojekten wie der Castor-Gasspeicheranlage, relevant ist;*** fordert die Kommission auf, sicherzustellen, dass alle direkt oder indirekt von dem betroffenen Kommissionsmitglied bzw. den betroffenen Kommissionsmitgliedern überwachten Entscheidungsprozesse***, bewertet und überprüft werden, um Interessenkonflikte zu vermeiden***;

Or. en

Änderungsantrag 132
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. hält es für wesentlich, dass die Kommission die Vorschläge der Bürgerbeauftragten ***für einen besseren Umgang mit potenziellen*** Interessenkonflikten, die Kommissionsmitglieder betreffen,	14. hält es für wesentlich, dass die Kommission die Vorschläge der Bürgerbeauftragten ***zur Verbesserung der Situation bei*** Interessenkonflikten, die Kommissionsmitglieder betreffen, vollständig und konsequent umsetzt,

vollständig und konsequent umsetzt, ***indem sie sicherstellt, dass alle direkt oder indirekt von dem betroffenen Kommissionsmitglied bzw. den betroffenen Kommissionsmitgliedern überwachten*** Entscheidungsprozesse ***ausgesetzt werden, bis eine endgültige Entscheidung über das Vorliegen eines Interessenkonflikts getroffen wurde, und die betroffenen Dienststellen rechtzeitig über den Vorwurf informiert, damit sie so früh wie möglich mit der Überprüfung beginnen bzw. alle laufenden Entscheidungsprozesse aussetzen können***;

einschließlich der sorgfältigen Überprüfung aller Entscheidungsprozesse***, die potenziell von einem Interessenkonflikt betroffen sein könnten***;

Or. en

Änderungsantrag 133
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. hält es für wesentlich, dass die Kommission die Vorschläge der Bürgerbeauftragten für einen besseren Umgang mit potenziellen Interessenkonflikten, die Kommissionsmitglieder betreffen, vollständig und konsequent umsetzt***, indem sie sicherstellt, dass alle direkt oder indirekt von dem betroffenen Kommissionsmitglied bzw. den betroffenen Kommissionsmitgliedern überwachten Entscheidungsprozesse ausgesetzt werden, bis eine endgültige Entscheidung über das Vorliegen eines Interessenkonflikts getroffen wurde, und die betroffenen Dienststellen rechtzeitig über den Vorwurf informiert, damit sie so früh wie möglich mit der Überprüfung beginnen bzw. alle laufenden Entscheidungsprozesse aussetzen können***;	14. hält es für wesentlich, dass die Kommission die Vorschläge der Bürgerbeauftragten für einen besseren Umgang mit potenziellen Interessenkonflikten, die Kommissionsmitglieder betreffen, vollständig und konsequent umsetzt;

Or. en

Änderungsantrag 134
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. hält es für wesentlich, dass die Kommission die Vorschläge der Bürgerbeauftragten für einen besseren Umgang mit potenziellen Interessenkonflikten, die Kommissionsmitglieder betreffen, ***vollständig und konsequent umsetzt***, indem sie sicherstellt, dass alle direkt oder indirekt von dem betroffenen Kommissionsmitglied bzw. den betroffenen Kommissionsmitgliedern überwachten Entscheidungsprozesse ausgesetzt werden, bis eine endgültige Entscheidung über das Vorliegen eines Interessenkonflikts getroffen wurde, und die betroffenen Dienststellen rechtzeitig über den Vorwurf informiert, damit sie so früh wie möglich mit der Überprüfung beginnen bzw. alle laufenden Entscheidungsprozesse aussetzen können;	14. hält es für wesentlich, dass die Kommission die Vorschläge der Bürgerbeauftragten für einen besseren Umgang mit potenziellen Interessenkonflikten, die Kommissionsmitglieder betreffen, ***berücksichtigt***, indem sie sicherstellt, dass alle direkt oder indirekt von dem betroffenen Kommissionsmitglied bzw. den betroffenen Kommissionsmitgliedern überwachten Entscheidungsprozesse ausgesetzt werden, bis eine endgültige Entscheidung über das Vorliegen eines Interessenkonflikts getroffen wurde, und die betroffenen Dienststellen rechtzeitig über den Vorwurf informiert, damit sie so früh wie möglich mit der Überprüfung beginnen bzw. alle laufenden Entscheidungsprozesse aussetzen können;

Or. en

Änderungsantrag 135
Murielle Laurent

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. würdigt die Arbeit der Bürgerbeauftragten im Zusammenhang mit der Strategie in Bezug auf „Drehtüreffekte“, den Karenzzeiten und möglichen Interessenkonflikten in Fällen, in denen ehemalige

Kommissionsmitglieder oder ehemalige leitende Mitarbeiter von EU-Organen oder -Agenturen neue Tätigkeiten im Privatsektor aufnehmen; begrüßt die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten an die Kommission, alle künftigen Stellungnahmen des unabhängigen Ethikkomitees zu Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Aufgabenbereich des ehemaligen Kommissionsmitglieds zu veröffentlichen; nimmt die Untersuchung der Bürgerbeauftragten der Drehtüreffekte in Bezug auf zwei leitende Bedienstete von Europol zur Kenntnis, in der die Bürgerbeauftragte zu dem Schluss kam, dass die Art und Weise, wie Europol mit dem Wechsel eines Bediensteten in den Privatsektor umgeht, einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellt; fordert die Bürgerbeauftragte auf, sich weiterhin auf Fragen der Ethik und Transparenz in allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU zu konzentrieren und insbesondere den Fall Europol weiterzuverfolgen, um sicherzustellen, dass interne Verfahren von Europol im Einklang mit den Feststellungen und Empfehlungen der Bürgerbeauftragten überarbeitet werden;

Or. en

Änderungsantrag 136
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten der EU-Organe ein in den EU-Verträgen verankertes Grundrecht und wesentlich für die Gewährleistung eines transparenten Handelns der EU-Organe ist, wodurch die	15. betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten der EU-Organe ein in den EU-Verträgen verankertes Grundrecht und wesentlich für die Gewährleistung eines transparenten Handelns der EU-Organe ist, wodurch die

Legitimität und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU gestärkt werden***; erwartet, dass die Kommission die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten erheblich verbessert***, unter anderem ***indem alle*** Empfehlungen der Bürgerbeauftragten ***zeitnah umgesetzt werden, und so deutlich macht***, dass Transparenz die Regel und eine grundlegende Priorität ist; hält es für erforderlich, vor dem EuGH Klage gegen die Kommission wegen Verstoßes gegen die Verträge, einschließlich Artikel 15 Absatz 3 AEUV über das Recht der Unionsbürgerinnen und -bürger und Personen mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat auf Zugang zu Dokumenten, zu erheben, wenn weiterhin erhebliche Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten bestehen;	Legitimität und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU gestärkt werden, unter anderem ***durch die zeitnahe Umsetzung aller*** Empfehlungen der Bürgerbeauftragten, ***wodurch in der Praxis gezeigt wird,*** dass Transparenz die Regel und eine grundlegende Priorität ist***; fordert die Kommission auf, die Bearbeitung solcher Anträge zu verbessern, systematische Verzögerungen in diesem Zusammenhang zu beseitigen, unter anderem durch den Einsatz digitaler Instrumente, vereinfachte Verfahren und die Gewährleistung, dass kleine und mittlere Unternehmen, Start-ups und Organisationen der Zivilgesellschaft rechtzeitig Zugang zu Informationen erhalten***; hält es für erforderlich, vor dem EuGH Klage gegen die Kommission wegen Verstoßes gegen die Verträge, einschließlich Artikel 15 Absatz 3 AEUV über das Recht der Unionsbürgerinnen und -bürger und Personen mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat auf Zugang zu Dokumenten, zu erheben, wenn weiterhin erhebliche Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten bestehen; ***betont, dass das Recht der Bürger auf Zugang zu Informationen für schriftliche physische und elektronische Dokumente sowie für Tonaufzeichnungen und audiovisuelle Aufzeichnungen gilt, die im Zusammenhang mit politischen Strategien, Tätigkeiten und Entscheidungen der EU-Organe stehen, und weist darauf hin, dass arbeitsbezogene Textnachrichten und Sofortnachrichten als „Dokumente“ im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 verstanden werden;***
	Or. en

Änderungsantrag 137
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten der EU-Organe ein in den EU-Verträgen verankertes Grundrecht und wesentlich für die Gewährleistung eines transparenten Handelns der EU-Organe ist, wodurch die Legitimität und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU gestärkt werden; erwartet, dass die Kommission die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten erheblich verbessert***, unter anderem indem alle Empfehlungen der Bürgerbeauftragten zeitnah umgesetzt werden,*** und so deutlich macht, dass Transparenz die Regel und eine grundlegende Priorität ist; ***hält es für erforderlich, vor dem EuGH Klage gegen die Kommission wegen Verstoßes gegen die Verträge, einschließlich Artikel 15 Absatz 3 AEUV über das Recht der Unionsbürgerinnen und -bürger und Personen mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat auf Zugang zu Dokumenten, zu erheben, wenn weiterhin erhebliche Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten bestehen;***	15. betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten der EU-Organe ein in den EU-Verträgen verankertes Grundrecht und wesentlich für die Gewährleistung eines transparenten Handelns der EU-Organe ist, wodurch die Legitimität und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU gestärkt werden; erwartet, dass die Kommission die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten erheblich verbessert und so deutlich macht, dass Transparenz die Regel und eine grundlegende Priorität ist;

Or. en

Änderungsantrag 138
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten der EU-	15. betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten der EU-

Organe ein in den EU-Verträgen verankertes Grundrecht und wesentlich für die Gewährleistung eines transparenten Handelns der EU-Organe ist, wodurch die Legitimität und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU gestärkt werden; erwartet, dass die Kommission die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten erheblich verbessert, unter anderem indem alle Empfehlungen der Bürgerbeauftragten zeitnah umgesetzt werden, und so deutlich macht, dass Transparenz die Regel und eine grundlegende Priorität ist; ***hält es für erforderlich, vor dem EuGH Klage gegen die Kommission wegen Verstoßes gegen die Verträge, einschließlich Artikel 15 Absatz 3 AEUV über das Recht der Unionsbürgerinnen und -bürger und Personen mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat auf Zugang zu Dokumenten, zu erheben, wenn weiterhin erhebliche Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten bestehen;***	Organe ein in den EU-Verträgen verankertes Grundrecht und wesentlich für die Gewährleistung eines transparenten Handelns der EU-Organe ist, wodurch die Legitimität und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU gestärkt werden; erwartet, dass die Kommission die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten erheblich verbessert, unter anderem indem alle Empfehlungen der Bürgerbeauftragten zeitnah umgesetzt werden, und so deutlich macht, dass Transparenz die Regel und eine grundlegende Priorität ist;

Or. en

Änderungsantrag 139
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten der EU-Organe ein in den EU-Verträgen verankertes Grundrecht und wesentlich für die Gewährleistung eines transparenten Handelns der EU-Organe ist, wodurch die Legitimität und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU gestärkt werden; erwartet, dass die Kommission die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der	15. betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten der EU-Organe ein in den EU-Verträgen verankertes Grundrecht und wesentlich für die Gewährleistung eines transparenten Handelns der EU-Organe ist, wodurch die Legitimität und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU gestärkt werden; erwartet, dass die Kommission die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der

Öffentlichkeit zu Dokumenten erheblich verbessert, unter anderem indem alle Empfehlungen der Bürgerbeauftragten zeitnah umgesetzt werden, und so deutlich macht, dass Transparenz die Regel und eine grundlegende Priorität ist; ***hält es für erforderlich, vor dem EuGH Klage gegen die Kommission wegen Verstoßes gegen die Verträge, einschließlich Artikel 15 Absatz 3 AEUV über das Recht der Unionsbürgerinnen und -bürger und Personen mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat auf Zugang zu Dokumenten, zu erheben, wenn weiterhin erhebliche Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten bestehen;***	Öffentlichkeit zu Dokumenten erheblich verbessert, unter anderem indem alle Empfehlungen der Bürgerbeauftragten zeitnah umgesetzt werden, und so deutlich macht, dass Transparenz die Regel und eine grundlegende Priorität ist;

Or. en

Änderungsantrag 140
Marcin Sypniewski

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. weist auf das Phänomen der falschen Transparenz hin, das darin besteht, eine übermäßige Menge an Material von geringer oder mäßiger Bedeutung zu veröffentlichen und gleichzeitig den Zugang zu Schlüsseldokumenten zu verzögern oder zu blockieren; fordert die Kommission auf, der Offenlegung von Dokumenten, die für die Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung sind, wie etwa solchen, die große öffentliche Aufträge oder die Gesundheitssicherheit betreffen, Vorrang einzuräumen;

Or. pl

Änderungsantrag 141
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. bedauert, dass der Rat und die Kommission sich in vielen Fällen unter Verwendung vager, abstrakter und unbelegter Argumente oder unter Berufung auf bereits vom EuGH zurückgewiesene Begründungen geweigert haben, legislative Dokumente offenzulegen; begrüßt die wichtige Arbeit der Bürgerbeauftragten in diesem Bereich, die darauf abzielt, dass die betreffenden EU-Organe legislative Dokumente unverzüglich offenlegen, und betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten nur unter wirklich außergewöhnlichen Umständen verweigert werden kann;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 142
Marcin Sypniewski

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. bedauert, dass der Rat und die Kommission sich in vielen Fällen unter Verwendung vager, abstrakter und unbelegter Argumente oder unter Berufung auf bereits vom EuGH zurückgewiesene Begründungen geweigert haben, legislative Dokumente offenzulegen; begrüßt die wichtige Arbeit der Bürgerbeauftragten in diesem Bereich, die darauf abzielt, dass die betreffenden EU-Organe legislative Dokumente unverzüglich offenlegen, und betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit	16. bedauert, dass der Rat und die Kommission sich in vielen Fällen unter Verwendung vager, abstrakter und unbelegter Argumente oder unter Berufung auf bereits vom EuGH zurückgewiesene Begründungen geweigert haben, legislative Dokumente offenzulegen; begrüßt die wichtige Arbeit der Bürgerbeauftragten in diesem Bereich, die darauf abzielt, dass die betreffenden EU-Organe legislative Dokumente unverzüglich offenlegen, und betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit

zu Dokumenten nur unter wirklich außergewöhnlichen Umständen verweigert werden kann;	zu Dokumenten nur unter wirklich außergewöhnlichen Umständen verweigert werden kann; ***betont, dass falsche Transparenz – die Verbreitung sekundärer und irrelevanter Dokumente – nicht als Vorwand dafür dienen kann, wesentliche Informationen zu verschleiern, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen würden, die Tätigkeiten der Organe genau zu bewerten;***

Or. pl

Änderungsantrag 143
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. bedauert, dass der Rat und die Kommission sich in vielen Fällen ***unter Verwendung vager, abstrakter und unbelegter Argumente oder*** unter Berufung auf bereits vom EuGH zurückgewiesene Begründungen geweigert haben, legislative Dokumente offenzulegen; begrüßt die wichtige Arbeit der Bürgerbeauftragten in diesem Bereich, die darauf abzielt, dass die betreffenden EU-Organe legislative Dokumente unverzüglich offenlegen, und betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten nur unter wirklich außergewöhnlichen Umständen verweigert werden kann;	16. bedauert, dass der Rat und die Kommission sich in vielen Fällen unter Berufung auf bereits vom EuGH zurückgewiesene Begründungen geweigert haben, legislative Dokumente offenzulegen; begrüßt die wichtige Arbeit der Bürgerbeauftragten in diesem Bereich, die darauf abzielt, dass die betreffenden EU-Organe legislative Dokumente unverzüglich offenlegen, und betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten nur unter wirklich außergewöhnlichen Umständen verweigert werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 144
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. erinnert an den Beschluss der Bürgerbeauftragten vom November 2024 über die Weigerung der Kommission, der Öffentlichkeit Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit einem offiziellen Besuch der Kommissionspräsidentin zu gewähren; bedauert, dass die Kommission weiterhin Transparenzverpflichtungen nicht nachkommt; fordert die Kommission auf, die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten vollständig umzusetzen und dafür zu sorgen, dass Dokumente, die die Tätigkeiten ihrer Präsidentin betreffen, rechtzeitig offengelegt werden, da andernfalls das Recht der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger auf Zugang zu Dokumenten beeinträchtigt werden könnte;

Or. en

Änderungsantrag 145
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. betont, dass die Organe der EU sicherstellen müssen, dass der Einsatz künstlicher Intelligenz und automatisierter Entscheidungsinstrumente in Verwaltungsverfahren mit den Grundsätzen der Transparenz, der Rechenschaftspflicht und der Grundrechte im Einklang steht; fordert die Bürgerbeauftragte auf, die Entwicklungen in diesem Bereich nach wie vor zu überwachen;

Or. en

Änderungsantrag 146
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 16 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16c. nimmt mit Besorgnis die von der Bürgerbeauftragten bei der Arbeitsweise des EPSO festgestellten Mängel zur Kenntnis und bedauert, dass diese weiterhin bestehen; fordert das EPSO auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Transparenz, Effizienz und Fairness seiner Einstellungsverfahren zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 147
Pál Szekeres, Virginie Joron, Sebastian Kruis, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. unterstreicht, dass Frontex bei allen ihren Tätigkeiten, einschließlich ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an Such- und Rettungseinsätzen, die Grundrechte uneingeschränkt einhalten und die einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen uneingeschränkt und konsequent einhalten muss; betont, dass die Mitgliedstaaten nach dem geltenden europäischen und internationalen Rechtsrahmen verpflichtet sind, jedem Schiff oder jeder Person in Seenot Hilfe zu leisten, unabhängig von der Staatsangehörigkeit	***entfällt***

oder dem Status der Person oder den Umständen, unter denen diese Person aufgefunden wird;

Or. en

Änderungsantrag 148
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. unterstreicht, dass Frontex bei allen ihren Tätigkeiten, einschließlich ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an Such- und Rettungseinsätzen, die Grundrechte ***uneingeschränkt einhalten*** und die einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen uneingeschränkt und konsequent ***einhalten muss***; ***betont, dass die Mitgliedstaaten nach dem geltenden europäischen und internationalen Rechtsrahmen verpflichtet sind, jedem Schiff oder jeder Person in Seenot Hilfe zu leisten, unabhängig von der Staatsangehörigkeit oder dem Status der Person oder den Umständen, unter denen diese Person aufgefunden wird***;	17. ***betont, dass die Hauptaufgabe, für die Frontex eingerichtet wurde, der wirksame Schutz der Grenzen der Union und die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger durch die Koordinierung und Unterstützung des Managements der Außengrenzen der EU und die Verhinderung der illegalen Einwanderung und der grenzüberschreitenden Kriminalität ist;*** unterstreicht, dass Frontex bei allen ihren Tätigkeiten, einschließlich ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an Such- und Rettungseinsätzen, die Grundrechte ***achtet*** und die einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen uneingeschränkt und konsequent ***einhält***; ***hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass im Jahr 2024 nur 14 Anfragen die Tätigkeiten von Frontex betrafen, was 3,4 % der Anfragen entspricht***;

Or. en

Änderungsantrag 149
Maria Zacharia

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. unterstreicht, dass Frontex bei allen ihren Tätigkeiten, einschließlich ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an Such- und Rettungseinsätzen, die Grundrechte uneingeschränkt einhalten und die einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen uneingeschränkt und konsequent einhalten muss; betont, dass die Mitgliedstaaten nach dem geltenden europäischen und internationalen Rechtsrahmen verpflichtet sind, jedem Schiff oder jeder Person in Seenot Hilfe zu leisten, unabhängig von der Staatsangehörigkeit oder dem Status der Person oder den Umständen, unter denen diese Person aufgefunden wird;	17. unterstreicht, dass Frontex bei allen ihren Tätigkeiten, einschließlich ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an Such- und Rettungseinsätzen, die Grundrechte uneingeschränkt einhalten und die einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen uneingeschränkt und konsequent einhalten muss; betont, dass die Mitgliedstaaten nach dem geltenden europäischen und internationalen Rechtsrahmen verpflichtet sind, jedem Schiff oder jeder Person in Seenot Hilfe zu leisten, unabhängig von der Staatsangehörigkeit oder dem Status der Person oder den Umständen, unter denen diese Person aufgefunden wird; ***stellt fest, dass der Untersuchung der Europäischen Bürgerbeauftragten aus dem Jahr 2024 zufolge noch keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden, um das erneute Auftreten von Vorfällen wie dem Schiffbruch von Adriana, bei dem mehr als 600 Menschen ums Leben kamen, zu verhindern, und betont, dass unverzüglich auf Notfälle auf See reagiert werden muss und dass die Grundrechtebeobachter in alle einschlägigen Entscheidungen einbezogen werden müssen, um die Einhaltung der Grundrechte uneingeschränkt sicherzustellen und die Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern;***

Or. el

Änderungsantrag 150
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. ***unterstreicht, dass Frontex bei***	17. betont, dass die Mitgliedstaaten

allen ihren Tätigkeiten, einschließlich ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an Such- und Rettungseinsätzen, die Grundrechte uneingeschränkt einhalten und die einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen uneingeschränkt und konsequent einhalten muss; betont, dass die Mitgliedstaaten nach dem geltenden europäischen und internationalen Rechtsrahmen verpflichtet sind, jedem Schiff oder jeder Person in Seenot Hilfe zu leisten, unabhängig von der Staatsangehörigkeit oder dem Status der Person oder den Umständen, unter denen diese Person aufgefunden wird;

nach dem geltenden europäischen und internationalen Rechtsrahmen verpflichtet sind, jedem Schiff oder jeder Person in Seenot Hilfe zu leisten, unabhängig von der Staatsangehörigkeit oder dem Status der Person oder den Umständen, unter denen diese Person aufgefunden wird; ***betont, dass Frontex im Rahmen seines Mandats bei allen ihren Tätigkeiten, einschließlich ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an Such- und Rettungseinsätzen, seinen Verpflichtungen im Bereich der Grundrechte in vollem Umfang nachkommen und in voller Übereinstimmung mit den einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen handeln muss; betont ferner, dass ein geeigneter Rechtsrahmen geschaffen werden muss, durch den Frontex bei Notfällen im Seeverkehr unter uneingeschränkter Einhaltung seiner Grundrechtsverpflichtungen wirksamer handeln könnte;***

Or. en

Änderungsantrag 151
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. ***unterstreicht***, dass Frontex ***bei allen ihren Tätigkeiten, einschließlich ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an Such- und Rettungseinsätzen, die Grundrechte uneingeschränkt einhalten und die einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen uneingeschränkt und konsequent einhalten muss***; ***betont, dass die Mitgliedstaaten nach dem geltenden europäischen und internationalen Rechtsrahmen verpflichtet sind, jedem Schiff oder jeder***	17. ***weist darauf hin***, dass Frontex ***vor großen Herausforderungen steht, die eine Aufstockung der Kapazitäten und des Budgets dieser Agentur erfordern, damit sie bestmöglich arbeiten kann***; ***sieht der Reform des Mandats von Frontex, die*** von der ***Präsidentin der Europäischen Kommission für 2026 angekündigt wurde, erwartungsvoll entgegen***;

Person in Seenot Hilfe zu leisten, unabhängig von der ***Staatsangehörigkeit oder dem Status der Person oder den Umständen, unter denen diese Person aufgefunden wird***;

Or. fr

Änderungsantrag 152
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. unterstreicht, dass Frontex bei allen ihren Tätigkeiten, einschließlich ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an Such- und Rettungseinsätzen, die Grundrechte uneingeschränkt einhalten und die einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen uneingeschränkt und konsequent einhalten muss; betont, dass die Mitgliedstaaten nach dem geltenden europäischen und internationalen Rechtsrahmen verpflichtet sind, jedem Schiff oder jeder Person in Seenot Hilfe zu leisten***, unabhängig von der Staatsangehörigkeit oder dem Status der Person oder den Umständen, unter denen diese Person aufgefunden wird***;	17. unterstreicht, dass Frontex bei allen ihren Tätigkeiten, einschließlich ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an Such- und Rettungseinsätzen, die Grundrechte uneingeschränkt einhalten und die einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen uneingeschränkt und konsequent einhalten muss; betont, dass die Mitgliedstaaten nach dem geltenden europäischen und internationalen Rechtsrahmen verpflichtet sind, jedem Schiff oder jeder Person in Seenot Hilfe zu leisten ***und dabei sowohl den Schutz von Menschenleben als auch die Achtung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten im Bereich des Grenzmanagements sicherzustellen***;

Or. en

Änderungsantrag 153
Pál Szekeres, Virginie Joron, Sebastian Kruis, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	17a. betont, dass die Hauptaufgabe von Frontex im Schutz der Außengrenzen der Union, in der Kontrolle von Menschenhändlern und Schmugglern und der Bekämpfung der illegalen Einwanderung bestehen muss; betont, dass mangelnde Grenzkontrollen zu mehr Todesfällen auf See führen;

Or. en

Änderungsantrag 154
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. unterstützt die Vorschläge der Bürgerbeauftragten, die darauf abzielen, alle bei ihrer Untersuchung der Todesfälle im Mittelmeer festgestellten Mängel zu beheben, einschließlich ihrer Forderung an den Rat, die Kommission und das Parlament, eine unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen, um die Gründe für die zahlreichen Todesfälle im Mittelmeer zu ermitteln, um unter anderem die erforderlichen Änderungen umzusetzen, damit erneute tragische Todesfälle verhindert werden;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 155
Mireia Borrás Pabón, Juan Carlos Girauta Vidal, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. unterstützt die Vorschläge der Bürgerbeauftragten, die darauf abzielen,	***entfällt***

alle bei ihrer Untersuchung der Todesfälle im Mittelmeer festgestellten Mängel zu beheben, einschließlich ihrer Forderung an den Rat, die Kommission und das Parlament, eine unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen, um die Gründe für die zahlreichen Todesfälle im Mittelmeer zu ermitteln, um unter anderem die erforderlichen Änderungen umzusetzen, damit erneute tragische Todesfälle verhindert werden;

Or. en

Änderungsantrag 156
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ***unterstützt*** die Vorschläge der Bürgerbeauftragten, die darauf abzielen, ***alle bei ihrer Untersuchung der Todesfälle im Mittelmeer festgestellten*** Mängel ***zu beheben, einschließlich ihrer Forderung an den Rat, die Kommission und das Parlament, eine unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen, um die Gründe für die zahlreichen Todesfälle im Mittelmeer zu ermitteln, um unter anderem die erforderlichen Änderungen umzusetzen, damit erneute tragische*** Todesfälle ***verhindert werden***;	18. ***lehnt*** die Vorschläge der Bürgerbeauftragten, die darauf abzielen, ***die*** Mängel***, die sie in ihrer Untersuchung zu Todesfällen im Mittelmeer festgestellt hat, zu beheben, ab; stellt fest, dass die wirksame Verhinderung illegaler Einwanderung, unter anderem durch die Bekämpfung von Menschenhändlern und die Zusammenarbeit mit Drittländern, der einzige Weg ist, um tragische Ereignisse und*** Todesfälle ***bei illegalen Grenzübertritten zu verhindern***; ***begrüßt die Bemühungen der Mitgliedstaaten zum Schutz der Außengrenzen der EU; betont, dass illegale Einwanderung ein Instrument der hybriden Kriegsführung ist, deren Opfer seit 2021 auch Polen wird***;

Or. en

Änderungsantrag 157
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ***unterstützt*** die Vorschläge der Bürgerbeauftragten***, die darauf abzielen, alle*** bei ihrer Untersuchung der Todesfälle im Mittelmeer ***festgestellten Mängel zu beheben, einschließlich ihrer Forderung an den Rat, die Kommission und das Parlament, eine unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen, um die Gründe für die zahlreichen Todesfälle im Mittelmeer zu ermitteln, um unter anderem die erforderlichen Änderungen umzusetzen, damit*** erneute ***tragische*** Todesfälle ***verhindert werden***;	18. ***nimmt*** die Vorschläge der Bürgerbeauftragten bei ihrer Untersuchung der Todesfälle im Mittelmeer ***zur Kenntnis; betont, dass es von wesentlicher Bedeutung ist, dass die Union ihre Maßnahmen gegen Schleuser- und Menschenhändlernetze intensiviert, indem sie ihre Kapazitäten zur Verhinderung, Aufdeckung und Zerschlagung dieser kriminellen Netze ausbaut; drängt darauf, dass die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern vertieft werden muss, um die Ursachen von irregulärer Migration zu bekämpfen und*** erneute Todesfälle ***im Meer zu verhindern; weist in diesem Zusammenhang erneut auf die zentrale Rolle von Frontex bei der integrierten europäischen Grenzverwaltung hin, und betont, dass das Mandat der Agentur voll ausgeschöpft werden muss, um die Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der migrationsbezogenen organisierten Kriminalität zu unterstützen***;

Or. fr

Änderungsantrag 158
Pál Szekeres, Virginie Joron, Sebastian Kruis, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. unterstützt die Vorschläge der Bürgerbeauftragten, ***die darauf abzielen, alle bei*** ihrer Untersuchung der Todesfälle im Mittelmeer ***festgestellten Mängel zu beheben***, einschließlich ihrer Forderung an	18. unterstützt die Vorschläge der Bürgerbeauftragten ***zur Behebung aller Mängel, die sie in*** ihrer Untersuchung der Todesfälle im Mittelmeer ***festgestellt hat***, einschließlich ihrer Forderung an den Rat,

den Rat, die Kommission und das Parlament, eine unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen, um die Gründe für die ***zahlreichen Todesfälle*** im Mittelmeer zu ermitteln, ***um*** unter anderem ***die erforderlichen Änderungen*** umzusetzen***, damit erneute tragische*** Todesfälle ***verhindert werden***;	die Kommission und das Parlament, eine unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen, um die Gründe für die ***hohe Zahl von Todesfällen*** im Mittelmeer zu ermitteln, unter anderem ***mit dem Ziel, eine Politik der systematischen Rückführung abgefangener Boote an ihren Ausgangsort*** umzusetzen ***und allen Personen, die illegal mit dem Boot eingereist sind, die Niederlassung im Gebiet der Union zu verbieten, um zu verhindern, dass sich solche tragischen*** Todesfälle ***wiederholen***;

Or. en

Änderungsantrag 159
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. unterstützt die Vorschläge der Bürgerbeauftragten, die darauf abzielen, alle bei ihrer Untersuchung der Todesfälle im Mittelmeer festgestellten Mängel zu beheben, einschließlich ihrer Forderung an den Rat, die Kommission und das Parlament, eine unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen, um die Gründe für die zahlreichen Todesfälle im Mittelmeer zu ermitteln***, um unter anderem die erforderlichen Änderungen umzusetzen, damit erneute tragische Todesfälle verhindert werden***;	18. unterstützt die Vorschläge der Bürgerbeauftragten, die darauf abzielen, alle bei ihrer Untersuchung der Todesfälle im Mittelmeer festgestellten Mängel zu beheben, einschließlich ihrer Forderung an den Rat, die Kommission und das Parlament, eine unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen, um die Gründe für die zahlreichen Todesfälle im Mittelmeer zu ermitteln;

Or. en

Änderungsantrag 160
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. ist besorgt über die Einführung umfassender Überwachungs- und Beobachtungssysteme in den Aufnahme- und Identifizierungszentren in Griechenland; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die EU-Finanzierung solcher Projekte nicht zu Verletzungen der Grundrechte von Asylbewerbern führt; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten in Bezug auf die Transparenz der zugehörigen Dokumente vollständig umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 161
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. betont, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission wegen mangelnder Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen kritisierte, auf die sie sich vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien gestützt hat; unterstreicht, dass die Bürgerbeauftragte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte vorgenommen wurde, insbesondere was die Säule „Migration und Mobilität“ der Absichtserklärung betrifft; erwartet von der Kommission, dass sie alle Verbesserungsvorschläge der Bürgerbeauftragten zeitnah umsetzt, die wirksamsten Maßnahmen anwendet und die höchsten Standards für den Schutz	***entfällt***

der Menschenrechte in allen migrationsbezogenen Fragen einhält;

Or. fr

Änderungsantrag 162
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. betont, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission wegen mangelnder Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen kritisierte, auf die sie sich vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien gestützt hat; unterstreicht, dass die Bürgerbeauftragte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte vorgenommen wurde, insbesondere was die Säule „Migration und Mobilität“ der Absichtserklärung betrifft; erwartet von der Kommission, dass sie alle Verbesserungsvorschläge der Bürgerbeauftragten zeitnah umsetzt, die wirksamsten Maßnahmen anwendet und die höchsten Standards für den Schutz der Menschenrechte in allen migrationsbezogenen Fragen einhält;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 163
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

19. betont, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission wegen mangelnder Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen kritisierte, auf die sie sich vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien gestützt hat; unterstreicht, dass die Bürgerbeauftragte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte vorgenommen wurde, insbesondere was die Säule „Migration und Mobilität“ der Absichtserklärung betrifft; erwartet von der Kommission, dass sie alle Verbesserungsvorschläge der Bürgerbeauftragten zeitnah umsetzt, die wirksamsten Maßnahmen anwendet und die höchsten Standards für den Schutz der Menschenrechte in allen migrationsbezogenen Fragen einhält;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 164
Mireia Borrás Pabón, Juan Carlos Girauta Vidal, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. betont, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission wegen mangelnder Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen kritisierte, auf die sie sich vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien gestützt hat; unterstreicht, dass die Bürgerbeauftragte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte vorgenommen wurde, insbesondere was die Säule „Migration und Mobilität“ der Absichtserklärung betrifft; erwartet von der Kommission,	***entfällt***

dass sie alle Verbesserungsvorschläge der Bürgerbeauftragten zeitnah umsetzt, die wirksamsten Maßnahmen anwendet und die höchsten Standards für den Schutz der Menschenrechte in allen migrationsbezogenen Fragen einhält;

Or. en

Änderungsantrag 165
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ***betont***, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission wegen mangelnder Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen kritisierte, auf die sie sich vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien gestützt hat***; unterstreicht, dass die Bürgerbeauftragte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte vorgenommen wurde, insbesondere was die Säule „Migration und Mobilität“ der Absichtserklärung betrifft***; ***erwartet von der Kommission, dass sie alle Verbesserungsvorschläge der Bürgerbeauftragten zeitnah umsetzt, die wirksamsten Maßnahmen anwendet und die höchsten Standards für den Schutz der Menschenrechte in allen migrationsbezogenen Fragen einhält;***	19. ***nimmt zur Kenntnis***, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission wegen mangelnder Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen kritisierte, auf die sie sich vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien gestützt hat;

Or. fr

Änderungsantrag 166
Paolo Inselvini

Entschließungsantrag

Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ***betont, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission wegen mangelnder Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen kritisierte, auf die sie sich vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien gestützt hat; unterstreicht, dass die Bürgerbeauftragte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte vorgenommen wurde, insbesondere was die Säule „Migration und Mobilität" der Absichtserklärung betrifft;*** erwartet von der Kommission, dass sie ***alle Verbesserungsvorschläge der Bürgerbeauftragten zeitnah umsetzt, die*** wirksamsten Maßnahmen ***anwendet*** und ***die*** höchsten Standards für den Schutz der Menschenrechte in allen migrationsbezogenen Fragen ***einhält***;	19. erwartet von der Kommission, dass sie ***in den Abkommen mit den Herkunftsländern der Migranten die Umsetzung der*** wirksamsten Maßnahmen ***garantiert***und ***gleichzeitig die Einhaltung der*** höchsten Standards für den Schutz der Menschenrechte in allen migrationsbezogenen Fragen ***sicherstellt***;

Or. it

Änderungsantrag 167
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. betont, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission wegen mangelnder Transparenz hinsichtlich der ***menschenrechtsbezogenen*** Informationen kritisierte, auf die sie sich vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien gestützt hat***; unterstreicht, dass die Bürgerbeauftragte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass keine***	19. betont, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission wegen mangelnder Transparenz hinsichtlich der Informationen kritisierte, auf die sie sich vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien gestützt hat***, und dass die Bürgerbeauftragte einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit der Kommission bei der Bearbeitung eines Antrags auf Zugang zu Dokumenten im***

Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte vorgenommen wurde, insbesondere was die Säule „Migration und Mobilität“ der Absichtserklärung betrifft; ***erwartet von der*** Kommission***, dass sie alle Verbesserungsvorschläge der Bürgerbeauftragten zeitnah umsetzt, die wirksamsten Maßnahmen anwendet und die höchsten Standards für den Schutz der Menschenrechte in allen migrationsbezogenen Fragen einhält***;

Zusammenhang mit einem hochrangigen Treffen zwischen führenden Vertretern der EU und Tunesiens am 11. Juni 2023 in Tunis festgestellt hat; ***hebt hervor, dass die Bürgerbeauftragte die*** Kommission ***dafür kritisierte, dass sie das Fehlen von Dokumenten über den Austausch mit den Mitgliedstaaten und interne Diskussionen, die vor einem solchen Treffen notwendig gewesen wären, nicht festgestellt oder erklärt habe***; ***hebt ferner hervor, dass die Bürgerbeauftragte auch die übermäßige Verzögerung der Kommission bei der Überprüfung ihrer Entscheidung um fast 12 Monate, was weit über die gesetzliche Frist von 30 Tagen hinausging, verurteilte, und forderte Verbesserungen in Bezug auf Transparenz und zeitnaher Bearbeitung***;

Or. en

Änderungsantrag 168
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. betont, dass die Bürgerbeauftragte ***die Kommission wegen mangelnder Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen kritisierte, auf die sie sich vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien gestützt hat; unterstreicht, dass die Bürgerbeauftragte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte vorgenommen wurde, insbesondere was die Säule „Migration und Mobilität“ der Absichtserklärung betrifft***; erwartet von der Kommission, dass sie ***alle Verbesserungsvorschläge der***	19. betont, dass die Bürgerbeauftragte ***die Bedeutung von Abkommen mit Drittländern wie Tunesien für die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und die Verhinderung menschlicher Tragödien anerkennt***; erwartet von der Kommission, dass sie die wirksamsten Maßnahmen ***umsetzt und dabei das Recht der europäischen Völker auf Kontrolle ihrer Grenzen und auf ein Leben in Sicherheit achtet***;

Bürgerbeauftragten zeitnah umsetzt, die wirksamsten Maßnahmen ***anwendet und die höchsten Standards für den Schutz der Menschenrechte in allen migrationsbezogenen Fragen einhält***;

Or. en

Änderungsantrag 169
Emmanouil Fragkos, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ***betont***, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission wegen mangelnder Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen kritisierte, auf die sie sich vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien gestützt hat***; unterstreicht, dass die Bürgerbeauftragte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat***, dass keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte vorgenommen wurde, insbesondere was die Säule „Migration und Mobilität“ der Absichtserklärung betrifft; ***erwartet von der Kommission, dass sie alle Verbesserungsvorschläge der Bürgerbeauftragten zeitnah umsetzt, die wirksamsten Maßnahmen anwendet und die höchsten Standards für den Schutz der Menschenrechte in allen migrationsbezogenen Fragen einhält;***	19. ***bedauert***, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission wegen mangelnder Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen kritisierte, auf die sie sich vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien gestützt hat ***und in Bezug auf den Umstand***, dass keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte vorgenommen wurde, insbesondere was die Säule „Migration und Mobilität“ der Absichtserklärung betrifft***, unrichtig interveniert hat***;

Or. el

Änderungsantrag 170
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ***betont***, dass die Bürgerbeauftragte ***die Kommission wegen mangelnder*** Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen ***kritisierte***, ***auf die sie sich*** vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien ***gestützt hat***; unterstreicht, dass die Bürgerbeauftragte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte vorgenommen wurde, insbesondere was die Säule „Migration und Mobilität" der Absichtserklärung betrifft; erwartet von der Kommission, dass sie alle Verbesserungsvorschläge der Bürgerbeauftragten zeitnah umsetzt, die wirksamsten Maßnahmen anwendet und die höchsten Standards für den Schutz der Menschenrechte in allen migrationsbezogenen Fragen einhält;	19. ***würdigt das Engagement der Bürgerbeauftragten für Grundrechte bei Migrationsmaßnahmen; stellt fest***, dass die Bürgerbeauftragte ***mehr*** Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen ***gefordert hat***, ***die*** vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien ***geprüft wurden***; unterstreicht, dass die Bürgerbeauftragte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte vorgenommen wurde, insbesondere was die Säule „Migration und Mobilität" der Absichtserklärung betrifft; erwartet von der Kommission, dass sie alle Verbesserungsvorschläge der Bürgerbeauftragten zeitnah umsetzt, die wirksamsten Maßnahmen anwendet und die höchsten Standards für den Schutz der Menschenrechte in allen migrationsbezogenen Fragen einhält;
	Or. en

Änderungsantrag 171
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. fordert die Kommission auf, die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten in Bezug auf die Überwachung der Griechenland für das Grenzmanagement zugewiesenen EU-Mittel vollständig umzusetzen; betont, dass der Schutz der Grundrechte eine nicht verhandelbare Bedingung für die Finanzierung von Projekten im Zusammenhang mit Rückführungen, Haftzentren und Grenzeinsätzen sein muss;

Or. en

Änderungsantrag 172
Emmanouil Fragkos, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. nimmt die begrenzten Maßnahmen der Bürgerbeauftragten als Reaktion auf Beschwerden über die Verschwendung europäischer Mittel für NRO, die sich mit „Migrations- und Flüchtlingsfragen“ befassen, zur Kenntnis;

Or. el

Änderungsantrag 173
Mireia Borrás Pabón, Juan Carlos Girauta Vidal, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. begrüßt die Herabstufung des Schutzstatus des Wolfs angesichts des schweren Schadens, den die europäischen Landwirte und Hirten erlitten haben;

Or. en

Änderungsantrag 174
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. kritisiert die Weigerung der Kommission, die Empfehlung der	***entfällt***

Bürgerbeauftragten umzusetzen und der Öffentlichkeit einen besseren Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Legislativvorschlags zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern zu gewähren – somit gibt sie den Bürgerinnen und Bürgern keine Möglichkeit zu überprüfen, ob sie unabhängig und ausschließlich im öffentlichen Interesse gehandelt hat;

Or. en

Änderungsantrag 175
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. kritisiert die Weigerung der Kommission, die Empfehlung der Bürgerbeauftragten umzusetzen und der Öffentlichkeit einen besseren Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Legislativvorschlags zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern zu gewähren ***– somit gibt*** sie den Bürgerinnen und Bürgern keine Möglichkeit zu überprüfen, ob sie unabhängig und ausschließlich im öffentlichen Interesse gehandelt hat;	20. kritisiert die Weigerung der Kommission, die Empfehlung der Bürgerbeauftragten umzusetzen und der Öffentlichkeit einen besseren Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Legislativvorschlags zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern zu gewähren***, wodurch*** sie den Bürgerinnen und Bürgern keine Möglichkeit ***gibt,*** zu überprüfen, ob sie unabhängig und ausschließlich im öffentlichen Interesse gehandelt hat; ***betont, dass der Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch die oberste Priorität der Union sein muss; betont, dass dieser Kampf mit dem Schutz der Grundrechte, einschließlich des Rechts auf Privatsphäre und Datenschutz, einhergehen muss; fordert die Kommission auf, bei der Ausarbeitung des Legislativvorschlags für vollständige Transparenz zu sorgen und Organisationen der Zivilgesellschaft, Sachverständige und nichtstaatliche Kinderschutzorganisationen aktiv in den Prozess einzubeziehen; fordert die***

Bürgerbeauftragte ferner auf, die Folgemaßnahmen zu diesem Legislativdossier genau zu überwachen, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen der EU sowohl zum Schutz von Kindern wirksam sind als auch uneingeschränkt mit der Charta der Grundrechte im Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 176
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. kritisiert die Weigerung der Kommission, die Empfehlung der Bürgerbeauftragten umzusetzen und der Öffentlichkeit einen besseren Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Legislativvorschlags zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern zu gewähren – somit gibt sie den Bürgerinnen und Bürgern keine Möglichkeit zu überprüfen, ob sie unabhängig und ausschließlich im öffentlichen Interesse gehandelt hat;	20. kritisiert die Weigerung der Kommission, die Empfehlung der Bürgerbeauftragten umzusetzen und der Öffentlichkeit einen besseren Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Legislativvorschlags zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern zu gewähren – somit gibt sie den Bürgerinnen und Bürgern keine Möglichkeit zu überprüfen, ob sie unabhängig und ausschließlich im öffentlichen Interesse gehandelt hat; ***betont, dass Transparenz in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung ist, da der Vorschlag die Grundrechte und das Privatleben der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar berührt; betont, dass die mangelnde Transparenz der Kommission möglicherweise zu Desinformation und zur Instrumentalisierung dieses sensiblen Themas, mit dem Ziel, in der Öffentlichkeit Angst zu schüren und antieuropäische Narrative zu stärken, beigetragen hat;***

Or. en

Änderungsantrag 177
Pál Szekeres, Virginie Joron, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. begrüßt, dass das EPSO im Anschluss an die Entscheidungen der Bürgerbeauftragten beschlossen hat, vier Beschwerdeführern die Möglichkeit zu geben, die Tests erneut durchzuführen; stellt fest, dass das EPSO während der Untersuchung der Bürgerbeauftragten zusätzlich zu den Fällen, die mit der Feststellung eines Missstands in der Verwaltungstätigkeit abgeschlossen wurden, auch zwei weitere Fälle beilegte, indem es beschloss, die Beschwerdeführer zur Wiederholung der Tests aufzufordern; stellt ferner fest, dass das EPSO auf einen Vorschlag und Bemerkungen der Bürgerbeauftragten hin erklärte, dass es sicherstellen werde, dass die Funktionalität der von den Bewerbern während der Prüfungen verwendeten Tools rückwirkend überprüft werden könne und es künftig möglich sei, den Bewerbern nach der Prüfung automatisch eine Kopie ihrer Antworten sowie die Musterlösungen zur Verfügung zu stellen;

Or. en

Änderungsantrag 178
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. begrüßt die Entscheidung der	***entfällt***

Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung darüber einzuleiten, wie die Kommission gezielte Daten zur Auswirkung der Wolfspopulation in der EU erhoben hat; bedauert, dass die Kommission die Herabstufung des rechtlichen Schutzstatus des Wolfs in der EU mit einem Bericht der Sachverständigengruppe „Initiative für die großen Fleischfresser Europas“ begründete, obwohl sie zuvor denselben Bericht herangezogen hatte, um einen Vorschlag abzulehnen, mit dem derselbe Zweck verfolgt wurde, und obwohl keine wesentlichen Veränderungen bei den Wolfspopulationen verzeichnet wurden; ist zutiefst besorgt darüber, dass die Entscheidung, den Schutzstatus von Wölfen herabzusetzen, auf keiner soliden wissenschaftlichen Grundlage beruht, was durch den fehlenden Zugang der Öffentlichkeit zu den einschlägigen Dokumenten und die unzureichenden Anstrengungen zur Umsetzung angemessener Präventivmaßnahmen verschärft wird, was wiederum im Widerspruch zu den Bestimmungen im Übereinkommen von Bern[4] steht; befürchtet, dass diese Entscheidung einen besorgniserregenden Präzedenzfall geschaffen hat, der den Gesamtansatz für die Erhaltungsziele und den Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen sowie natürlicher Lebensräume gefährdet;

---

[4] Berner Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume.

Or. fr

Änderungsantrag 179
Paolo Inselvini

Entschließungsantrag

Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. begrüßt die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung darüber einzuleiten, wie die Kommission gezielte Daten zur Auswirkung der Wolfspopulation in der EU erhoben hat; bedauert, dass die Kommission die Herabstufung des rechtlichen Schutzstatus des Wolfs in der EU mit einem Bericht der Sachverständigengruppe „Initiative für die großen Fleischfresser Europas“ begründete, obwohl sie zuvor denselben Bericht herangezogen hatte, um einen Vorschlag abzulehnen, mit dem derselbe Zweck verfolgt wurde, und obwohl keine wesentlichen Veränderungen bei den Wolfspopulationen verzeichnet wurden; ist zutiefst besorgt darüber, dass die Entscheidung, den Schutzstatus von Wölfen herabzusetzen, auf keiner soliden wissenschaftlichen Grundlage beruht, was durch den fehlenden Zugang der Öffentlichkeit zu den einschlägigen Dokumenten und die unzureichenden Anstrengungen zur Umsetzung angemessener Präventivmaßnahmen verschärft wird, was wiederum im Widerspruch zu den Bestimmungen im Übereinkommen von Bern[4] steht; befürchtet, dass diese Entscheidung einen besorgniserregenden Präzedenzfall geschaffen hat, der den Gesamtansatz für die Erhaltungsziele und den Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen sowie natürlicher Lebensräume gefährdet;	***entfällt***

[4] Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume.

Or. it

Änderungsantrag 180
Pál Szekeres, Georg Mayer, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. begrüßt die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung darüber einzuleiten, wie die Kommission gezielte Daten zur Auswirkung der Wolfspopulation in der EU erhoben hat; bedauert, dass die Kommission die Herabstufung des rechtlichen Schutzstatus des Wolfs in der EU mit einem Bericht der Sachverständigengruppe „Initiative für die großen Fleischfresser Europas“ begründete, obwohl sie zuvor denselben Bericht herangezogen hatte, um einen Vorschlag abzulehnen, mit dem derselbe Zweck verfolgt wurde, und obwohl keine wesentlichen Veränderungen bei den Wolfspopulationen verzeichnet wurden; ist zutiefst besorgt darüber, dass die Entscheidung, den Schutzstatus von Wölfen herabzusetzen, auf keiner soliden wissenschaftlichen Grundlage beruht, was durch den fehlenden Zugang der Öffentlichkeit zu den einschlägigen Dokumenten und die unzureichenden Anstrengungen zur Umsetzung angemessener Präventivmaßnahmen verschärft wird, was wiederum im Widerspruch zu den Bestimmungen im Übereinkommen von Bern[4] steht; befürchtet, dass diese Entscheidung einen besorgniserregenden Präzedenzfall geschaffen hat, der den Gesamtansatz für die Erhaltungsziele und den Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen sowie natürlicher Lebensräume gefährdet;	***entfällt***

[4] Berner Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen

Lebensräume.

Or. en

Änderungsantrag 181
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. begrüßt die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung darüber einzuleiten, wie die Kommission gezielte Daten zur Auswirkung der Wolfspopulation in der EU erhoben hat; ***bedauert, dass die Kommission die Herabstufung des rechtlichen Schutzstatus des Wolfs in der EU mit einem Bericht der Sachverständigengruppe „Initiative für die großen Fleischfresser Europas“ begründete, obwohl sie zuvor denselben Bericht herangezogen hatte, um einen Vorschlag abzulehnen, mit dem derselbe Zweck verfolgt wurde, und obwohl keine wesentlichen Veränderungen bei den Wolfspopulationen verzeichnet wurden***; ***ist zutiefst besorgt darüber, dass die Entscheidung, den Schutzstatus von Wölfen herabzusetzen, auf keiner soliden wissenschaftlichen Grundlage beruht, was durch den fehlenden Zugang der Öffentlichkeit zu den einschlägigen Dokumenten und die unzureichenden Anstrengungen zur Umsetzung angemessener Präventivmaßnahmen verschärft wird, was wiederum im Widerspruch zu den Bestimmungen im Übereinkommen von Bern[4] steht; befürchtet, dass diese Entscheidung einen besorgniserregenden Präzedenzfall geschaffen hat, der den Gesamtansatz für die Erhaltungsziele und den Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen sowie***	21. begrüßt die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, ***2024*** eine Untersuchung darüber einzuleiten, wie die Kommission gezielte Daten zur Auswirkung der Wolfspopulation in der EU erhoben hat; ***stellt jedoch fest, dass die Untersuchung gemäß dem Statut des Bürgerbeauftragten eingestellt werden musste, da vor dem Europäischen Gerichtshof ein Verfahren (T-634/24) anhängig ist, in dem dieselben Fragen behandelt werden***;

natürlicher Lebensräume gefährdet;

---

[4] Berner Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume.

Or. en

Änderungsantrag 182
Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. ***begrüßt*** die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung ***darüber einzuleiten, wie die*** Kommission ***gezielte Daten zur Auswirkung*** der Wolfspopulation in der EU ***erhoben hat***; ***bedauert, dass die Kommission die Herabstufung des*** rechtlichen Schutzstatus des Wolfs ***in der EU mit einem Bericht der Sachverständigengruppe „Initiative für die großen Fleischfresser Europas“ begründete, obwohl sie zuvor denselben Bericht herangezogen hatte, um einen Vorschlag abzulehnen, mit dem derselbe Zweck verfolgt wurde, und obwohl keine wesentlichen Veränderungen bei den Wolfspopulationen verzeichnet wurden; ist zutiefst besorgt darüber, dass die Entscheidung, den Schutzstatus von Wölfen herabzusetzen, auf keiner soliden wissenschaftlichen Grundlage beruht, was durch den fehlenden Zugang der Öffentlichkeit zu den einschlägigen Dokumenten und die unzureichenden Anstrengungen zur Umsetzung angemessener Präventivmaßnahmen verschärft wird, was wiederum im Widerspruch zu den Bestimmungen im Übereinkommen von Bern[4] steht; befürchtet, dass diese Entscheidung einen***	21. ***nimmt*** die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung ***zur Datenerhebung der*** Kommission ***über die Auswirkungen*** der Wolfspopulation in der EU ***einzuleiten, zur Kenntnis***; ***unterstreicht, wie wichtig es ist, dass jede Entscheidung über den*** rechtlichen Schutzstatus des Wolfs ***auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und den Auswirkungen auf ländliche Gemeinden basiert***;

besorgniserregenden Präzedenzfall geschaffen hat, der den Gesamtansatz für die Erhaltungsziele und den ***Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen sowie natürlicher Lebensräume gefährdet***;

---

[4] Berner Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume.

Or. en

Änderungsantrag 183
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. begrüßt die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung darüber einzuleiten, wie die Kommission gezielte Daten zur Auswirkung der Wolfspopulation in der EU erhoben hat; ***bedauert, dass die Kommission die Herabstufung des rechtlichen Schutzstatus des Wolfs in der EU mit einem Bericht der Sachverständigengruppe „Initiative für die großen Fleischfresser Europas“ begründete, obwohl sie zuvor denselben Bericht herangezogen hatte, um einen Vorschlag abzulehnen, mit dem derselbe Zweck verfolgt wurde, und obwohl keine wesentlichen Veränderungen bei den Wolfspopulationen verzeichnet wurden; ist zutiefst besorgt darüber, dass die Entscheidung, den Schutzstatus von Wölfen herabzusetzen, auf keiner soliden wissenschaftlichen Grundlage beruht, was durch den fehlenden Zugang der Öffentlichkeit zu den einschlägigen Dokumenten und die unzureichenden Anstrengungen zur Umsetzung***	21. begrüßt die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung darüber einzuleiten, wie die Kommission gezielte Daten zur Auswirkung der Wolfspopulation in der EU erhoben hat;

angemessener Präventivmaßnahmen verschärft wird, was wiederum im Widerspruch zu den Bestimmungen im Übereinkommen von Bern[4] steht; befürchtet, dass diese Entscheidung einen besorgniserregenden Präzedenzfall geschaffen hat, der den Gesamtansatz für die Erhaltungsziele und den Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen sowie natürlicher Lebensräume gefährdet;

---

[4] Berner Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume.

Or. en

Änderungsantrag 184
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. ***begrüßt*** die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung darüber einzuleiten, wie die Kommission gezielte Daten zur Auswirkung der Wolfspopulation in der EU erhoben hat; ***bedauert***, dass die Kommission ***die Herabstufung*** des rechtlichen Schutzstatus des Wolfs in der EU ***mit einem Bericht der Sachverständigengruppe „Initiative für die großen Fleischfresser Europas“ begründete, obwohl sie zuvor denselben Bericht herangezogen hatte, um einen Vorschlag abzulehnen, mit dem derselbe Zweck verfolgt wurde, und obwohl keine wesentlichen*** Veränderungen bei den Wolfspopulationen ***verzeichnet wurden***; ist ***zutiefst besorgt darüber***, dass die Entscheidung, den Schutzstatus von Wölfen ***herabzusetzen***, auf ***keiner*** soliden wissenschaftlichen ***Grundlage beruht***, ***was***	21. ***nimmt*** die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung darüber einzuleiten, wie die Kommission gezielte Daten zur Auswirkung der Wolfspopulation in der EU erhoben hat***, zur Kenntnis***; ***begrüßt die Tatsache***, dass die Kommission ***einen Bericht der Sachverständigengruppe „Initiative für die großen Fleischfresser Europas“ herangezogen hat, um die Anpassung*** des rechtlichen Schutzstatus des Wolfes in der EU ***zu begründen, was im Einklang mit ihrer früheren Verwendung desselben Berichts als Grundlage für politische Entscheidungen steht und in Anbetracht der stetigen*** Veränderungen***, die*** bei den Wolfspopulationen ***beobachtet wurden, erfolgte***; ***ist zuversichtlich***, dass die Entscheidung, den Schutzstatus von Wölfen ***zu überarbeiten***, auf soliden

durch ***den fehlenden Zugang der Öffentlichkeit zu den einschlägigen Dokumenten und die unzureichenden*** Anstrengungen zur Umsetzung ***angemessener*** Präventivmaßnahmen ***verschärft wird, was wiederum im Widerspruch zu den Bestimmungen im Übereinkommen von Bern[4] steht***; ***befürchtet***, dass diese Entscheidung einen ***besorgniserregenden*** Präzedenzfall geschaffen hat, der ***den Gesamtansatz*** für die Erhaltungsziele und den Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen sowie natürlicher Lebensräume ***gefährdet***;

wissenschaftlichen ***Überlegungen basiert***, ***die durch die Verfügbarkeit relevanter Dokumente und*** durch Anstrengungen zur Umsetzung ***wirksamer*** Präventivmaßnahmen ***untermauert werden***; ***ist der Ansicht***, dass diese Entscheidung einen ***positiven*** Präzedenzfall geschaffen hat, der ***einen ausgewogenen Ansatz*** für die Erhaltungsziele und den Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen sowie natürlicher Lebensräume ***unterstützt***;

---

[4] Berner Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume.

Or. en

Änderungsantrag 185
Maria Zacharia

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. begrüßt die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung darüber einzuleiten, wie die Kommission gezielte Daten zur Auswirkung der Wolfspopulation in der EU erhoben hat; bedauert, dass die Kommission die Herabstufung des rechtlichen Schutzstatus des Wolfs in der EU mit einem Bericht der Sachverständigengruppe „Initiative für die großen Fleischfresser Europas“ begründete, obwohl sie zuvor denselben Bericht herangezogen hatte, um einen Vorschlag abzulehnen, mit dem derselbe Zweck verfolgt wurde, und ***obwohl keine wesentlichen Veränderungen bei den*** Wolfspopulationen ***verzeichnet wurden***; ist	21. begrüßt die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung darüber einzuleiten, wie die Kommission gezielte Daten zur Auswirkung der Wolfspopulation in der EU erhoben hat; bedauert, dass die Kommission die Herabstufung des rechtlichen Schutzstatus des Wolfs in der EU mit einem Bericht der Sachverständigengruppe „Initiative für die großen Fleischfresser Europas“ begründete, obwohl sie zuvor denselben Bericht herangezogen hatte, um einen Vorschlag abzulehnen, mit dem derselbe Zweck verfolgt wurde, und ***trotz Anzeichen einer Abnahme der verzeichneten*** Wolfspopulationen ***im Jahr***

zutiefst besorgt darüber, dass die Entscheidung, den Schutzstatus von Wölfen herabzusetzen, auf keiner soliden wissenschaftlichen Grundlage beruht, was durch den fehlenden Zugang der Öffentlichkeit zu den einschlägigen Dokumenten und die unzureichenden Anstrengungen zur Umsetzung angemessener Präventivmaßnahmen verschärft wird, was wiederum im Widerspruch zu den Bestimmungen im Übereinkommen von Bern[4] steht; befürchtet, dass diese Entscheidung einen besorgniserregenden Präzedenzfall geschaffen hat, der den Gesamtansatz für die Erhaltungsziele und den Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen sowie natürlicher Lebensräume gefährdet;	***2024 gegenüber 2023***; ist zutiefst besorgt darüber, dass die Entscheidung, den Schutzstatus von Wölfen herabzusetzen, auf keiner soliden wissenschaftlichen Grundlage beruht, was durch den fehlenden Zugang der Öffentlichkeit zu den einschlägigen Dokumenten und die unzureichenden Anstrengungen zur Umsetzung angemessener Präventivmaßnahmen verschärft wird, was wiederum im Widerspruch zu den Bestimmungen im Übereinkommen von Bern[4] steht; befürchtet, dass diese Entscheidung einen besorgniserregenden Präzedenzfall geschaffen hat, der den Gesamtansatz für die Erhaltungsziele und den Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen sowie natürlicher Lebensräume gefährdet;
[4] Berner Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume.	[4] Berner Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume.

Or. el

Änderungsantrag 186
Pál Szekeres, Georg Mayer, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. begrüßt die Entscheidung, den rechtlichen Schutzstatus des Wolfs in der EU herabzusetzen, da somit schließlich den Bedenken ländlicher Gemeinschaften und Landwirte, die seit Jahren ignoriert wurden, Rechnung getragen wird; verurteilt den widersprüchlichen Ansatz der Kommission, sich zur Rechtfertigung dieser Entscheidung auf einen Bericht der Sachverständigengruppe „Initiative für

die großen Fleischfresser Europas“ zu berufen, obwohl sie zuvor exakt dieselbe Quelle herangezogen hatte, um einen identischen Vorschlag abzulehnen, und obwohl keine wesentlichen Veränderungen bei den Daten zu den Wolfspopulationen verzeichnet wurden; kritisiert den Mangel an Transparenz, die Weigerung, der Öffentlichkeit Zugang zu einschlägigen Dokumenten zu gewähren, und das Versäumnis, sinnvolle Präventivmaßnahmen umzusetzen, die eine Governance-Praxis aufzeigen, die mehr auf politischer Bequemlichkeit und persönlicher Erfahrung als auf wissenschaftlicher Kohärenz beruht; warnt davor, dass eine solche willkürliche Behandlung von Naturschutzfragen das Vertrauen in die EU-Organe untergräbt und einen gefährlichen Präzedenzfall für den Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen sowie natürlicher Lebensräume schafft, auch wenn in diesem speziellen Fall ein angemessenes Endergebnis erzielt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 187
Kosma Złotowski

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient; ist der Ansicht, dass die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten rasch umgesetzt und mit zusätzlichen rechtsverbindlichen Anforderungen verknüpft werden müssen,	22. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient; ist der Ansicht, dass die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten rasch umgesetzt und mit zusätzlichen rechtsverbindlichen Anforderungen verknüpft werden müssen,

um die höchsten Standards in Bezug auf die Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten, insbesondere im Lichte der jüngsten politischen Vereinbarung der Kommission, die ***erhebliche Risiken und Nachteile für die*** EU ***birgt, da sie deren Abhängigkeit von*** den Vereinigten Staaten in mehreren kritischen Sektoren – darunter Verteidigung, KI und fossile Brennstoffe – weiter ***erhöht und*** mit Zusagen ***einhergeht, die*** EU-Energievorschriften ***zu schwächen***, was ***dem europäischen Grünen Deal abträglich ist und zu Ungleichgewichten*** für den Lebensmittel- und Agrarsektor in der EU ***führt***;

um die höchsten Standards in Bezug auf die Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten, insbesondere im Lichte der jüngsten ***strategisch vorteilhaften*** politischen Vereinbarung der Kommission, die ***Zusammenarbeit der*** EU ***mit*** den Vereinigten Staaten in mehreren kritischen Sektoren – darunter Verteidigung, KI und fossile Brennstoffe – weiter ***zu verstärken, verbunden*** mit Zusagen ***zur Angleichung der*** EU-Energievorschriften, was ***die EU-Industriepolitik verbessert und vorteilhafte Möglichkeiten*** für den Lebensmittel- und Agrarsektor in der EU ***schafft***;

Or. en

Änderungsantrag 188
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ***begrüßt*** die ***Reihe von Vorschlägen*** der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient; ***ist der Ansicht, dass die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten rasch umgesetzt und mit zusätzlichen rechtsverbindlichen Anforderungen verknüpft werden müssen, um die höchsten Standards in Bezug auf die Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten, insbesondere im Lichte der jüngsten politischen Vereinbarung*** der Kommission***, die erhebliche Risiken und Nachteile für die EU birgt, da sie deren*** Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in mehreren ***kritischen*** Sektoren –	22. ***nimmt*** die ***Vorschläge*** der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient***, zur Kenntnis***; ***zeigt sich besorgt über das politische Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, das von*** der Kommission ***vereinbart wurde und die*** Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in mehreren ***strategischen*** Sektoren ***erhöhen wird***;

darunter Verteidigung, KI und fossile Brennstoffe – weiter erhöht und mit Zusagen einhergeht, die EU-Energievorschriften zu schwächen, was dem europäischen Grünen Deal abträglich ist und zu Ungleichgewichten für den Lebensmittel- und Agrarsektor in der EU führt;

Or. fr

Änderungsantrag 189
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ***begrüßt*** die ***Reihe von Vorschlägen*** der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient; ***ist der Ansicht, dass die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten rasch umgesetzt und mit zusätzlichen rechtsverbindlichen Anforderungen verknüpft werden müssen, um die höchsten Standards in Bezug auf die Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten, insbesondere im Lichte der jüngsten politischen Vereinbarung der Kommission, die erhebliche Risiken und Nachteile für die EU birgt, da sie deren Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in mehreren kritischen Sektoren – darunter Verteidigung, KI und fossile Brennstoffe – weiter erhöht und mit Zusagen einhergeht, die EU-Energievorschriften zu schwächen, was dem europäischen Grünen Deal abträglich ist und zu Ungleichgewichten***	22. ***nimmt*** die ***Vorschläge*** der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient***, zur Kenntnis***;

für den Lebensmittel- und Agrarsektor in der EU führt;

Or. en

Änderungsantrag 190
Gheorghe Falcă

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient; ***ist der Ansicht, dass die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten rasch umgesetzt und mit zusätzlichen rechtsverbindlichen Anforderungen verknüpft werden müssen, um die höchsten Standards in Bezug auf die Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten, insbesondere im Lichte der jüngsten politischen Vereinbarung der Kommission, die erhebliche Risiken und Nachteile für die EU birgt, da sie deren Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in mehreren kritischen Sektoren – darunter Verteidigung, KI und fossile Brennstoffe – weiter erhöht und mit Zusagen einhergeht, die EU-Energievorschriften zu schwächen, was dem europäischen Grünen Deal abträglich ist und zu Ungleichgewichten für den Lebensmittel- und Agrarsektor in der EU führt;***	22. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient;

Or. en

Änderungsantrag 191

Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient; ist der Ansicht, dass die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten rasch umgesetzt und mit zusätzlichen rechtsverbindlichen Anforderungen verknüpft werden müssen, um die höchsten Standards in Bezug auf die Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten***, insbesondere im Lichte der jüngsten politischen Vereinbarung der Kommission, die erhebliche Risiken und Nachteile für die EU birgt, da sie deren Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in mehreren kritischen Sektoren – darunter Verteidigung, KI und fossile Brennstoffe – weiter erhöht und mit Zusagen einhergeht, die EU-Energievorschriften zu schwächen, was dem europäischen Grünen Deal abträglich ist und zu Ungleichgewichten für den Lebensmittel- und Agrarsektor in der EU führt***;	22. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient; ist der Ansicht, dass die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten rasch umgesetzt und mit zusätzlichen rechtsverbindlichen Anforderungen verknüpft werden müssen, um die höchsten Standards in Bezug auf die Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten;

Or. en

Änderungsantrag 192
Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten an die Kommission	22. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten an die Kommission

zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient; ist der Ansicht, dass die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten rasch umgesetzt und mit zusätzlichen rechtsverbindlichen Anforderungen verknüpft werden müssen, um die höchsten Standards in Bezug auf die Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten***, insbesondere im Lichte der jüngsten politischen Vereinbarung der Kommission, die erhebliche Risiken und Nachteile für die EU birgt, da sie deren Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in mehreren kritischen Sektoren – darunter Verteidigung, KI und fossile Brennstoffe – weiter erhöht und mit Zusagen einhergeht, die EU-Energievorschriften zu schwächen, was dem europäischen Grünen Deal abträglich ist und zu Ungleichgewichten für den Lebensmittel- und Agrarsektor in der EU führt***;	zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient; ist der Ansicht, dass die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten rasch umgesetzt und mit zusätzlichen rechtsverbindlichen Anforderungen verknüpft werden müssen, um die höchsten Standards in Bezug auf die Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten;

Or. en

Änderungsantrag 193
Paolo Inselvini

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient; ist der Ansicht, dass die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten rasch umgesetzt und mit zusätzlichen rechtsverbindlichen Anforderungen verknüpft werden müssen,	22. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient; ist der Ansicht, dass die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten rasch umgesetzt und mit zusätzlichen rechtsverbindlichen Anforderungen verknüpft werden müssen,

um die höchsten Standards in Bezug auf die Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten, insbesondere im Lichte der jüngsten politischen Vereinbarung der Kommission, die erhebliche Risiken und Nachteile für die EU birgt, da sie deren Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in mehreren kritischen Sektoren – darunter Verteidigung, KI und fossile Brennstoffe – weiter erhöht und mit Zusagen einhergeht, die EU-Energievorschriften zu schwächen, ***was dem europäischen Grünen Deal abträglich ist und*** zu Ungleichgewichten für den Lebensmittel- und Agrarsektor in der EU führt;	um die höchsten Standards in Bezug auf die Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten, insbesondere im Lichte der jüngsten politischen Vereinbarung der Kommission, die erhebliche Risiken und Nachteile für die EU birgt, da sie deren Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in mehreren kritischen Sektoren – darunter Verteidigung, KI und fossile Brennstoffe – weiter erhöht und mit Zusagen einhergeht, die EU-Energievorschriften zu schwächen, und zu Ungleichgewichten für den Lebensmittel- und Agrarsektor in der EU führt;

Or. it

Änderungsantrag 194
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. stellt fest, dass die Europäische Bürgerbeauftragte eine Untersuchung zur Verhandlungsführung zwischen der EU und dem Mercosur eingeleitet hat, insbesondere in Bezug auf die Transparenz und das Versäumnis der Kommission, vor Abschluss des Abkommens eine umfassende Nachhaltigkeitsprüfung abzuschließen; ist besorgt darüber, dass dieses Versäumnis einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellt, da es eine umfassende Bewertung der ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Folgen des Abkommens verhindert hat; fordert die Bürgerbeauftragte auf, dafür zu sorgen, dass im Rahmen ihrer Untersuchung überprüft wird, ob die EU-Organe im Verhandlungsprozess die Umwelt- und Sozialstandards angemessen

gewahrt haben;

Or. en

Änderungsantrag 195
Pál Szekeres, Virginie Joron, Georg Mayer, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. bedauert, dass die Kommission das Mercosur-Abkommen im Dezember 2024 einseitig unterzeichnet und dabei über den starken und wiederholten Widerstand mehrerer nationaler Parlamente, des Europäischen Parlaments sowie der europäischen Landwirte und Züchter hinweg gesehen hat; bedauert, dass ein solches Verfahren die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger, wie sie durch ihre legitimen politischen Vertreter ausgeübt werden, untergräbt; fordert die Europäische Bürgerbeauftragte auf, zu untersuchen, ob in dem Prozess, der zur Unterzeichnung dieses Abkommens führte, Rechte verletzt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 196
Murielle Laurent

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. nimmt die Initiativuntersuchung der Bürgerbeauftragten zur Kenntnis, in der geprüft wird, wie die Kommission sicherstellt, dass bei Sachverständigen,

die die Vorschläge des Europäischen Verteidigungsfonds bewerten, keine Interessenkonflikte vorliegen; stellt fest, dass die Kommission nicht verpflichtet ist, die Namen dieser Sachverständigen öffentlich bekannt zu geben; begrüßt die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten an die Kommission, proaktiv zusätzliche Informationen über die Sachverständigen anzufordern, unter anderem indem von ihnen verlangt wird, eine detaillierte Interessenerklärung auszufüllen;

Or. en

Änderungsantrag 197
Murielle Laurent

Entschließungsantrag
Ziffer 22 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22b. nimmt mehrere beschwerdebasierte Untersuchungen der Bürgerbeauftragten zur Funktionsweise und Verwaltung des Europäischen Amtes für Personalauswahl (EPSO) zur Kenntnis, die sich auf Ferntests und darauf konzentrierten, wie das EPSO die Bedenken der Bewerber im Zusammenhang mit Problemen behandelt hatte, auf die sie bei Ferntests des Auftragnehmers des EPSO gestoßen waren, darunter technische Probleme bei der Einleitung von Tests, ein Mangel an geeigneten Arbeitsinstrumenten an der Testplattform und übermäßig lange Wartezeiten beim Warten auf eine Aufsichtsperson; ist beunruhigt über die Schlussfolgerungen der Bürgerbeauftragten zu mehreren Missständen in der Verwaltungstätigkeit, die darauf zurückzuführen sind, dass das EPSO die Argumente der Beschwerdeführer nicht ordnungsgemäß berücksichtigt hat, einschließlich der

Bereitstellung widersprüchlicher Informationen oder der Ablehnung der Beschwerden, selbst in Fällen, in denen Bewerber die Anweisungen zur Meldung technischer Probleme befolgt hatten; fordert die Kommission auf, alle Prozesse und Verfahren des EPSO zu überprüfen und alle Mängel dringend zu beheben, da sie der Kommission und dem institutionellen Rahmen der EU insgesamt einen ernsthaften Reputationsverlust zufügen könnten;

Or. en

Änderungsantrag 198
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. begrüßt die Tätigkeiten der Bürgerbeauftragten zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen und besonders die Überwachung der Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention durch die EU-Verwaltung***, eines verbindlichen internationalen Menschenrechtsinstruments, das darauf abzielt, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten***; unterstützt die Ansicht der Bürgerbeauftragten, dass die EU als Vertragspartei der VN-Behindertenrechtskonvention mit gutem Beispiel vorangehen und die Standards der VN-Behindertenrechtskonvention einhalten sollte;	23. begrüßt die Tätigkeiten der Bürgerbeauftragten zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen und besonders die Überwachung der Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention durch die EU-Verwaltung; unterstützt die Ansicht der Bürgerbeauftragten, dass die EU als Vertragspartei der VN-Behindertenrechtskonvention mit gutem Beispiel vorangehen und die Standards der VN-Behindertenrechtskonvention einhalten sollte; ***stellt jedoch fest, dass es zwar Fortschritte innerhalb der EU-Organe bei der Umsetzung von Bestimmungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gibt, sich die Verwirklichung zahlreicher Ziele im Hinblick auf Barrierefreiheit aber immer noch verzögert und nicht hinreichend effizient ist; empfiehlt, dass die nächste Bürgerbeauftragte eingreift, um***

Maßnahmen zur Barrierefreiheit und zu angemessenen Vorkehrungen in den EU-Organen zu prüfen und deren Umsetzung zu beschleunigen sowie um zu prüfen, ob Menschen mit Behinderungen in den Organen anteilig vertreten sind;

Or. en

Änderungsantrag 199
Maria Zacharia

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. begrüßt die Tätigkeiten der Bürgerbeauftragten zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen und besonders die Überwachung der Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention durch die EU-Verwaltung, eines verbindlichen internationalen Menschenrechtsinstruments, das darauf abzielt, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten; unterstützt die Ansicht der Bürgerbeauftragten, dass die EU als Vertragspartei der VN-Behindertenrechtskonvention mit gutem Beispiel vorangehen und die Standards der VN-Behindertenrechtskonvention einhalten sollte;	23. begrüßt die Tätigkeiten der Bürgerbeauftragten zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen und besonders die Überwachung der Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention durch die EU-Verwaltung, eines verbindlichen internationalen Menschenrechtsinstruments, das darauf abzielt, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten; unterstützt die Ansicht der Bürgerbeauftragten, dass die EU als Vertragspartei der VN-Behindertenrechtskonvention mit gutem Beispiel vorangehen und die Standards der VN-Behindertenrechtskonvention einhalten sollte; ***weist darauf hin, dass die Kommission die Tagesordnungen und Beschlüsse sowohl von Ministern als auch von Arbeitsgruppen zeitnah öffentlich zugänglich machen, kohärente, leicht zugängliche und verständliche Informationen für Bürger und Interessenträger sicherstellen und Verfahren zur Förderung einer breiten und diversifizierten Beteiligung einführen sollte, um die Rechenschaftspflicht und***

Transparenz zu verbessern;

Or. el

Änderungsantrag 200
Cristina Guarda

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten, die die Kommission dabei unterstützen sollen, dafür zu sorgen, dass der Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) in ihren Entscheidungsprozessen nach wie vor nachvollziehbar bleibt; nimmt die Maßnahmen zur Kenntnis, die die Kommission ergriffen hat, um sicherzustellen, dass ihre Nutzung von KI-Systemen mit dem kürzlich verabschiedeten KI-Gesetz im Einklang steht; betont, wie wichtig es ist, dafür zu sorgen, dass alle KI-Systeme, die die Arbeit der Kommission unterstützen, weiterhin einer wirksamen menschlichen Aufsicht unterliegen und dass die Entscheidungsfindung in keinem Fall auf diese Systeme übertragen werden sollte; hält es für wesentlich, dass Beamte, die für die menschliche Aufsicht über KI-Systeme verantwortlich sind, angemessene Schulungen zur kritischen Bewertung und Überprüfung von KI-Ergebnissen erhalten, die alle potenziellen Risiken und möglichen Fehler abdecken;

Or. en

Änderungsantrag 201
Pál Szekeres, Virginie Joron, Georg Mayer, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. bedauert die Entscheidung der Kommission, politische und rechtliche Hindernisse für die Ratifizierung des Mercosur-Abkommens zu umgehen, indem sie es in zwei separate Rechtsinstrumente aufteilt, wodurch die nationalen Parlamente umgangen, die berechtigten Bedenken der Mitgliedstaaten außer Acht gelassen und die Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments auf eine reine Formalität, die sich lediglich auf Handelsaspekte bezieht, beschränkt werden; fordert die Europäische Bürgerbeauftragte auf, eine Untersuchung in dieser Angelegenheit einzuleiten; betont, dass kein Abkommen, das die europäischen Landwirte, Arbeitnehmer und die strategische Souveränität der Union untergräbt, gegen den Willen der Mitgliedstaaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger geschlossen werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 202
Eugen Tomac, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. betont, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Bürgerbeauftragten, den im Europäischen Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten (ENO) versammelten nationalen und regionalen Bürgerbeauftragten und den Verwaltungen der Mitgliedstaaten ist, um eine gute Verwaltung, Transparenz und

den Schutz der Bürgerrechte in der gesamten Union zu fördern; regt den weiteren Austausch bewährter Verfahren und gemeinsamer Initiativen an, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen der EU und der Mitgliedstaaten zu stärken; fordert die Bürgerbeauftragte auf, auch die Zusammenarbeit mit den Bürgerbeauftragten der EU-Bewerberländer zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 203
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. betont, dass die Rolle der Bürgerbeauftragten bei der Wahrung der sozialen Rechte, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, der Rechte von Menschen mit Behinderungen, der Rechte von Kindern und des Zugangs zu Gesundheits- und Sozialdiensten, wichtig ist; fordert die Bürgerbeauftragte auf, stärker zu überwachen, wie die Organe und Agenturen der EU diese Rechte in ihrer täglichen Verwaltung und bei der Umsetzung von EU-finanzierten Programmen achten;

Or. en

Änderungsantrag 204
Cristina Guarda

Entschließungsantrag
Ziffer 23 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23b. betont, dass die Bürgerbeauftragte in mehreren Untersuchungen zu dem Schluss gekommen ist, dass bei der Bearbeitung von Bewerberbeschwerden durch das EPSO ein Missstand in der Verwaltungstätigkeit festgestellt wurde, insbesondere in Bezug auf Ferntestverfahren und Plattformmängel, wobei das EPSO den Beschwerdeführern häufig widersprüchliche Informationen zur Verfügung stellte, einen Mangel an Flexibilität an den Tag legte und unangemessene Entscheidungen traf; ist der festen Überzeugung, dass das EPSO vorrangig alle schwerwiegenden Mängel bei der Organisation von Auswahlverfahren beheben sollte, um deren Integrität, Transparenz und Rechenschaftspflicht wiederherzustellen und den vorgesehenen Zweck zu sichern, nämlich den EU-Organen Beamtinnen und Beamte von höchstem Leistungs-, Effizienz- und Integritätsstandard zu vermitteln, die auf der breitestmöglichen geografischen Grundlage aus den Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Union rekrutiert werden;

Or. en

Änderungsantrag 205
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. stellt fest, dass die Akzeptanzquote der Vorschläge der Bürgerbeauftragten durch die Organe der EU im Jahr 2024 bei 82 % lag, was eine leichte Verbesserung gegenüber den Vorjahren darstellt; ist der festen Überzeugung, dass die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der	24. stellt fest, dass die Akzeptanzquote der Vorschläge der Bürgerbeauftragten durch die Organe der EU im Jahr 2024 bei 82 % lag, was eine leichte Verbesserung gegenüber den Vorjahren darstellt; ist der festen Überzeugung, dass die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der

Union ***stets*** in zufriedenstellender Weise mit der Bürgerbeauftragten zusammenarbeiten ***und sämtlichen Empfehlungen vollständig und konsequent nachkommen*** müssen;	Union in zufriedenstellender Weise mit der Bürgerbeauftragten zusammenarbeiten müssen;

Or. fr

Änderungsantrag 206
Galato Alexandraki, Emmanouil Fragkos

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. fordert den Petitionsausschuss auf, den genauen Zeitrahmen und das Mandat der Reise nach Griechenland in Bezug auf den Vorfall von Tempi unverzüglich zu veröffentlichen, die Reise, soweit institutionell machbar, zu beschleunigen, damit sie so früh wie möglich im Jahr 2026 stattfindet, und für Folgendes zu sorgen: einen unparteiischen, partizipativen Prozess mit Treffen mit allen Interessenträgern, einschließlich Opferfamilien, Arbeitnehmern und unabhängigen Sachverständigen; uneingeschränkten Zugang zu einschlägigen Dokumenten und Daten im Einklang mit dem Grundsatz der gesetzgeberischen Transparenz und den einschlägigen EuGH-Urteilen; die Veröffentlichung eines detaillierten Missionsberichts mit spezifischen Empfehlungen an die Kommission und die griechischen Behörden und eines verbindlichen Follow-up-Zeitplans, einschließlich einer Zwischenaktualisierung innerhalb von drei Monaten nach Abschluss der Mission;

Or. el

Änderungsantrag 207
Pál Szekeres, Virginie Joron, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. bedauert, dass die Kommission die „Rahmenvereinbarung über ein Abkommen zu gegenseitig fair und ausgewogenem Handel zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten“ abgeschlossen hat, ohne ein formelles Mandat des Rates erhalten zu haben, und damit das in den Verträgen verankerte institutionelle Gleichgewicht eklatant missachtet hat; fordert die Europäische Bürgerbeauftragte auf, zu untersuchen, ob die Transparenzstandards während des Verhandlungsprozesses eingehalten wurden; betont, dass die Kommission keine internationale Übereinkunft ohne ein klares Mandat und die uneingeschränkte Einbeziehung der Mitgliedstaaten und ihrer Bürgervertreter verfolgen sollte; beauftragt die Europäische Bürgerbeauftragte, die Kommission förmlich an diese Verpflichtungen zu erinnern;

Or. en

Änderungsantrag 208
Murielle Laurent

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. begrüßt die erhebliche Zunahme der Reichweite der Bürgerbeauftragten in den sozialen Medien im Jahr 2024 sowie die Einführung neuer Konten bei Threads

und Bluesky; lobt die Bürgerbeauftragte und ihre Mitarbeiter für ihre gezielten Kommunikationsbemühungen, die dazu beitragen, die Bürgerinnen und Bürger für die Tätigkeiten der EU zu sensibilisieren; fordert die Bürgerbeauftragte auf, für Transparenz zu sorgen, indem sie Informationen über bevorstehende Veranstaltungen, deren Ausrichtung sie plant, veröffentlicht;

Or. en

Änderungsantrag 209
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. betont, dass mehrere Untersuchungen, die 2024 in Bezug auf die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) und Frontex in Bezug auf Griechenland eingeleitet wurden, systemische Herausforderungen bei der Sicherstellung der Rechenschaftspflicht und der Einhaltung der Grundrechtsverpflichtungen der EU aufgezeigt haben; fordert die Kommission und die betreffenden Agenturen auf, dem Parlament über die Folgemaßnahmen zu den Feststellungen der Bürgerbeauftragten in diesen Fällen Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 210
Pál Szekeres, Virginie Joron, Georg Mayer, Juan Carlos Girauta Vidal, Mireia Borrás Pabón, Jean-Paul Garraud

Entschließungsantrag
Ziffer 24 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24b. weist auf die Schlussfolgerungen der Bürgerbeauftragten zur Weigerung der Kommission hin, wichtige Dokumente und Mitteilungen zu den Impfstoffverträgen der EU offenzulegen; weist darauf hin, dass der Gerichtshof der Europäischen Union[1a] diesen Mangel an Transparenz ebenfalls verurteilt hat; betont, dass den wiederholten Warnungen der Bürgerbeauftragten verbindliche Maßnahmen folgen müssen, um die uneingeschränkte Rechenschaftspflicht bei allen künftigen Verträgen von strategischer Bedeutung sicherzustellen;
	[1a] Rechtssache T-36/23, Stevi und The New York Times gegen Kommission, Urteil des Gerichts vom 17. Juli 2024
	Or. en